



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Raumordnung im Kontext des Demographischen Wandels

**Handlungsstrategien für eine zukunftsfähige räumliche Gestaltung
angepasst an eine „alte Gesellschaft“**

Verfasserin

Julia Christine Neuschmid

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat.)

Wien, im Februar 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 454
Raumforschung und Raumordnung
Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Heintel

DANKSAGUNG

Ich danke meiner Mutter für ihren pragmatischen Ansatz, meinen Großeltern, dass sie nun die weite Reise nach Wien auf sich nehmen, meinen Korrekturleserinnen für ihr scharfes Auge und meinem Diplomarbeitbetreuer Prof. Heintel für die Annahme des Diplomarbeitsthemas.

ZUSAMMENFASSUNG

Aktuelle Bevölkerungsprognosen zeigen eine zunehmende Alterung der Bevölkerung, also einen signifikanten Anstieg des Anteils der älteren, vor allem der hochaltrigen Bevölkerung, an der Gesamtbevölkerung. Diese Entwicklungen finden vor dem Hintergrund veränderter sozialer Strukturen und polyvalenter Lebensstile statt, was sich in Summe im Begriff „Demographischer Wandel“ ausdrückt. Aufbauend auf dieser Ausgangssituation behandelt diese Arbeit die Verschiebung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sowie die Ausdifferenzierung der Wohnformen und der sozialen Infrastruktur. Es zeigen sich erforderliche Anpassungsleistungen von Politik, Gesellschaft und auch Raumordnung. Dafür werden zunächst mittels einer Analyse bedeutender Raumordnungsdokumente sowie einer Untersuchung auf Gemeindeebene Tendenzen einer Relevanz von Seiten der Raumordnung gegenüber der Thematik ermittelt. Ein Problembewusstsein stellt die Basis für mögliche Handlungen dar. In Folge werden deshalb Maßnahmen für eine zukunftsfähige räumliche Gestaltung aufgezeigt, wobei ein verstärktes Augenmerk auf die Aufrechterhaltung der lokalen Versorgungsstruktur mit Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs in strukturschwachen, ländlichen Räumen gesetzt wird. Die vorgeschlagenen Handlungsstrategien bewegen sich abseits von Altenheimen und Seniorenkränzchen, angepasst an eine zukünftig neue „alte Gesellschaft“.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG.....	1
1.1	Fragestellung	1
1.2	Methodik.....	2
1.3	Forschungsstand	2
1.4	Aufbau der Arbeit.....	3
2	DER DEMOGRAPHISCHE WANDEL ALS AUSGANGSSITUATION.....	5
2.1	Zum Begriff „Demographischer Wandel“.....	5
2.2	Prognostizierte demographische Trends für Österreich	7
2.2.1	Allgemeines zu Prognosen	7
2.2.2	Veränderung der Bevölkerungsstruktur	8
2.2.3	Steigende Lebenserwartung in Österreich.....	11
2.2.4	Geburtenrückgang als Bremser der Bevölkerungsentwicklung	13
2.2.5	Internationale Migration als Motor des Bevölkerungswachstums	16
2.3	Fokus	17
2.3.1	Die Alterung der Bevölkerung	17
2.3.2	Das Profil der „demographisch alten Bevölkerung“	23
2.3.2.1	Abgrenzung	23
2.3.2.2	Charakterisierung.....	25
2.4	Handlungsnotwendigkeit	25
3	RAUMORDNUNG IM KONTEXT DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS	27
3.1	Allgemeines zur Raumordnung und die Verbindung mit der Demographie.....	27
3.1.1	Begriffsdefinitionen.....	27
3.1.2	Die Rolle der Demographie im Prozess der Raumordnung	28
3.1.3	Historische Schnittstellen	29
3.2	Bedeutung der Alterung der Gesellschaft für die kommunale Infrastruktur.....	30
3.2.1	Begriffsbestimmung	30
3.2.2	Sektorale Differenzierung.....	32
3.2.2.1	Handlungsfeld Nahversorgung	33
3.2.2.2	Handlungsfeld Wohnen	35

3.2.2.3	Handlungsfeld Mobilität.....	39
3.2.2.4	Handlungsfeld soziale Infrastruktur	41
3.2.3	Räumliche Differenzierung	44
3.2.3.1	Die demographische und ökonomische Heterogenität des Raumes.....	44
3.2.3.2	Räume mit Strukturstärke.....	44
3.2.3.3	Räume mit Strukturschwäche.....	47
3.3	Zieldefinition	52
4	PROBLEMBEWUSSTSEIN ALS GRUNDLAGE FÜR HANDLUNGEN	53
4.1	Deutschland als Vorreiter	53
4.2	Analyse österreichischer Raumordnungsdokumente.....	54
4.3	Relevanz auf Gemeindeebene	60
4.4	Bemerkungen zur Kritik an den Überlegungen zum Demographischen Wandel	65
4.5	Notwendigkeit zur Bewusstseins-schaffung.....	66
5	STRATEGIEN DER RAUMORDNUNG UNTER DEM ASPEKT DER	
	ALTERUNG DER GESELLSCHAFT	69
5.1	Konzepte und Instrumente der Raumordnung.....	69
5.1.1	Strategie Ausbau.....	70
5.1.2	Strategie Rückbau – ein Paradigmenwechsel in der Raumordnung?.....	73
5.1.3	Diskussion um die Ziele der Raumordnung	76
5.1.4	Das Prinzip der dezentralen Konzentration als Leitbild für die Daseinsvorsorge	77
5.2	Neue Instrumente der Raumordnung.....	80
5.2.1	Kooperationen nach dem Good Urban und Regional Governance Ansatz .	80
5.2.2	Mehrebenensteuerung.....	89
5.3	Anpassungsstrategien aus der Praxis.....	93
5.3.1	Individuelle Maßnahmen anstelle von Patentrezepten	93
5.3.2	Handlungsfeld Nahversorgung	94
5.3.3	Handlungsfeld Wohnen	98
5.3.4	Handlungsfeld Mobilität.....	101
5.3.5	Handlungsfeld soziale Infrastruktur	106
5.3.6	Neue Technologien und Telekommunikation	109
5.3.7	Zusammenfassende Darstellung.....	112

6 FAZIT	113
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	117
TABELLENVERZEICHNIS	117
LITERATURVERZEICHNIS	119
ANHANG 1	133
ANHANG 2	139
ERKLÄRUNG	141

1 EINLEITUNG

1.1 Fragestellung

Schlagwort Demographischer Wandel – ein vielfach angewendeter Begriff für einen aktuellen und gegenwärtig diskutierten Trend. Österreichs Bevölkerungsstruktur ist starken Veränderungen unterworfen. Neue Lebensformen sowie heterogene Lebensstile tragen dazu bei, dass die Fertilitätsrate sinkt und die Lebenserwartung ansteigt, wodurch in Summe der Anteil der älteren Personen an der Gesamtbevölkerung zunimmt. Diese Entwicklung verstärkt sich in jenen Regionen, welche durch Abwanderung der jüngeren und erwerbstätigen Bevölkerung, meist induziert durch ungünstige ökonomische Gegebenheiten, gekennzeichnet sind. Unter Addition der einzelnen Komponenten wird von einer Alterung der Gesellschaft gesprochen. In diesem Zusammenhang primär thematisiert, werden die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Folgen einer veränderten Altersstruktur. Der Demographische Wandel zeigt sich von besonderem Interesse für die Familien-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik, vorwiegend in Bezug auf die Frage nach der zukünftigen Tragfähigkeit des Gesundheits-, Sozial- und Pensionssystems.

Abseits dieser Diskussionen, erfolgt in dieser Arbeit die Hinwendung zum Fachgebiet Raumordnung und zur zentralen Frage nach der Bedeutung der demographischen Entwicklung, im Speziellen der Alterung der Bevölkerung, für raumordnerische Tätigkeiten in Österreich. Präzisiert ergeben sich folgende Fragestellungen:

- (1) Wie wirken sich zukünftige demographische Trends auf den Raum aus – konkreter: was bedeutet die Alterung der Bevölkerung für die kommunale Infrastruktur?
- (2) Sind Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung für die Raumordnung von Relevanz und besteht auf unterschiedlichen Planungsebenen ein Problembewusstsein gegenüber der Thematik?
- (3) Welche Ziele und Maßnahmen können von Seiten der Raumordnung gesetzt werden, bzw. in welcher Form kann eine angepasste Raumgestaltung an die veränderte Altersstruktur erfolgen?

1.2 Methodik

Die Arbeit stützt sich auf die Recherche der Literatur sowie auf eine qualitative Analyse von raumordnungsrelevanten Dokumenten. Ein weiterer Bestandteil ist die Auswertung von Daten zur Bevölkerungsstatistik, im Speziellen die Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria sowie die der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK). Ergänzt werden diese Informationen durch qualitative Interviews mit Ansprechpartnern aus den Bereichen Regionalentwicklung und Soziales sowie Gesprächen mit Fachleuten im Rahmen der Tagung „Land ohne Leute? Perspektiven für den Umgang mit soziodemographischen Entwicklungen in ländlichen Räumen“ des „Ökosozialen Forums“. Überdies konnten mit Hilfe eines an kommunale EntscheidungsträgerInnen versandten elektronischen Fragebogens, einer Kombination aus offenen und skalierten Fragen, Tendenzen betreffend der Relevanz des Themas sowie Good Practice Beispiele und sich bewährte Handlungsstrategien ermittelt werden.

1.3 Forschungsstand

In Deutschland werden schon länger Diskussionen über den Demographischen Wandel und seine Auswirkungen auf die räumlichen Strukturen geführt. Die Anfänge machten Brösse (1983) und Bucher/Gatzweiler (1993). Zu einem zentralen Thema für Wissenschaft und Politik wurde der Demographische Wandel vor allem durch die Wohnungsleerstände in ostdeutschen Städten Anfang der 1990er Jahre (vgl. Umweltamt 2007, 25). Seither gibt es in Deutschland eine Reihe von Autoren, wie u.a. Gans/Schmitz-Veltin (2004/2005/2006), Gatzweiler/Kocks (2004) und Kocks (2007) sowie Institutionen, welche sich mit der Problematik beschäftigen. Neben Arbeiten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des deutschen Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (2007) publizierte die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) eine Schriftenreihe, bestehend aus Arbeitsmaterialien zu den räumlichen Konsequenzen des Demographischen Wandels in Deutschland. Im Vergleich zur intensiven Auseinandersetzung in Deutschland sind österreichische Publikationen gering. Faßmann (2002/2003) behandelt die Schnittstellen der Disziplinen Raumordnung und Demographie. Interessante Informationen liefert Schipfer (2005/2007) über den Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich

und dessen Auswirkungen auf Regionen und Kommunen. Im Herbst 2008 wurde bei einer Tagung des Ökosozialen Forums in Wels die infrastrukturelle Ausdünnung des ländlichen Raums als Folge der demographischen Entwicklung thematisiert. Ebenfalls wurde eine vergleichbare Fragestellung, nämlich jene nach der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume unter dem Aspekt eines gesellschaftlichen Wandels, von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (vgl. Favry 2006) aufgeworfen. Weiters befassen sich diverse Institute für Demographie in Österreich und Deutschland mit dem Demographischen Wandel, jedoch ohne Bezug zur Raumordnung. Da der demographische Wandel als aktueller Prozess gewertet wird, sich damit einhergehende Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur rasch vollziehen und sich dadurch konkrete (zukünftige) Auswirkungen auf den Raum ergeben, gewinnt die Frage nach der Bedeutung der demographischen Entwicklung für raumordnerische Tätigkeiten zunehmend an Relevanz.

1.4 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in vier Abschnitte. Zu Beginn werden der Begriff „Demographischer Wandel“ definiert und dessen Merkmale beschrieben, analysiert und erklärt. Der Fokus wird dabei auf die „Alterung der Gesellschaft“ gesetzt. Aus dieser Ausgangssituation heraus ergibt sich die Erkenntnis, dass die Raumordnung unvermeidbar auf den Demographischen Wandel reagieren muss. Darauf basierend folgt im nächsten Kapitel eine Darstellung der Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft auf den Raum, sektoral und räumlich differenziert. Abschnitt drei befasst sich mit der Frage nach der Ausprägung des Problembewusstseins und der Relevanz des Themas für raumplanerische Akteure. Abschließend werden Handlungsstrategien für eine Anpassung der kommunalen Infrastruktur an demographische Entwicklungen – insbesondere der demographischen Alterung – vorgestellt.

2 DER DEMOGRAPHISCHE WANDEL ALS AUSGANGSSITUATION

2.1 Zum Begriff „Demographischer Wandel“

„Wenn vom „demographischen Wandel“ die Rede ist, dann ist damit eine nachhaltige Änderung der Altersstruktur gemeint. Einem steigenden Anteil älterer Menschen steht ein sinkender Anteil jüngerer Menschen gegenüber“ (Schipfer 2005, 3). Meist ist der Begriff „Demographischer Wandel“ jedoch weiter gefasst und beschreibt die Veränderung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Zahl, Altersstruktur und ihres Lebensstils. Die aktuelle Bevölkerungsentwicklung¹ und die Prognosen für die nächsten Jahre zeigen die Dynamik der Bevölkerung. Grob formuliert lassen sich in den Industriestaaten drei prägnante Trends feststellen²: die Veränderung der Bevölkerungszahl (Bevölkerungsrückgang bzw. Bevölkerungswachstum), die Alterung der Bevölkerung sowie die Internationalisierung und Heterogenisierung der Gesellschaft. (vgl. Faßmann 2006, Umweltbundesamt 2007) Diese nachhaltige, in den Industriestaaten vor sich gehende Entwicklung der Bevölkerung drückt sich im Begriff „Demographischer Wandel“ aus.

Trend 1 – Bevölkerungsrückgang bzw. Bevölkerungswachstum

Eine alleinige Betrachtung der Fertilitätsziffern zeigt einen Trend zum Bevölkerungsrückgang in den Industriestaaten. Allein durch die Zahl der Neugeborenen wird die Bevölkerung kaum mehr konstant gehalten. Die Kinderzahl sinkt in einigen Regionen unter das Bestandsniveau (vgl. Walter 2005, 4), d.h. eine Generation wird durch die nachfolgende zahlenmäßig nicht mehr vollständig ersetzt. Wesentlich für eine positive Bevölkerungsentwicklung sind die höhere Lebenserwartung sowie der Faktor Migration, also der Zuzug von Personen aus anderen Gebieten, weshalb die Bevölkerungszahl in einigen Regionen in der Waage gehalten werden kann bzw. ansteigt. Weiters ausschlaggebend für die Bevölkerungsentwicklung einer Region sind deren ökonomische Rahmenbedingungen. Die Wirt-

¹ zusammengesetzt aus der Altersstruktur, der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten- und Sterbefälle) sowie der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Zu- und Abwanderung)

² Es muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass die demographischen Trends regionsdifferenziert auftreten und eine Betrachtung auf regionaler bzw. lokaler Ebene für Österreich in den Kapiteln 2.2 und 2.3 erfolgt.

schaftslage sowie der vorherrschende Arbeitsmarkt sind bestimmende Faktoren für die demographische Entwicklung und maßgebend für Bevölkerungswachstum, -stagnation oder -rückgang.

Trend 2 – Alterung der Bevölkerung

Die natürliche Bevölkerungsbewegung unterzieht sich einem Wandel und die Komponenten Fertilität und Mortalität stehen in einem neuen Verhältnis zueinander. Charakterisierend für Industrieländer ist eine Zunahme der Lebenserwartung. Die Bevölkerung wird älter, insbesondere die Zahl der Hochbetagten³ steigt stark an. Dem entgegengesetzt sinkt die Fertilitätsrate und es kommt zu einem Defizit an Nachkommenschaft. Insgesamt führen beide Komponenten zu einer Alterung der Gesellschaft.

Trend 3 – Sozialer Gesellschaftswandel

Die soziale und kulturelle Zusammensetzung der Gesellschaft entwickelt sich weg von traditionellen Strukturen hin zu mehr Vielfalt in den Lebensformen. Entscheidend für die zunehmend heterogene Bevölkerungszusammensetzung mancher Regionen sind zum einen räumliche Bevölkerungsbewegungen, vor allem Migration von Außen und zum anderen vielseitige Lebensstile. Spricht man von Migration, ist zunächst zwischen Binnen- und Außenmigration zu unterscheiden. Während Binnenmigration die Bevölkerungsbewegung innerhalb eines Staates meint, ist Außenmigration der Zuzug aus dem bzw. Abzug in das Ausland. Migrationsströme verlaufen überwiegend in Richtung größerer Metropolen. Typisch für Städte sind somit eine verstärkte Internationalisierung, heterogene Lebensstile sowie differente Familien- und Haushaltsstrukturen.

³ Es gibt keine einheitliche Definition und Altersabgrenzung für „Hochbetagte“. Meistens wird das Alter 75+ herangezogen, oft jedoch auch erst das Alter ab 80 bzw. 85 Jahre (siehe Kapitel 2.3.2.1).

2.2 Prognostizierte demographische Trends für Österreich

2.2.1 Allgemeines zu Prognosen

Die für eine Beschreibung der österreichischen Bevölkerungsentwicklung erforderlichen statistischen Daten und Zahlen beruhen auf der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria (Hanika 2007) und der kleinräumigen Bevölkerungsvorausschätzung der ÖROK (Hanika et al. 2004)⁴. Diese ergeben sich aus standardisierten Modellrechnungen sowie Annahmen bezüglich Lebenserwartung, Mortalität (Sterberate), Fertilität (Geburtenrate) und Migration (Zu- und Abwanderung). Resultat sind verschiedene erdenkliche Szenarien, von denen die mittlere Variante (Hauptvariante) die wahrscheinlichste und realistischste darstellt und daher als Datengrundlage für diese Arbeit dient. Basierend auf diesen Daten werden im Folgenden die in Österreich prognostizierten demographischen Entwicklungen beschrieben. Grundsätzlich ist zu Prognosen anzumerken, dass sie zwar eine mögliche Zukunft beschreiben, jedoch nicht unbedingt die tatsächlich eintretende zukünftige Situation vorhersagen können. Prognosen schließen auf der Grundlage des momentanen Zustandes und aus vergangenen Entwicklungen auf zukünftige Geschehnisse. Spontane Vorkommnisse, die möglicherweise einen wesentlichen Einfluss auf den Verlauf von Entwicklungen haben, können nur partiell miteinbezogen werden, was eine gewisse Unbestimmtheit in Prognosen bewirkt. (vgl. Mitterer 2006, 4) Die Vorausschätzungen über den weiteren Ablauf der demographischen Alterung sind jedoch von vergleichsweise großer prognostischer Sicherheit, da das zukünftige Altern der Bevölkerung im hohen Maße eine Folge demographischer Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte ist und damit praktisch nicht mehr beeinflusst werden kann (Kytir/Münz 1995/96, 116ff.).

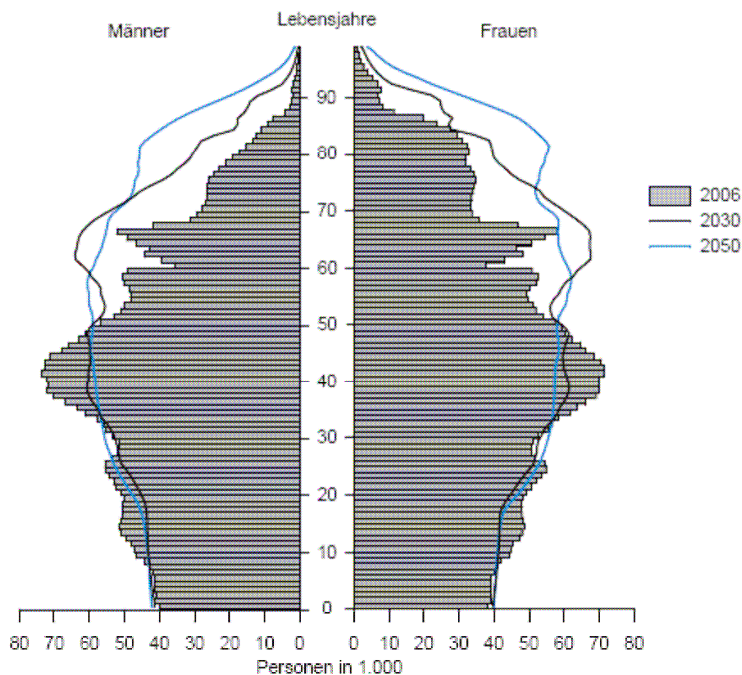
⁴ Die Bevölkerungsvorausschätzung der ÖROK ist mit der Bevölkerungsprognose der STATISTIK AUSTRIA konsistent. Dies wird durch die Übertragung der zu Grunde liegenden Methodik und der Verwendung desselben Prognosemodells gewährleistet sowie durch die aufeinander abgestimmten Annahmen zu den Parametern Fertilität, Mortalität, internationale Migration und Binnenwanderung. (vgl. Hanika et al. 2004, I)

2.2.2 Veränderung der Bevölkerungsstruktur

Österreichs Bevölkerungszahl wird – wie auch in den vergangenen Jahren – weiter ansteigen. 2006 hatte Österreich 8,28 Mio. EinwohnerInnen, im Jahr 2030 wird die Bevölkerungszahl vermutlich bei 8,98 Mio. liegen und 2050 bei 9,51 Mio. Somit beträgt der prognostizierte Bevölkerungsanstieg von 2006 bis 2050 15 Prozent. (vgl. Hanika 2007, 14) Es muss betont werden, dass der Zuwachs aus einem Bevölkerungsstrukturwandel resultiert. Der Bevölkerungsanstieg wird nicht auf eine steigende Geburtenzahl zurückgeführt, sondern wird primär durch eine positive internationale Wanderungsbilanz gelenkt und sekundär durch eine zunehmende Lebenserwartung gesteuert. Es ist eine Verschiebung der Relation von Geburten, Sterbefälle sowie Zu- und Abwanderung festzustellen. Weniger Geburten, eine steigende Zahl älterer Menschen und Zuwanderung von außen prägen Österreichs (zukünftige) Bevölkerungsstruktur.

Abbildung 1 stellt die Dynamik der Bevölkerung in Form einer Bevölkerungspyramide dar. Es werden die Abnahme der jüngeren Bevölkerung und die Zunahme der Zahl älterer, vor allem hochaltriger Personen verdeutlicht. Österreichs Bevölkerungsstruktur entwickelt sich zunehmend von einem pyramidenförmigen zu einem urnenförmigen Diagramm, zurückzuführen auf den Übergang von hohen zu niedrigen Fertilitäts- und Mortalitätsraten. Deutlich zu erkennen ist die sogenannte Baby-Boom-Generation der 1960er Jahre. Die diesem Jahrgang entsprungene Bevölkerung befindet sich heute im vierten Lebensjahrzehnt. Die Zahl der Bevölkerung älter als die 1960er Generation ist relativ gering. Blickt man jedoch auf das Jahr 2030 und betrachtet die Situation in 20 Jahren, so hat die Baby-Boom-Generation das Seniorenalter erreicht. Der Anteil der Altersgruppe der 70-jährigen wird laut Prognosen im Jahr 2030 signifikant größer sein und nachkommende Altersgruppen werden zahlenmäßig merklich geringer sein als heute. Diesen Prozess bezeichnet Kytir (2003a, 134) als einen Wandel von „einer demographisch „jungen“ zu einer demographisch „alten“ Bevölkerung.“ Das Phänomen, der aufgrund der Geburtenrückgänge stetig mit jeder Generation schwächer besetzten Elterngeneration, wird als „demographischer Echoeffekt“ bezeichnet (Hanika et al. 2004, 21 bzw. Schipfer 2005, 5).

Abb. 1: Bevölkerungspyramide Österreichs 2004, 2030 und 2050



Quelle 1: Höfner 2007, 33 (Statistik Austria, Demographisches Jahrbuch 2006)

Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung⁵

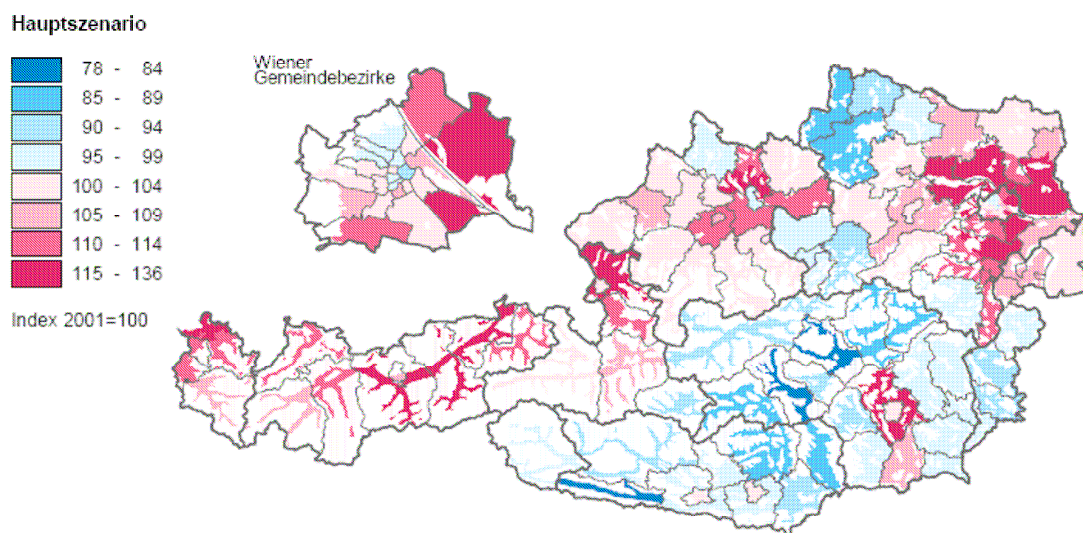
Es muss darauf hingewiesen werden, dass die demographischen Entwicklungen österreichweit nicht homogen verlaufen, sondern stattdessen markante regionale Unterschiede und Ausprägungen bestehen. Auch wenn die Gesamtbevölkerung Österreichs in den kommenden Jahren ansteigen wird, betrifft der Bevölkerungsanstieg nicht alle Bundesländer und Regionen. Jene Bundesländer in denen die Bevölkerung stagniert sind das Burgenland und die Steiermark, in Kärnten wird die Bevölkerung sogar abnehmen. Alle restlichen Bundesländer, also Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, können mit einem Bevölkerungszuwachs rechnen.

Eine regionsdifferenzierte Betrachtung zeigt noch prägnanter die Entstehung von „Wachstums- und Schrumpfungsregionen“ (Mitterer 2006, 6). Zunächst sind es die Agglomerationsräume der Landeshauptstädte und vor allem der Großraum Wien, die auch in Zukunft ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen haben, das teilweise um die 30 Prozent beträgt.

⁵ vgl. Hanika et al. 2004, 61f. und 66f.

Im Süden sind es der Raum Graz sowie in schwacher Form der Kärntner Zentralraum Klagenfurt-Villach. Die Wachstumsregion Wien erstreckt sich über den ganzen Nordosten Österreichs und zeichnet sich durch Faktoren wie Großstadtnähe, ökonomische Zentralität und eine gute Verkehrsinfrastruktur aus. Von Wien aus weiter in westliche Richtung entlang der Hauptverkehrsachse (Westbahn, Westautobahn) befinden sich die wachsenden Großräume Linz-Wels sowie Salzburg. In Tirol erlebt das Unterinntal, also die Region von Innsbruck bis Kufstein, einen Anstieg der Bevölkerung sowie in Vorarlberg das Rheintal, ausgehend von Bregenz in südliche Richtung bis Feldkirch. Im Gegensatz zu den Wachstumsregionen befinden sich Schrumpfungsregionen, also Regionen mit Bevölkerungsverlusten, in peripheren Lagen, wie im nördlichen Waldviertel, im südlichen Burgenland, in großen Teilen Kärntens, der Mur-Mürz-Furche, dem Lungau und Osttirol. Hier zeigen sich Bevölkerungsrückgänge von bis zu 20 Prozent. Die Regionen sind gekennzeichnet durch stagnierende bzw. „alte“ Wirtschaftssektoren, geringe Attraktivität, einem Mangel an neuen Arbeitsplätzen und der teilweise zu großen Distanz zu den größeren zentralen Orten. In Teilen Kärntens kann die negative Geburtenbilanz nicht einmal durch eine positive Wanderungsbilanz ausgeglichen werden. Es zeigt sich, eine gute Verkehrsinfrastruktur sowie ein guter Wirtschaftsstandort sind charakterisierend für Regionen mit Bevölkerungszuwachs (vgl. Mitterer 2006, 32).

Abb. 2: Regionale Bevölkerungsveränderung (Zuwächse/Abnahmen) bis 2031



Quelle 2: Hanika et al. 2004, 67 (ÖROK Prognose Teil 1)

Tabelle 1: Regionale Extremwerte: Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2001 bis 2031 (mittlere Variante)

Region	Abnahme bis 2031 in %	Region	Zunahme bis 2031 in %
NUTS 3			
Östliche Obersteiermark	-15,9	Wiener Umland Nord	20,8
Westliche Obersteiermark	-14,3	Tiroler Unterland	16,0
Unterkärnten	-10,5	Innsbruck	13,6
Oberkärnten	-9,8	Wiener Umland Süd	13,4
Liezen	-7,8	Rheintal-Bodensee	12,9
Politische Bezirke			
Leoben	-22,4	Korneuburg	21,0
Hermagor	-17,0	Wien Umgebung	20,6
Judenburg	-16,4	Tulln	19,3
Murau	-15,3	Innsbruck Land	19,2
Gmünd	-13,4	Gänserndorf	18,4

Quelle 1: Hanika et al. 2004, 68 (ÖROK Prognose Teil 1), eigene Darstellung

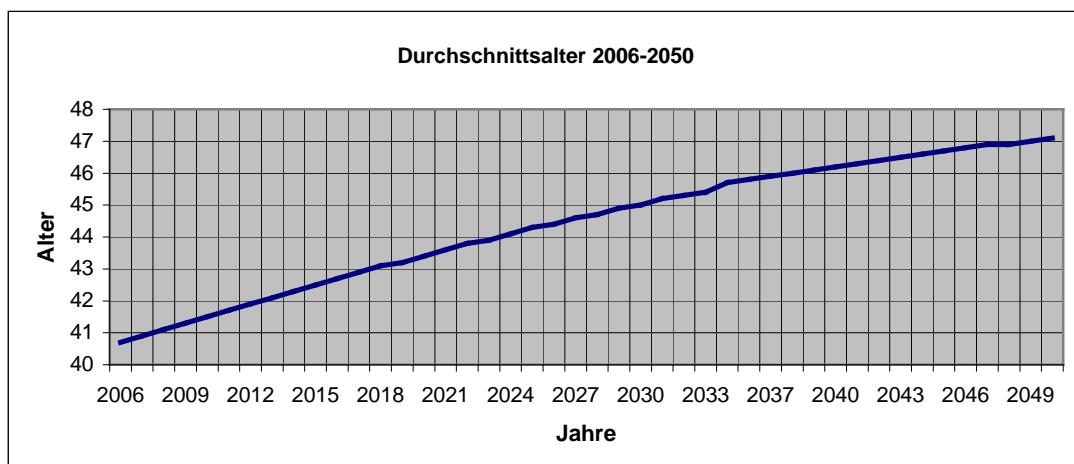
Aufgegliedert nach Altersgruppen zeigen die Prognosen für den Zeitraum von 2001 bis 2031, dass der Anteil der unter 15-jährigen an der Gesamtbevölkerung in den ländlichen Bezirken um ca. 12 Prozent abnehmen und in urbanen Bezirken um elf Prozent steigen wird. Ähnlich ist die Entwicklung der Personen im erwerbsfähigen Alter, also der 20-64-jährigen. Auch hier zeigen sich leichte Rückgänge in den ländlichen Bezirken sowie leichte Zuwächse in den städtischen Bezirken. Auch die Entwicklung der 65-84-jährigen verläuft beinahe gleich, auffallend ist jedoch eine überdurchschnittliche Zunahme der über 85-jährigen in den ländlichen Bezirken. Zusammengefasst scheint es, dass die jüngere und erwerbstätige Bevölkerung mehr in Richtung Städte tendiert, während die ältere Bevölkerung, vor allem jene der Hochbetagten, ländlich periphere Regionen dominiert. (vgl. Hanika et al. 2004, 73ff.) Dieses Bild lässt sich erneut dadurch erklären, dass urbane Regionen generell als wirtschaftlich günstiger und attraktiver gelten als periphere Regionen.

2.2.3 Steigende Lebenserwartung in Österreich

Aufgrund einer besseren medizinischen Versorgung und einer Lebensweise, die weniger körperliche Arbeit erfordert, erreichen die ÖsterreicherInnen ein zunehmend höheres Alter. 2006 beträgt die Zahl der über 60-jährigen 1,8 Mio. 2015 wird diese bereits bei 2,07 Mio. liegen, was einem Plus von 14 Prozent entspricht. 2030 erreicht die Zahl der älteren Be-

völkerung 2,81 Mio., ein Anstieg im Vergleich zu 2006 um 55 Prozent. 2050 werden für diese Bevölkerungsgruppe 3,26 Mio. Personen prognostiziert, d.h. 79 Prozent mehr als im Jahr 2006. Derzeit ist jedeR fünfte Österreicher bzw. Österreicherin über 60 Jahre alt, 2020 schon jedeR vierte. Langfristig wird bereits jedeR dritte Österreicher bzw. Österreicherin über 60 Jahre alt sein. Aufgrund der großen Spannweite dieser Altersgruppe sollte bei den über 60-jährigen zwischen mehreren Altersklassen unterschieden werden. Angesichts der höheren Lebenserwartung nimmt vor allem die Zahl der über 75-jährigen zu. 2006 umfasste diese Bevölkerungsgruppe 647.000 Personen, 2030 wird diese schon 1,02 Mio. betragen, das sind 58 Prozent mehr als 2006. Weiters wächst die Zahl bis 2050 auf 1,6 Mio. Personen, das ist ein Anstieg zu 2006 um 147 Prozent. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung wird sich in diesem Zeitraum verdoppeln, von acht Prozent auf 17 Prozent. Parallel zu dieser Entwicklung steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung von 40,7 Jahren im Jahr 2006 auf ca. 47,1 Jahre im Jahr 2050. Unterscheidet man nach den Geschlechtern steigt das Durchschnittsalter der Männer im Zeitraum von 2006 bis 2050 von 39,1 Jahre auf 45,8 Jahre. Jenes der Frauen steigt von 42,2 Jahre auf 48,3 Jahre. (vgl. Höfner 2007, 35 bzw. Hanika 2007, 7)

Abb. 3: Durchschnittsalter in Jahren (2006-2050)



Quelle 3: Hanika 2007, 10 f. (Statistik Austria, Bevölkerungsvorausschätzung), eigene Darstellung

Regionale Differenzierung der Lebenserwartung

Geschlechtsspezifische und regionale Unterschiede bezüglich der Lebenserwartung nehmen ab. Eine Erklärung dafür ist eine flächendeckende und immer besser werdende medi-

zinische Versorgung sowie generell eine geringere körperlich extrem belastende Lebensführung beider Geschlechter. (vgl. Hanika et al. 2004)

2.2.4 Geburtenrückgang als Bremser der Bevölkerungsentwicklung

Die Geburtenrate in Österreich ist seit vielen Jahren rückläufig. Während in den 1960er Jahren noch jede Frau in Österreich durchschnittlich 2,7 Kinder bekam, liegt der Wert gegenwärtig bei 1,4 Kinder pro Frau (Hanika et al. 2004, 34). Somit kann das Reproduktionsniveau nicht erreicht werden und die Bevölkerung Österreichs kann alleine mit der Zahl der Geburten nicht konstant gehalten werden. Gesteuert wird die Fertilitätsrate durch die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter⁶. Die Zahl der potentiellen Mütter sinkt ab, was zu einer schwächeren Besetzung der folgenden Elterngeneration führt. Im Jahr 2001 gab es 1,73 Mio. Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren, 2030 wird sich die Zahl auf 1,45 Mio. reduzieren. Etwas verstärkt wird die Elterngeneration durch die Zahl der Migrantinnen. Vor allem bei Migrantinnen aus (Süd)Osteuropa ist die Fertilitätsrate höher als bei Frauen aus den alten EU-Ländern. Während die Fertilitätsrate in Österreich im Jahr 2006 bei den Inländerinnen 1,31 Kinder pro Frau betrug, lag sie bei den Migrantinnen bei 1,97 Kinder pro Frau. (vgl. Höfner 2007, 26 und 33) Es zeigt sich, Migrantinnen erhöhen erstens die Zahl potentieller Mütter in Österreich und zweitens aufgrund ihrer teilweise höheren Fertilitätsraten die Zahl an Neugeborenen, was wiederum mehr neue potentielle Mütter in der nachfolgenden Generation hervorbringt.

Für die heutigen Geburtenrückgänge gibt es eine Reihe an Erklärungen (vgl. Meyer 2004, 59 ff.). Vor allem der Funktionswandel der Familie und deren Strukturen sind großen Veränderungen unterworfen. In den heutigen Industrieländern ist die traditionelle Familienfunktion unwesentlich geworden. Die einstige Rolle von Kindern als Arbeitskraft in der Familie sowie als Versorger der Eltern im Alter tritt heute in dieser ursprünglichen Form nicht mehr auf. Ebenso unterscheidet sich die heutige Frauenrolle von früher. Frauen haben einen höheren Bildungsstand, sind erwerbsorientiert und unabhängiger. Dies führt dazu, dass Kinderwünsche so weit wie möglich verzögert werden. Das Durchschnittsalter bei der

⁶ statistisch gesehen 15 bis 45 Jahre (vgl. Statistik Austria)

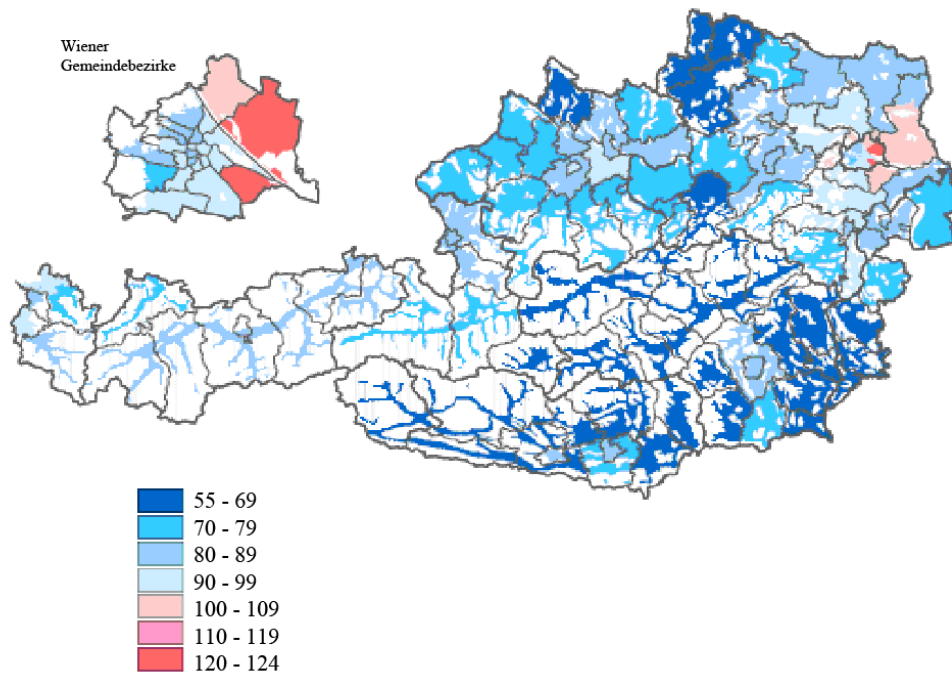
ersten Geburt lag 2006 bei 27,5 Jahren und wird langfristig auf über 30 Jahre ansteigen (Hanika 2006). Lange Ausbildungszeiten, Karrierepläne und die resultierende Verschiebung der Geburten vom 2. Lebensjahrzehnt bis ins 3. oder sogar bis ins 4. Lebensjahrzehnt bewirken, dass durchschnittlich nur ein Kind geboren wird (vgl. Höfner 2007, 26). Hinzu kommt das Streben nach Ungebundenheit. Es besteht der Wunsch flexibel und spontan handeln zu können. Andererseits besteht aufgrund wirtschaftlicher Unsicherheit die Notwendigkeit flexibel und spontan handeln zu müssen. Häufige Jobwechsel und Angst vor Arbeitslosigkeit begünstigen den Verzicht auf Kinder. So sinkt zunehmend die Bereitschaft sich langfristig an etwas zu binden. Getragen wird dieses Phänomen von der Gesellschaft. Es besteht großteils eine Akzeptanz gegenüber nicht traditionellen Lebensformen. Kinder in die Welt zu setzen ist kein Muss mehr, stattdessen besteht Wahlmöglichkeit darüber, ob ein Kinderwunsch besteht oder nicht. Die Realisierung eines Kinderwunsches wird mehr zur rationalen Entscheidung und Familiengründung zur Familienplanung, gesteuert durch Empfängnisverhütung, Schwangerschaftsabbruch sowie künstliche Befruchtung.

Regionale Differenzierung der Geburtenraten

Kein Bezirk Österreichs lag im Jahr 2000 über einer Geburtenrate von 1,7. Die höchsten Werte erreichten die Bezirke Urfahr-Umgebung, Kirchdorf an der Krems und Feldkirch. Über dem Bundesdurchschnitt lag ganz Vorarlberg, der Westen Tirols, das Tiroler Unterinntal, Osttirol, der Kärntner Bezirk Hermagor, Salzburg ohne Stadt Salzburg, Oberösterreich ohne Linz sowie das niederösterreichische Mostviertel. Im Gegensatz dazu gab es in den Bezirken der Ober- und Weststeiermark, dem Burgenland und dem Kärntner Zentralraum nur niedrige Fertilitätsraten von unter 1,3. In Zukunft wird sich diese Entwicklung fortsetzen. (vgl. Faßmann/Vorauer-Mischer 2005, 99)

Ebenso nimmt die Zahl der unter 20-jährigen in Österreich beinahe flächendeckend ab. Besonders starke Rückgänge der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahre betreffen das Südburgenland, das nördliche Waldviertel, den Agglomerationsraum Klagenfurt-Villach sowie den inneralpinen Zentralraum. Ausnahmen sind die östlichen Bezirke Wiens sowie die Region im (Süd)osten von Wien. (vgl. Hanika et al. 2004)

Abb. 4: Regionale Entwicklung der unter 20-jährigen bis 2031 (mittlere Variante)



Quelle 4: Hanika et al. 2004, 81 (ÖROK Prognose Teil 1)

Tabelle 2: Regionale Extremwerte: Veränderung der unter 20-jährigen Bevölkerung 2001 bis 2031

Region	Schwächste Veränderung bis 2031 in %	Region	Stärkste Veränderung bis 2031 in %
NUTS 3			
Wiener Umland Nord	-1,5	Westliche Obersteiermark	-41,0
Wien	-2,7	Lungau	-38,8
Wiener Umland Süd	-4,2	Östliche Obersteiermark	-37,5
Rheintal-Bodensee	-10,9	Unterkärnten	-37,3
Innsbruck	-11,7	Oberkärnten	-37,2
Politische Bezirke			
Wien Umgebung	+2,9	Murau	-45,3
Gänserndorf	-0,6	Judenburg	-40,2
Korneuburg	-0,8	Leoben	-40,1
Mödling	-3,2	Hermagor	-39,9
Baden	-5,3	Zwettl	-39,3

Quelle 2: Hanika et al. 2004, 74 (ÖROK Prognose Teil 1); eigene Darstellung

2.2.5 Internationale Migration als Motor des Bevölkerungswachstums

Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland sind verantwortlich für eine steigende österreichweite Gesamtbevölkerungszahl. Sie kompensieren und füllen die Lücke der österreichischen Geburtendefizite. MigrantInnen fallen hauptsächlich in die Altersgruppe der über 15-jährigen bis 60-jährigen, also der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Der Anteil der erwerbstätigen Altersklasse lag im Jahr 2006 bei 62,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung, das sind in absoluten Zahlen 5,16 Mio. Laut Prognosen der Statistik Austria wird diese Altersgruppe primär aufgrund von Zuwanderung aus dem Ausland bis zum Jahr 2015 um zwei Prozent ansteigen, bis 2030 dann jedoch gegenüber dem Jahr 2006 wieder um fünf Prozent sinken. 2050 wird die Zahl 5 Mio. EinwohnerInnen betragen, das sind 52,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Langfristig gesehen wird eine deutliche Reduktion um zehn Prozent vorausgesagt. Den Prognosen nach, wird somit die Immigration nach Österreich mit einem Zuwanderungshöchststand im Jahr 2004 (rund 127.000 Zuwanderer aus dem Ausland) bis zum Jahr 2020 auf jährlich etwa 100.000 Personen zurückgehen. (vgl. Höfner 2007, 35ff. und Hanika et al. 2004, 24) Ursachen für eine hohe Zuwanderung nach Österreich sind einerseits weiterhin Flüchtlinge sowie Familiennachzüge von bereits eingebürgerten Personen und andererseits die zunehmende Liberalisierung innerhalb der Europäischen Union.

Regionale Differenzierung der Zuwanderung aus dem Ausland

Zuwanderung aus dem Ausland konzentriert sich vor allem in ökonomischen und demographischen Wachstumsregionen, also im Großraum Wien sowie in anderen städtischen Regionen Österreichs. 40 Prozent der Zuwanderer siedeln sich in Wien an. Somit ist die Bundeshauptstadt die internationalste und heterogenste Region Österreichs, die außerdem das höchste Bevölkerungswachstum zu verzeichnen hat. Einerseits durch die Migration, andererseits durch eine wieder steigende Geburtenzahl (Geburten von Migrantinnen sowie Inländerinnen). Die Wiener Bevölkerung wird laut Prognosen der Statistik Austria von 1,66 Mio. (2006) auf 1,95 Mio. (2030) ansteigen und 2050 bereits bei über 2 Mio. EinwohnerInnen liegen. Das wäre eine Steigerung von 27 Prozent gegenüber dem Jahr 2006. (Höfner 2007, 37) MigrantInnen sind verhältnismäßig jung und senken somit den Altersdurchschnitt einer Region.

2.3 Fokus

2.3.1 Die Alterung der Bevölkerung

Die vorangehend beschriebenen Trends führen miteinander gekoppelt zu einer Alterung der Bevölkerung. Zusammenfassend sind drei Hauptursachen zu nennen. Erstens wird Alterung durch einen Rückgang der Fertilität aufgrund sich wandelnder Familienstrukturen verursacht. Verstärkt wird das Phänomen dadurch, dass nun zahlenmäßig ohnehin schon schwächer besetzte Jahrgänge (1970er Jahre mit geringer Fertilität) im „Elteralter“ sind. Alterung durch Geburtenrückgang geschieht nicht kurzfristig, sondern ist das Resultat eines langjährigen Prozesses, beginnend damit, dass zunächst die jüngere Bevölkerung stark zurückgeht und somit der Anteil der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung steigt. Zweitens führt eine Abwanderung der erwerbstätigen, jüngeren Bevölkerung aus der Region zu einer höheren Alterung der verbliebenen Bevölkerung. Im Gegensatz zum soeben beschriebenen Phänomen der „Alterung durch Rückgang der Fertilität“, kann „Alterung durch Abwanderung“ in sehr kurzer Zeit erfolgen. Ausschlaggebende Bevölkerungsgruppe ist jene der Erwerbsfähigen, hier vor allem die Altersgruppen zwischen 20 und 40 Jahren. (vgl. Bähr 2004, 92) Drittens steigen durch eine bessere medizinische Versorgung die Lebenserwartung, das Durchschnittsalter und die Zahl der Hochbetagten. Insbesondere wenn die Baby-Boom-Generation ins hohe Alter kommt, wird der Anteil der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung den bisher größten Anteil ausmachen. Gurr-Hirsch (2008) spricht daher von einem „Senioren-Boom“.

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Bevölkerungsstruktur permanent Veränderungen unterzieht. Am Beispiel der Fertilitätsrate halbierte sich in Österreich zwischen 1900 und 1928 die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau von vier auf zwei Kinder. Mitte der 1930er Jahre lag die Fertilitätsrate bereits bei ca. 1,5 Kindern pro Frau. Lediglich in der sogenannten „Baby-Boom-Phase“ in den 1960er Jahren lag die Fertilität wieder deutlich über dem Bestandserhaltungsniveau von zwei Kindern pro Frau (vgl. Lebhart 2003, 675). In den 1970er Jahren begann diese jedoch wieder rapide abzusinken. Der Trend setzt sich bis heute fort und wird sich auch in Zukunft in diese Richtung weiterentwickeln. Eine zunehmend neue Erscheinung ist hingegen die Alterung der Gesellschaft. Der Anteil der älteren Bevölkerung (> 60 Jahre) und insbesondere der Hochaltrigen (> 75

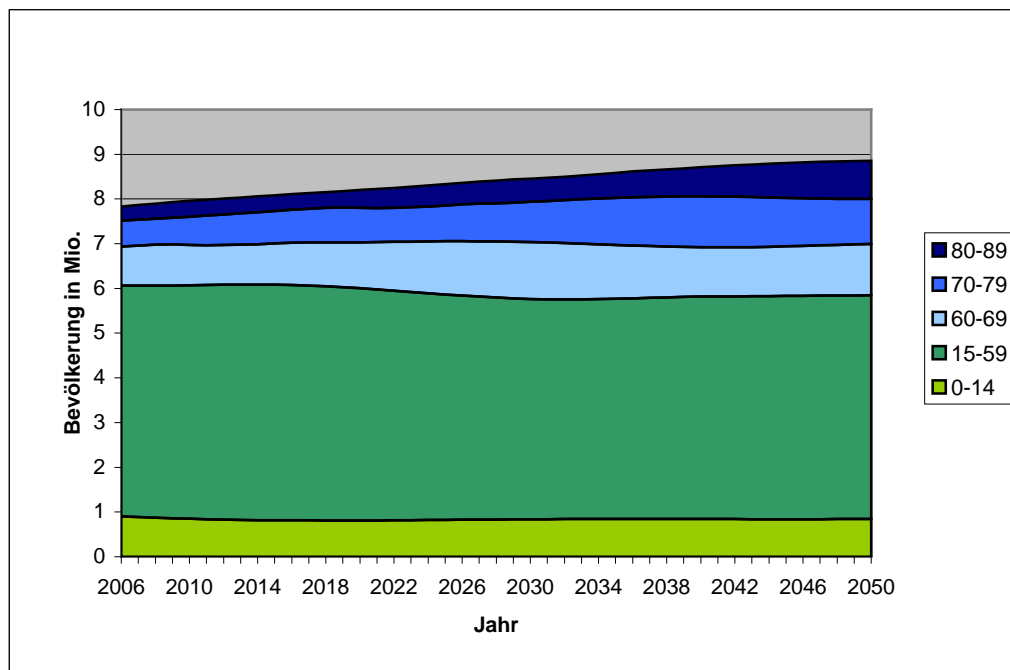
Jahre) an der Gesamtbevölkerung war noch nie so groß wie heute. Darüber hinaus wird dieser Anteil in den nächsten 20 Jahren noch signifikant zunehmen. Im Gegensatz dazu, wird der Anteil der jungen Bevölkerung (< 20 Jahre) so gering sein wie noch nie zuvor und nicht überall durch Immigration ausgeglichen werden können. Die Bezeichnung „alte Gesellschaft“ wird dann am treffendsten für die österreichische Bevölkerung sein.

Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2001 bis 2031 nach dem Alter

Jahr	Absolut (in 1.000)				in Prozent		
	Insg.	0-14 J.	15-59 J.	60 und mehr J.	0-14 J.	15-59 J.	60 und mehr J.
2001	8.031,6	1.352,0	4.980,9	1.698,6	16,8	62,0	21,1
2016	8.361,0	1.171,3	5.103,9	2.085,8	14,0	61,0	24,9
2031	8.416,0	1.104,8	4.581,2	2.729,9	13,1	54,4	32,4

Quelle 3: Faßmann/Hanika 2006, 25; eigene Darstellung

Abb. 5: Bevölkerungsentwicklung 2006-2050 nach Altersgruppen



Quelle 5: Hanika 2007 (Bevölkerungsvorausschätzung 2007-2050 für Österreich); eigene Darstellung

Regionale Differenzierung

Die kleinste Einheit, in der zukünftige demographische Daten flächendeckend für Österreich vorliegen, ist die Bezirksebene.⁷ Auf Gemeindeebene steht für Österreich noch keine flächendeckende demographische Prognose zur Verfügung.⁸ Somit muss darauf hingewiesen werden, dass auch innerhalb eines Bezirkes Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung auftreten können, dies hier jedoch nicht berücksichtigt werden kann.

Wesentlich bezüglich den räumlichen Auswirkungen demographischer Entwicklungen sind

- jene Bezirke, für die laut Bevölkerungsprognose in Zukunft (2031) ein hoher Anteil an älterer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung vorausgesagt wird und
- jene Bezirke, die einen besonders hohen Anstieg des Anteils der älterer Bevölkerung in den nächsten Jahren (2001-2031) erleben werden. Hier ist zu unterscheiden zwischen
 - Bezirken mit einer bereits heute relativ alten Gesellschaft und
 - Bezirken mit einer heute noch relativ jungen Gesellschaft.

Diese Unterteilung umfasst all jene Bezirke, die voraussichtlich verstärkt mit Konsequenzen der Alterung der Gesellschaft konfrontiert werden. Eine regionale Differenzierung zeigt, der einst junge Westen „altert“. So wird sich die Zahl der über 60-jährigen im Großteil der Bezirke im Westen Österreichs längerfristig verdoppeln (Vorarlberg +103 Prozent, Tirol +99 Prozent). Trotz der für den Westen Österreichs neuen demographische Entwicklung, wird der Westen auch in Zukunft eine jüngere Altersstruktur aufweisen als der äußerste Osten und der Süden Österreichs. In Teilen Kärntens und der Steiermark ist die Bevölkerung am ältesten. Eine schwach ausgeprägte junge Bevölkerung, niedrige Geburtenzahlen und eine geringe Zuwanderung aus anderen Teilen Österreichs bzw. aus dem Ausland bewirken eine starke Alterung. Bereits heute ist die Bevölkerung in diesen Landesteilen schon sehr alt, die Zuwächse der über 60-jährigen werden aber trotzdem noch 61 Prozent in Kärnten und 69 Prozent in der Steiermark betragen. Bis 2050 im Bundesdurchschnitt von 79 Prozent liegen Salzburg mit einem Anstieg der älteren Personen um 88 Pro-

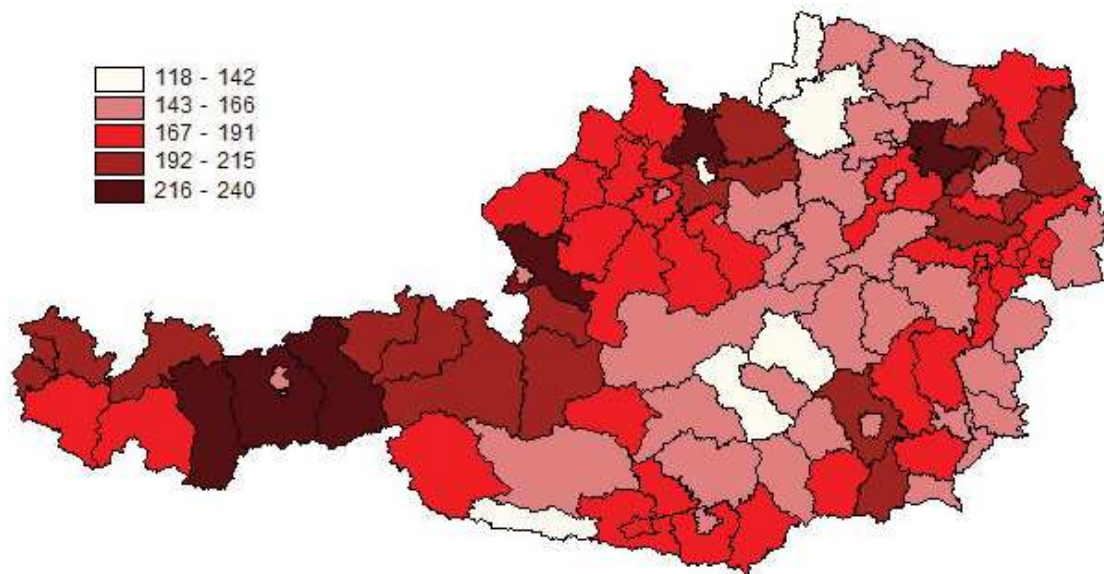
⁷ vgl. ÖROK Prognose Bevölkerung und Arbeitskräfte bis 2031 (Hanika et al. 2004)

⁸ In Deutschland hat die Bertelsmann Stiftung eine Untersuchung für Gemeinden über 5000 EinwohnerInnen durchgeführt. Der sogenannte „Wegweiser Demographischer Wandel“ stellt ein Frühwarnsystem dar um rechtzeitig auf die demographische Entwicklung und deren Konsequenzen auf Gemeindeebene reagieren zu können. (vgl. Mühlböck und Neunherz 2008, 14f.)

zent, Oberösterreich mit 87 Prozent und Niederösterreich mit 83 Prozent. Wien bleibt infolge der Zuwanderung eine relativ junge Stadt und der Anteil der älteren Personen wird am geringsten steigen: von derzeit 21,9% auf 26,6% im Jahr 2030 und auf 29,3 % im Jahr 2050. Damit wird Wien am Ende des Prognosezeitraums, gemeinsam mit Vorarlberg, zu den demographisch „jüngsten“ Bundesländern zählen. (Hanika et al. 2004 und Höfner 2007, 39)

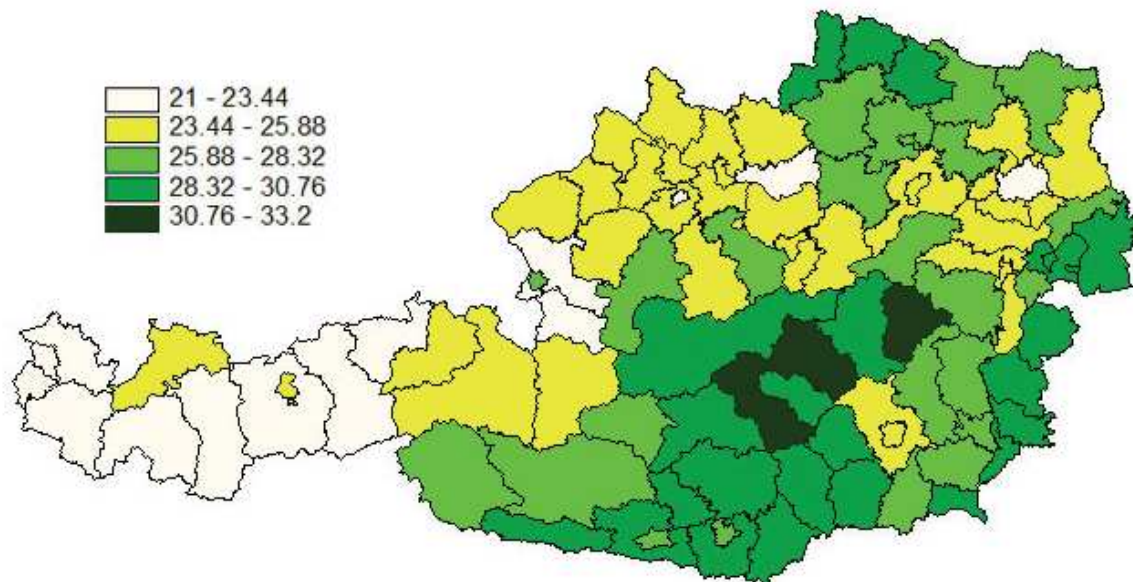
Interessant sind vor allem jene Bezirke, in denen die Alterung der Gesellschaft ein „neuer Trend“ ist (vgl. Abb. 6), denn dort gilt es, die Gemeindeplanung an neue gesellschaftliche Strukturen anzupassen. Die herkömmlichen sogenannten „alten“ Bezirke (vgl. Abb. 7) können dafür Best-Practice-Beispiele liefern und die bereits gesammelten Erfahrungen weitergeben.

Abb. 6: „Neuer Trend“ – Zunahme der 65-jährigen und älter im Zeitraum 2001-2031 (Indexwerte 2001=100)



Quelle 6: Hanika et al. 2004 (ÖROK Prognose Teil 1) und <http://hal.geo.univie.ac.at/karto/lehr/fachbereiche/geoinfo/egi08/materialien.html>; eigene Darstellung; 20.12.2008

Abb. 7: Anteil der 65-jährigen und älter an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2031 (%)



Quelle 7: Hanika et al. 2004 (ÖROK Prognose Teil 1) und <http://hal.geo.univie.ac.at/karto/lehr/fachbereiche/geoinfo/egi08/materialien.html>; eigene Darstellung; 20.12.2008

2.3.2 Das Profil der „demographisch alten Bevölkerung“

Angesichts der Entwicklung in der Altersstruktur werden neue Fragen relevant. Was sind die Bedürfnisse der zukünftigen „alten Gesellschaft“ und wie lässt sich die Altersgruppe der Älteren abgrenzen?

2.3.2.1 Abgrenzung

Die Altersspanne der als alt bzw. älter geltenden Menschen ist sehr groß und kann bis zu 30 oder 40 Jahre betragen. Aufgrund unterschiedlicher Verfassungen und Gesundheitszustände ist eine eindeutige Altersdefinition kaum möglich. Abgrenzungen haben somit meist nur pragmatischen Charakter bzw. Orientierungswert und sind nahezu nie empirisch-systematisch begründet (Österreichisches Institut für Familienforschung 2000, 506). Dennoch müssen Überlegungen angestellt werden, wie sich die Gruppe der „Alten“ abgrenzen lässt. Nach Vorschlägen der Weltgesundheitsorganisation (WHO)⁹ wird zwischen älteren Menschen (60 bis 75-jährigen), den alten Menschen (75 bis 90-jährigen), den sehr Alten oder Hochbetagten (über 90-jährigen) und schließlich den Langlebigen (den über 100-jährigen) unterschieden. Neugarten (1994)¹⁰ schlägt eine Unterteilung in „junge Alte“ und „alte Alte“ vor, wobei die Grenze bei 75 Jahren liegt. Kennzeichnend für die jungen Alten sind ein noch relativ guter Gesundheitszustand, geringe Verpflichtungen, wie traditionelle Verantwortungen für Beruf und Familie, eine zunehmend bessere Bildung sowie politisches Interesse und Engagement. Das Alter selbst wird von der Gruppe als positiv bewertet. Rosenmayr (1995) empfiehlt eine rein in einem qualitativen Sinn erstellte Unterteilung. Zum Beispiel könnte nach der oben beschriebenen Differenzierung ein 80-jähriger Mann in sehr guter psychischer und physischer Verfassung ebenso zu den jungen Alten gezählt werden, hingegen wäre eine stark pflegebedürftige 60-jährige Frau den alten Alten zuzuordnen. Ähnlich argumentiert der Sozialhistoriker Peter Laslett (1989). Er differenziert ein sozial definiertes „drittes Lebensalter“ (third age) von einem eher biologisch definierten „vierten Lebensalter“. Letzteres bezeichnet eine Periode physischer und psychischer Belas-

⁹ vgl. Österreichisches Institut für Familienforschung 2000, 549

¹⁰ ebd.

tungen sowie Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, während ersteres eine qualitativ neue Phase des späten Lebens bei guter Gesundheit meint. Majce (1992) hat eine Untersuchung durchgeführt, ab wie vielen Jahren jemand in der österreichischen Gesellschaft zu den „älteren Menschen“ gezählt wird. Ergebnis der Studie ist ein aus allen Antworten errechnetes Durchschnittsalter, ab dem man als „älterer Mensch“ gilt, von 56 Jahren. Die Altersgrenze wurde von unterschiedlichen Altersgruppen verschieden angesetzt, wobei jüngere Personen die Altersgrenze niedriger als den Durchschnitt setzten und ältere Personen höher (Österreichisches Institut für Familienforschung 2000, 549-551). Das Land Oberösterreich hat eine Einteilung der älteren Personen in vier Lebensstilgruppen ausgearbeitet (vgl. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2000, 7). Die erste Lebensstilgruppe umfasst die „aktiven neuen SeniorInnen“, meist mit einem hohen Bildungsstand und überdurchschnittlichem Einkommen, einer aktiven Lebenseinstellung, einer sozialen Teilnahme bei gleichzeitigem Ausstieg aus bisherigen Verpflichtungen und Zwängen, einem Streben nach Selbstverwirklichung, Kreativität und Aufgeschlossenheit für das Neue. Als zweite Gruppe werden die „sicherheits- und gemeinschaftsorientierten SeniorInnen“ definiert. Sie sind meist gekennzeichnet durch Bescheidenheit in der Lebensführung, mit der Vorstellung von einer schönen Pension in Ruhe und Zurückgezogenheit. Eine hohe Bedeutung haben das Vereinsleben, Kontakte mit Nachbarn sowie der Fernseher. Die dritte Gruppe ist jene der „pflichtbewussten-häuslichen SeniorInnen“, charakterisiert durch Bescheidenheit in der Lebensführung, dem Wunsch nach emotionaler Sicherheit und der Furcht vor Abhängigkeit von anderen sowie vor stationären Betreuungseinrichtungen. Einen hohen Stellenwert haben die Besuche ihrer Kinder und Enkelkinder. Die vierte und letzte Gruppe ist jene der „resignierten SeniorInnen“, meist mit einem niedrigen bis sehr geringen Einkommen und Hochaltrigkeit, Gesundheitsproblemen, Einsamkeit, Resignation und Angst vor dem „Untergebrachtwerden“ in stationären Betreuungseinrichtungen.

Wird in dieser Arbeit von der älteren Bevölkerung gesprochen, bezieht sich das im statistischen Teil (Kapitel 2) auf die Unterteilung der Statistik Austria bzw. der ÖROK in Altersklassen, das „Alter“ beginnend bei 60 bzw. 65 Jahre. Die Hochbetagten sind nach Statistik Austria jene Personen ab 75 Jahre. Im Vergleich zur quantitativen Betrachtung wird im Folgenden die im qualitativen Sinn gemachte Unterscheidung von Laslett zwischen einem dritten und einem vierten Lebensalter, also zwischen einer aktiven und selbständigen Gruppe und einer in ihrer Mobilität und Selbständigkeit eingeschränkten Gruppe, herangezogen.

2.3.2.2 Charakterisierung

„Gleich bleiben die Grundbedürfnisse bzw. Daseinsgrundfunktionen, verändern werden sich die Modalitäten (aktionsräumliches Verhalten, Automobilität) zur Befriedigung derselben. Das Hauptanliegen der älteren Menschen von Morgen wird, analog zu dem der Älteren von heute, der Wunsch nach „so lange wie möglich zu Hause leben“ (...) sein“ (Fischer 2005, 192). Ebenso spricht Amann (2000) vom hohen Stellenwert der Wohnung „als Lebensmittelpunkt für ältere Menschen“. Veränderungen werden sich hingegen im Freizeitverhalten und in der Mobilität zeigen. Vor allem in der dritten Lebensphase bestehen ein höherer Aktivitätsgrad sowie ein höheres Interesse an Neuem, z.B. an neuen Technologien sowie an altersspezifischen Freizeit- und Veranstaltungsangeboten. Die Personen der dritten Lebensphase werden ein sehr differenziertes Freizeitverhalten verfolgen, mit dem Wunsch nach einer größeren Angebotsvielfalt und Wahlfreiheit. Aufgrund höherer Mobilität und größeren Aktionsräumen bis in ein höheres Alter, wird es zu einer verstärkten Außenorientierung kommen. Die zeitliche Komponente der Raumüberwindung geht vor die räumliche Komponente. (vgl. Fischer 2005, 192 f.) Anders die Situation der Personen in der vierten Lebensphase. Für diese Bevölkerungsgruppe nimmt vor allem die Notwendigkeit nach guten Erreichbarkeiten von Versorgungseinrichtungen zu. Aufgrund des sozialen Wandels wird mit einem schwächeren familiären Netzwerk, einer Abnahme des sozialen Engagements sowie ehrenamtlicher Tätigkeiten, einer zunehmenden Singularisierung und einem daraus resultierenden Bedürfnis nach externer Unterstützung gerechnet.

2.4 Handlungsnotwendigkeit

Die Alterung der Bevölkerung ist ein neuer Trend, da die Gesellschaft noch nicht in diesem Ausmaß gealtert ist. Im Jahr 2030 werden in Österreich so viele über 60-jährige leben wie noch nie zuvor. Vor allem die Zahl der Hochbetagten wird das bisherige Maximum erreichen, sodass in Verbindung mit den sinkenden Geburtenraten von einer doppelten Alterung (Münz 2006) gesprochen wird. Hinzu kommt ein sich auch weiterhin stärker wandelndes soziales und gesellschaftliches Gefüge, was in unterschiedlichen Wohnformen, Mobilitäten und sozialen Netzen zum Ausdruck kommt.

„Unter diesen Vorzeichen kann die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Lebens älterer Menschen nicht dem Zufall überlassen werden, sondern bedarf der verantwortlich vorausschauenden Gestaltung.“ (Blaumeiser et al. 2002, 6) Handlungsebenen für Planungsprozesse sind die Kommune bzw. die Region, in Zusammenarbeit mit der Politik, der Wirtschaft, der Sozialplanung, der Architektur, den BürgerInnen und nicht zuletzt der Raumordnung, Raumplanung sowie der Stadtentwicklung. Altenplanung kann als „Querschnittsthema“ (Blaumeiser et al. 2002, 12) bezeichnet werden, denn es zeigt sich in unterschiedlichen Handlungsebenen und kommunalen Politikfeldern.

„Unter der Bedingung der Alterung stehen die kommunalen Verantwortlichen vor einer großen und komplizierten Anpassungsaufgabe. In absehbarer Zukunft muss die kommunale Infrastruktur auf einen hohen Anteil älterer Menschen ausgerichtet werden“.

(Bremer 2005, 137)

3 RAUMORDNUNG IM KONTEXT DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS

3.1 Allgemeines zur Raumordnung und die Verbindung mit der Demographie

3.1.1 Begriffsdefinitionen

Raumordnung wird definiert als „die in einem Staatsgebiet angestrebte räumliche Ordnung von Wohnstätten, Wirtschaftseinrichtungen, der Infrastruktur usw. Teilweise wird Raumordnung auch als die Tätigkeit des Staates verstanden, die zur planmäßigen Gestaltung des Raumes führt“ (Leser 1997, 681). Raumordnung, als interdisziplinäre Wissenschaft, stützt sich auf andere wissenschaftliche Disziplinen. So bestehen unter anderem Schnittstellen von Raumordnung und Demographie. Die Demographie wird definiert als „interdisziplinär arbeitende Wissenschaft von der Bevölkerung, ihrer Struktur, Verteilung und Veränderung“ (Leser 1997). Aktivitäten der Raumordnung regeln unterschiedliche räumliche Interessen und Nutzungsvorstellungen der Gesellschaft. Um rechtzeitig auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können, muss die Raumordnung sich bereits heute über die zukünftige Gesellschaft und ihre Bedürfnisse im klaren sein (vgl. Faßmann 2003, 60). Die Raumordnung nimmt Beobachtungen und Analysen der Bevölkerungsentwicklung, deren Struktur und räumliche Verteilung, als Grundlagen für ihre Planungen (vgl. Schmitz 2004, 128). Die Ergebnisse und die Auswertung von Bevölkerungsprognosen „müssen Bestandteil einer fortgesetzten regionalen Raumbewertung sein“ (Schmitz 2004, 131).

„Das öffentliche Leben, das sich in den öffentlichen Räumen entfalten soll, ist (...) an die zentralen Themen gesellschaftlicher Entwicklung gekoppelt, (so) dass jede Beschäftigung mit dem öffentlichen Raum (...) zu einer Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Idealen (...) wird.“ (Rambow 2004, 8)

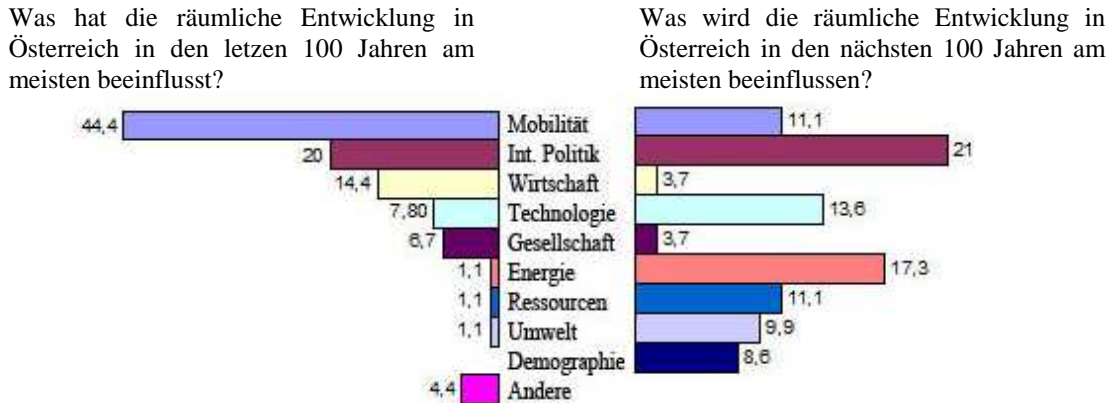
3.1.2 Die Rolle der Demographie im Prozess der Raumordnung

Die Demographie leistet ihren Beitrag im Prozess der Raumordnung vor allem zu Beginn. Sie unterstützt die Raumordnung, wenn es um die wesentliche Frage nach der Zielgruppe geht, also „Raumordnung – für wen?“. Die Demographie gibt der Raumordnung Input zur demographischen Zusammensetzung eines Raumes, zu strukturellen Veränderungen der Gesellschaft und den resultierenden Bedürfnissen für die Gesellschaft. Welche Alterstruktur wird die Bevölkerung in den Planungsregionen der Raumordnung haben und wie müssen in diesem Zusammenhang Infrastruktur, Wohnraum etc. geschaffen werden? Die Demographie unterstützt die Raumordnung dabei den Ist-Zustand von Raum und Gesellschaft zu beobachten und zu analysieren. Nur auf diesen Erkenntnissen aufbauend ist es möglich, einen Soll-Zustand zu formulieren. Auf die zweite Phase des Prozesses der Raumordnung hat die Demographie keinen Einfluss mehr. Die Ausarbeitung der Maßnahmen, die gesetzt werden müssen, um die definierten Ziele erreichen zu können, ist Aufgabe der Raumordnung bzw. anderer Disziplinen, wie zum Beispiel der Politik. In der letzten Phase kommt die Demographie erneut zum Einsatz. Ihre Aufgabe ist es, in Zusammenarbeit mit Nachbardisziplinen zu überprüfen, ob die normativ festgelegten Ziele erreicht wurden. Raumordnung plant für die Gesellschaft, somit liegt es im Interesse der Demographie zu überprüfen, ob raumordnerische sowie gesellschaftliche Ziele erreicht wurden. (vgl. Faßmann 2003, 60 und 62)

Jener Bereich, der in der Vergangenheit – laut einer Expertenbefragung¹¹ – besonders starken Einfluss auf die räumliche Entwicklung hatte, ist die Mobilität. Zukünftig werden jedoch andere Bereiche von primärem Einfluss sein. Zunächst ist die internationale Politik zu nennen, aber auch Energiethemen und u.a. demographische Entwicklungen werden bei Fragestellungen der Raumordnung eine größere Rolle spielen. Gerade die Demographie wird als neuer Einflussbereich gesehen (vgl. Abb. 8).

¹¹ Ergebnis einer Befragung im Rahmen eines Workshops – mit ca. 90 TeilnehmerInnen – zu den Szenarien der Raumentwicklung in Österreich 2030 (Rosinak und Partner 2008). Abgegeben werden sollte jeweils nur eine Nennung pro Person. Insgesamt wurden 90 Nennungen erfasst.

Abb. 8: Mental Map der Einflussbereiche der räumlichen Entwicklung



Quelle 8: Rosinak und Partner 2008, 253; eigene Darstellung

3.1.3 Historische Schnittstellen¹²

Schnittstellen zwischen Raumordnung und Demographie ergeben sich in der institutionellen Gleichzeitigkeit und den gemeinsamen Grundfragen. Historisch können immer wieder Parallelitäten zwischen den beiden Disziplinen festgestellt werden. Schon im Römischen Reich bediente man sich derer. Die Bodennutzung, der Bau von Siedlungen, der Wasserhaushalt, die Errichtung von Verkehrswegen und weiteren infrastrukturellen Einrichtungen erfolgten nicht unregelt und willkürlich. Stattdessen wurden planerische Prinzipien verfolgt, um für die systematisch gezählte Bevölkerung ausreichende Lebensbedingungen zu schaffen. Raumordnung war normativ und zielgerichtet. Charakterisierend bei beiden Disziplinen war und ist auch heute noch die vorausschauende und zukunftsorientierte Planung.

Nach dem Bedeutungsverlust von Raumordnung und Demographie in der Zeit nach dem Ende des Römischen Reiches, kam es im aufgeklärten Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts zu einem erneuten Bedeutungsgewinn. Anstelle eines vielgeteilten Europas des 16. Jahrhunderts, trat eine flächige Planung mit einer zentralen Verwaltung. Dafür musste die Raumordnung neue Informationen einholen, wofür die Demographie wiederum wichtige Daten zur Bevölkerung des Landes bereitstellen konnte.

¹² vgl. Faßmann 2003, 60 ff. und ebd. 2002, 21 ff.

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert unterzogen sich Raumordnung und Demographie erneut einem Wandel. Die Disziplinen entwickelten sich von einem Instrument der Herrschaftssicherung zu einem Instrument der gesellschaftspolitischen Kritik und Reform, aufgrund der enorm schlechten Lebensbedingungen. Vorrangige Probleme dieser Zeit waren die rasante Verstädterung, eine damit verbundene Wohnungsnot, schlechte hygienische Bedingungen, was wiederum zu einer geringen Lebenserwartung und einer hohen Kindersterblichkeit führte. Das unkontrollierte städtische Wachstum musste in neue Bahnen gelenkt werden. Mitte des 19. Jahrhunderts entstand der heute gängige Begriff „Demographie“ und wurde von Achille Guillard 1855 geprägt (vgl. Acham 2001); der Begriff „Raumordnung“ wurde von Gustav Langen am Beginn des 20. Jahrhunderts geformt (vgl. Istel 2000).

Raumordnung und Demographie sowie die Begriffe „Raum“ und „Bevölkerung“ wurden im weiteren historischen Verlauf in der NS-Zeit von der damals herrschenden Ideologie missbraucht.

Die Wiederkehr der Raumordnung als normative Konzeption und als staatliche Aufgabe fand bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit statt. Die Bevölkerungspolitik gewann erst später wieder an Bedeutung. Mit der universitären Etablierung der beiden Disziplinen erhöhte sich deren Stellenwert maßgeblich und erfährt heute besonderer Aktualität.

3.2 Bedeutung der Alterung der Gesellschaft für die kommunale Infrastruktur

3.2.1 Begriffsbestimmung

Der Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Raumentwicklung zeigt, demographische Trends haben Konsequenzen für die Infrastruktur. Infrastruktur wird definiert als die „Ausstattung eines Raumes mit materiellen Einrichtungen, die die Grundlage für die Ausübung der menschlichen Grunddaseinsfunktionen bilden und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Raumes ermöglichen. Hierzu gehören insbesondere Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verkehrsmittel und Verkehrswege, Kommunikationsnetze, Einrichtungen des Gesundheits- und Bildungswesens. Es handelt sich im Wesentlichen um

Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“ (Leser 1997). Die Grunddaseinsfunktionen umfassen die Tätigkeiten „in Gemeinschaft leben, wohnen, arbeiten, sich versorgen, sich bilden und Freizeitverhalten. Verkehr und Kommunikation sind keine Grunddaseinsfunktionen, sondern notwendige Tätigkeiten, um die Grunddaseinsfunktionen zu ermöglichen“ (Leser 1997). Die Auswirkungen des Demographischen Wandels erfolgen kleinräumig und betreffen die kommunale Ebene. Dort führt die Alterung der Gesellschaft zu einer Verschiebung der Struktur der benötigten kommunalen Infrastruktureinrichtungen in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Die Nachfrage und der Bedarf nach bestimmten Gütern und Dienstleistungen werden in einigen Segmenten besonders stark ansteigen, in anderen wiederum sinken. In Regionen mit Bevölkerungsrückgang kommt verstärkt der quantitative Aspekt zu tage, da bei unausgelasteten Gütern und Diensten die Frage nach der Rentabilität und Existenz gestellt werden muss. Einsparungen, vor allem von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, bedeuten gravierende Auswirkungen auf das persönliche Lebensumfeld und die Lebensqualität – im Speziellen auf jenes einer weniger mobilen bzw. hochaltrigen Bevölkerung, deren Zahl und Anteil genau in diesen Regionen besonders hoch sein werden. Der Begriff Lebensqualität ist aufgrund seiner Multidimensionalität schwer zu definieren. Lebensqualität ist für jeden Menschen etwas anderes und somit schwer messbar. (Fischer 2005, 22) Eine mögliche Definition nach Leser (1997) lautet: „Unter „Lebensqualität“ wird ein Begriff zur Kennzeichnung des qualitativen Standards des individuellen oder gesellschaftlichen Lebens verstanden. Im Gegensatz zum Lebensstandard bezieht Lebensqualität auch Güter der immateriellen Lebensbedingungen, wie z.B. den sozialen und kulturellen Standard der Gesellschaft, die individuellen Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens, insbesondere aber auch die Qualität der natürlichen und gebauten Umwelt ein.“. Anhand der folgenden – zunächst sektoralen, dann räumlichen – Betrachtung werden die möglichen Konsequenzen einer Alterung der Gesellschaft auf Gemeindeebene aufgezeigt.

3.2.2 Sektorale Differenzierung

Jene für eine alternde Bevölkerung relevanten Einrichtungen, Güter und Dienstleistungen werden in den Handlungsfeldern Nahversorgung, Mobilität, Wohnen und soziale Infrastruktur zusammengefasst.¹³ Den Handlungsfeldern liegen die finanziellen Rahmenbedingungen der Gemeinden zugrunde, auf welche demographische Gegebenheiten ebenfalls einwirken. Natürlich können diese Bereiche nicht immer klar und eindeutig voneinander abgegrenzt werden, weshalb es teilweise zu Überschneidungen kommt.

Abb. 9: Handlungsfelder relevanter Infrastrukturbereiche zum Erhalt der Lebensqualität für eine alternde Bevölkerung



Quelle 9: eigene Darstellung

¹³ Während eine „altersspezifische Infrastruktur“ rein von einer bestimmten Altersgruppe in Anspruch genommen wird (z.B. spezielle Wohnformen für Ältere, seniorenrechtliche Freizeitgestaltung etc.), kommt ein großer Teil der für ältere Personen relevanten Infrastrukturbereiche allen Altersgruppen zu Gute (z.B. Maßnahmen in den Bereichen Nahversorgung, Mobilität)

3.2.2.1 Handlungsfeld Nahversorgung

Tabelle 4: Übersicht über die Güter im Handlungsfeld Nahversorgung und deren Träger

Art des Gutes	Versorgungseinrichtung, Träger der DL
Nahrungsmittel	Lebensmitteleinzelhändler, Bäcker, Fleischaushauer
Körperpflege- und Haushaltsartikel	Drogeriemarkt
Persönliche Dienste	Friseur, Nagelstudio
Tabakwaren und Zeitungen	Trafik, Kiosk
Post- und Bankdienste	Postamt, Bank, Sparkasse

Quelle 4: vgl. Fischer 2005; modifiziert

Nahversorgung als bestimmendes Element von Lebensqualität

Für eine eigenständige Haushaltsorganisation im Alter müssen die notwendigen Dienstleistungen und Güter in räumlicher Nähe zur Verfügung stehen, d.h. es muss zum Beispiel die Möglichkeit bestehen, in der näheren Umgebung Lebensmittel einzukaufen zu können. Nahegelegene Versorgungseinrichtungen gewinnen besonders in der vierten Lebensphase, gekennzeichnet durch eingeschränkte Mobilität, an hoher Bedeutung. Da der Aktionsradius sinkt, steigen die Notwendigkeit nach gut erreichbaren Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sowie die Nutzungsintensität von Versorgungseinrichtungen in unmittelbarer Nähe. Eine Untersuchung zu ausgewählten Versorgungsbereichen, beispielhaft an ländlichen Gemeinden im Saarland, kommt zu dem Ergebnis, dass die Bevölkerung die Bedeutung von Versorgungsinfrastrukturen vor Ort mit zunehmendem Alter höher einschätzt (vgl. Gans/Schmitz-Veltin 2004; siehe Tabelle 5). Es zeigt sich, ältere Personen stufen das Angebot der einzelnen Dienstleistungen vor Ort deutlich wichtiger ein als jüngere. Eine Ausnahme ist die Bedeutung der Busverbindung, die von der Altersgruppe der unter 20-jährigen ebenfalls als hoch eingestuft wird, was aber durch den geringen Anteil der FührerscheinbesitzerInnen in diesem Alter erklärt werden kann. Für Personen ab 20 Jahre stellt die Überwindung von Distanzen, meist aufgrund von Automobilität, kein Problem dar. Zum Beispiel wird die tägliche Fahrt zum Arbeitsplatz mit anderen Besorgungen verknüpft, wodurch eine wesentlich geringere Abhängigkeit von einer Vor-Ort-Versorgung entsteht. Diese Situation bewirkt eine zu geringe Auslastung klein strukturierter, lokaler Versorgungseinrichtungen. Die Konsequenz sind ein Abbau unausgelasteter Dienstleistungen und eine unzufriedenstellende Versorgungsstruktur für die Bevölkerung vor Ort.

Tabelle 5: Bedeutungsbeurteilung verschiedener Versorgungsbereiche vor Ort; die Werte liegen zwischen mäßig wichtig (0) und sehr wichtig (2)

Altersgruppe	Bedeutung Busverbindung	Bedeutung Lebensmittel	Bedeutung Apotheke	Bedeutung Arzt	Bedeutung Post	Bedeutung Bank
80 u. älter	1,5	1,6	1,6	1,6	1,4	1,6
70 bis 79	1,4	1,6	1,5	1,5	1,3	1,4
60 bis 69	1	1,5	1,4	1,5	1,3	1,3
50 bis 59	1	1,4	1,1	1,3	1	1,3
40 bis 49	0,6	1,2	0,7	0,9	0,6	0,8
30 bis 39	0,4	1,2	0,6	0,8	0,6	0,7
20 bis 29	0,6	1,2	0,6	0,6	0,4	0,9
Unter 20	1,6	1	0,2	0,4	0	0,4
Insgesamt	0,8	1,3	1	1,1	0,8	1

Quelle 5: Gans/Schmitz-Veltin 2004; eigene Darstellung

Steigen also in Zukunft Zahl und Anteil der älteren Bevölkerung, vor allem hochaltriger und weniger mobiler Personen in der vierten Lebensphase, bedeutet das, dass die Nachfrage dieser Altersgruppe nach einer funktionierenden Nahversorgung vor Ort parallel dazu wächst. Im Gegensatz zu einer flächendeckenden Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittelgeschäft, Drogerie, Trafik, Post, Bank etc., zeigt sich in der Praxis eine zunehmende Ausdünnung des Angebotes. Während in Österreich im Jahr 1970 ca. 20.000 Lebensmittelgeschäfte verteilt waren, sank die Zahl bis ins Jahr 2003 auf nur mehr 6.000. Das bedeutet, dass ca. 26 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum¹⁴ über kein Lebensmittelgeschäft im fußläufigen Einzugsbereich¹⁵ verfügen. Die Reduktion der Zahl der Geschäfte, bewirkte einen Anstieg der Verkaufsfläche pro Geschäft. Die durchschnittliche Verkaufsfläche neu errichteter Lebensmittelgeschäfte stieg zwischen 1980 und 2000 von 300m² auf ca. 5.000m². Der Anteil der Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von weniger als 150m² hat sich seit 1970 von 98 auf 41 Prozent verringert. (Favry 2006, 54) Diese Entwicklung verdeutlicht, dass eine flächendeckende standortgebundene Nahversorgung oftmals wirtschaftlich nicht tragbar ist. Daher müssen Lösungen gefunden werden, um eine größer werdende, in ihrer Mobilität eingeschränkte Bevölkerungsgruppe mit Gütern des täglichen Bedarfs versorgen zu können und so deren Lebensqualität zu sichern bzw. zu steigern. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die österreichische Prob-

¹⁴ Die räumliche Versorgung wird auf die Gebiete außerhalb der Stadtgrenzen von Statutarstädten bezogen (Favry 2006).

¹⁵ Wird das raumordnerische Ziel der gerechten Verteilung von Gütern und Leistungen herangezogen, gilt eine räumliche Zugänglichkeit in einer angemessenen Zeit. Für die Erreichbarkeit von Leistungen des täglichen Bedarfs ist diese mit 15 Minuten bemessen. (vgl. Favry 2006, 13 f.)

lematik der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs relativ ist und zum Beispiel nicht mit den weitaus extremeren Ausmaßen in den weitläufigen Landesteilen Skandinaviens bzw. den strukturschwachen Teilen Ostdeutschlands verglichen werden kann. Dennoch tritt die Problematik lokal und regional auch in Österreich auf (siehe Kapitel 2.3) und bedarf daher an Beachtung.

Versorgungsstandorte als Orte des sozialen Geschehens

Ein zweiter wesentlicher Faktor ist die soziale Komponente von Versorgungsstandorten. Tägliche Erledigungen und Besorgungen decken einen großen Teil der sozialen Bedürfnisse, also der Grunddaseinsfunktion „in Gemeinschaft Leben“. Es geht um Kommunikation, das Pflegen sozialer Netze, die Begegnung anderer Menschen und die Partizipation am öffentlichen Leben (vgl. Blaumeiser et al. 2002, 66 und Borsdorf 2005). Ein Verlust von Versorgungseinrichtungen bedeutet ebenso einen Abbau der Orte sozialer Interaktionen.

3.2.2.2 Handlungsfeld Wohnen

Haushaltsstrukturen und Wohnungsbedarf

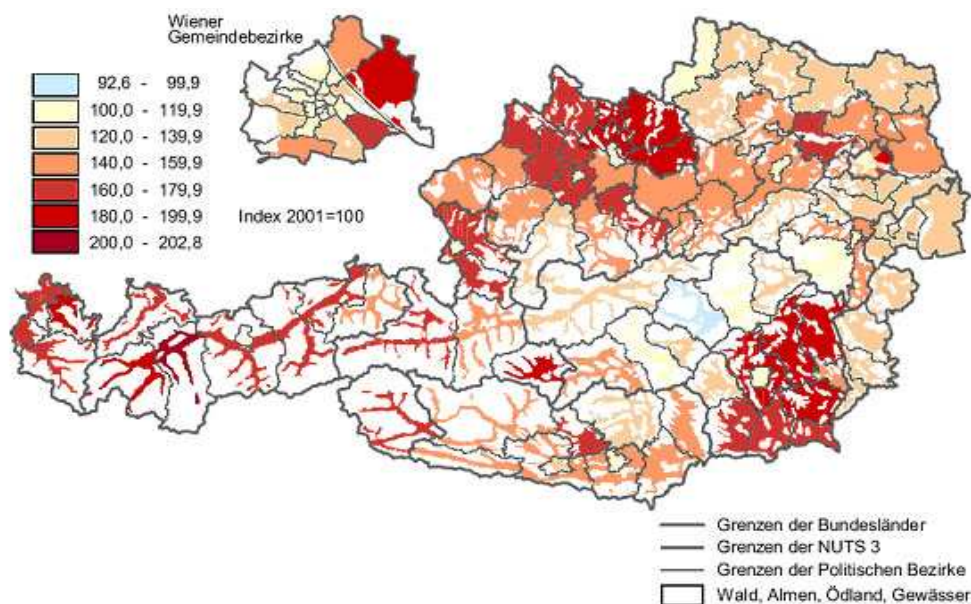
Im Bereich Wohnen bewirkt der Demographische Wandel Veränderungen in der Haushaltsstruktur sowie dem erforderlichen Wohnungsbedarf. So nahm die Zahl der Einzelpersonenhaushalte seit der Volkszählung 1971 kontinuierlich um 70 Prozent zu¹⁶. Der Anstieg der Mehrpersonenhaushalte war im Vergleich dazu österreichweit mit 16 Prozent im selben Zeitraum gering. Eine kleinräumige Betrachtung ergibt, dass das Wachstum der Einzelpersonenhaushalte in den Umlandregionen der größeren Städte am größten war. Ebenso verzeichnen peripher gelegene Bezirke, wie z.B. Zell am See und Tamsweg, einen Anstieg der Einpersonenhaushalte klar über dem Bundesdurchschnitt von ca. 56 Prozent (im Zeitraum von 1991 bis 2001). Diese Entwicklung wird bereits als Folge des demographischen Alterungsprozesses gesehen. Während die Zahl der Einzelpersonenhaushalte in beinahe allen Bezirken Österreichs wuchs, war die Zahl der Mehrpersonenhaushalte in den meisten Bezirken rückläufig. Eine Gegenüberstellung der Zahlen der gesamten Privathaushalte mit

¹⁶ Ein Teil der Haushaltsdynamik der letzten beiden Volkszählungsdekaden lässt sich auf Unterschiede in der Haushaltsdefinition zurückführen.

dem prozentuellen Anstieg der Bevölkerung für den selben Zeitraum 1971 bis 2001 (+7,2 Prozent) zeigt, dass die privaten Haushalte deutlich mehr stiegen als die Wohnbevölkerung. (vgl. Hanika et al. 2005, 11-13)

Die Entwicklung der letzten Jahre wird sich auch in Zukunft fortsetzen. So werden die Einzelpersonenhaushalte im Zeitraum von 2001 bis 2031 um 36 Prozent zunehmen. Laut den Prognosen auf Bezirksebene steigt die Zahl sowohl in Regionen mit hohen Bevölkerungszuwächsen als auch in Regionen mit einer starken Ausprägung des Alterungsprozesses. Dadurch erklären sich die prognostizierten hohen Zuwächse für den Bezirk Hartberg (+94 Prozent), die NUTS 3-Region Oststeiermark (+83 Prozent) sowie für den Bezirk Tamsweg (entspricht der NUTS 3-Region Lungau: +82 Prozent). Die stärkste Zunahme an Einpersonenhaushalten ist im Westen Tirols zu erwarten. Hier wird es 2031 doppelt so viele Einpersonenhaushalte geben wie 2001. In strukturschwachen Regionen mit Bevölkerungsverlusten wird es dagegen in Zukunft nur eine geringe bzw. gar keine Zunahme an Einpersonenhaushalten geben. In der östlichen Obersteiermark liegt der erwartete Zuwachs bis 2031 bloß bei sieben Prozent. Im Bezirk Leoben wird die Zahl der allein lebenden Personen im Jahr 2031 sogar um sieben Prozent niedriger sein als 2001. Ebenso wird in den Landeshauptstädten Graz, Linz und Salzburg mittelfristig die Zahl der Einpersonenhaushalte kaum ansteigen. (vgl. Hanika et al. 2005, 34)

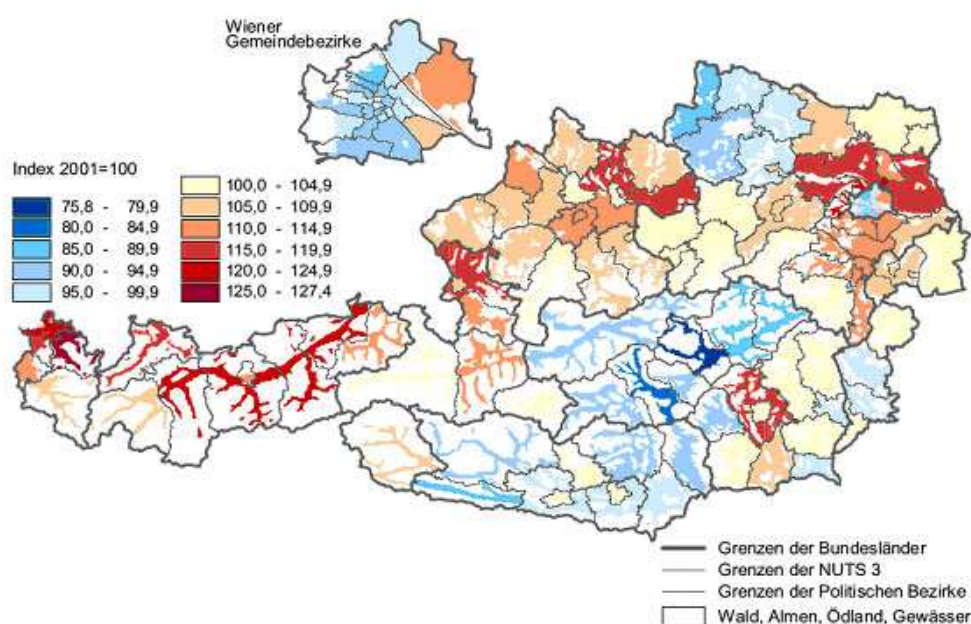
Abb. 10: Regionale Veränderung der Einzelpersonenhaushalte 2001 bis 2031



Quelle 10: Hanika et al. 2005, 36 (ÖROK Haushaltsprognose)

Wie bereits in der Vergangenheit wird auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte in Zukunft, in Regionen mit zu erwartenden Bevölkerungsrückgängen, rückläufig sein. Dies wird vor allem die NUTS 3-Region östliche Obersteiermark betreffen, wo ein Rückgang der Mehrpersonenhaushalte um 18 Prozent prognostiziert wird. Ähnlich ist die Entwicklung im Kärntner Bezirk Hermagor mit minus 15 Prozent. In den westlichen Bezirken Österreichs (Bregenz, Imst, Innsbruck Land, Schwaz und Kufstein) wird die Zahl der Mehrpersonenhaushalte im Prognosezeitraum 2001 bis 2031 mit knapp über 20 Prozent wachsen. Vergleichbar hoch ist der zu erwartende Zuwachs im Wiener Umland-Nord. (vgl. Hanika et al. 2005, 34)

Abb. 11: Regionale Veränderung der Mehrpersonenhaushalte 2001 bis 2031



Quelle 11: Hanika et al. 2005, 36 (ÖROK Haushaltsprognose)

Die Entwicklung der Haushaltsstrukturen wird durch ein verändertes soziales Gefüge erklärt. Das bedeutet, es kommt zur Abkehr von traditionellen Familienstrukturen und zur Hinwendung zu Singlehaushalten. Großteils handelt es sich bei Einzelpersonen nicht, wie möglicherweise vermutet, um den klassischen jungen Single, sondern – als Folge des Alterungsprozesses – um verwitwete, geschiedene bzw. alleinlebende Personen im höheren Alter (vgl. Hanika et al. 2005, 11-13). Differenziert nach breiten Altersgruppen wird es im Jahr 2031 bei der über 65-jährigen Bevölkerung mit 650.300 Einzelpersonenhaushalten um

61 Prozent mehr geben als 2001 (403.900). Diese Entwicklung zeigt sich in allen Bundesländern, allerdings mit unterschiedlich starker Ausprägung. Während die Zahl in Wien 2031 bloß um ein Drittel höher sein wird als 2001, verdoppelt sie sich in den westlichen Bundesländern Tirol und Vorarlberg. (Hanika et al. 2005, 30) Ebenso werden Familien kleiner, die Zahl der kinderlosen Ehepaare und die Zahl der AlleinerzieherInnen steigen. Lebensgemeinschaften treten häufig an die Stelle von Eheschließungen. (vgl. Gans/Schmitz-Veltin 2005, 126 und Meyer 2004, 73)

Die Prognose zu den Haushalten und dem Wohnungsbedarf der ÖROK zeigt die erforderliche Wohnbauleistung im Zeitraum von 2001 bis 2031 (vgl. Hanika et al. 2005, 62 f.). Um in Zukunft ausreichend Wohnungen zur Verfügung stellen zu können, muss die Zahl der neu errichteten Wohnbauten erstens den Ersatzbedarf für abgerissene, in Büros umgewidmete oder zusammengelegte Wohnungen sowie zweitens den Zusatzbedarf durch Steigerung des Anspruchsniveaus berücksichtigen. In Zukunft wird die notwendige Neubauleistung österreichweit zurückgehen, jedoch immer noch erforderlich sein. Der Rückgang wird dort besonders groß sein, wo aufgrund der demographischen Entwicklung mit keiner Zunahme der Zahl der Haushalte zu rechnen sein wird. In diesen Regionen wird der Wohnungsneubau nur mehr der Bestandserhaltung und Bestandserneuerung dienen. Eine deutliche Abnahme der Bevölkerung, der Haushalte und des Neubaufolumens wird in der östlichen und der westlichen Obersteiermark, im Waldviertel, im Südburgenland, in Unterkärnten und in Osttirol zu beobachten sein. Eine weiterhin deutliche Zunahme ist in allen zentralen Bezirken zu erwarten. Bis 2031 werden vorwiegend die städtischen Agglomerationen wachsen, vor allem das nördliche und südliche Wiener Umland, gefolgt von Salzburg (Stadt und Umgebung), Innsbruck Land, dem Tiroler Unterinntal und dem Rheintal/Bodensee Gebiet. (vgl. Hanika et al. 2005, 68f.)

Von den klassischen Seniorenheimen hin zu neuen Wohnformen

„Alltag und Alter heißt vor allem Wohnalltag“ (Saup 1993, 90). Ältere Menschen verbringen den vorwiegenden Teil ihres Alltags zu Hause, wodurch Wohnen im Alter einen zentralen Stellenwert einnimmt. Grundsätzlich wird im Alter das Ziel verfolgt, so lange wie möglich im Eigenheim leben zu können. Im Zuge einer steigenden Mobilität im Alter und einer längeren Gesundheit wird die Gesellschaft in Zukunft bis in ein höheres Alter selbständig bleiben. Die Altersgrenze – sofern dieser Begriff in diesem Kontext überhaupt ein-

setzbar ist – verschiebt sich nach oben. Fischer (2005, 199) nennt „ein selbst bestimmtes Leben in den „eigenen vier Wänden“ so lange wie möglich führen zu können“ als einen Aspekt für subjektiv empfundene Lebensqualität von Seiten der Älteren. In der vierten Lebensphase verstärkt sich hingegen die Notwendigkeit einer Unterstützung, Betreuung bzw. Pflege. Kann dies nicht von der Familie übernommen werden, was der zukünftige Trend sein wird, bedarf es verstärkt an externen Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Über das klassische Senioren- und Pflegeheim hinaus, eröffnen sich im Wohnbereich neue altengerechte Wohnformen, wie betreutes Wohnen (siehe Kapitel 5.3.3). Die Nachfrage nach altersgerechten Wohnformen wird aufgrund einer größer werdenden Zahl älterer Menschen deutlich steigen.

3.2.2.3 Handlungsfeld Mobilität

PKW, ÖPNV und unmotorisierte Nahraummobilität

Der PKW wird weiterhin das am meisten bevorzugte Verkehrsmittel sein. Die gesellschaftlichen Trends, d.h. Flexibilität und Heterogenität in den Lebensstilen, spiegeln sich in der Verkehrsentwicklung wider. Ebenso wird die Bevölkerung in Zukunft gesünder und somit auch länger mobil bleiben. Für die Automobilindustrie ist die Zielgruppe der über 60-jährigen mit 25 Prozent der Neuzulassungen (im Vergleich dazu 1992: 14 Prozent) bereits heute schon relevant (Shell Deutschland Oil 2004). Die zunehmende Automobilität älterer Personen sowie eine Abnahme der Schülerzahlen lassen somit die Auslastung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sinken. Dem ÖPNV, der vor allem im ländlichen Raum zu einem Großteil aus der Schülerbeförderung finanziert wird, entfällt die wirtschaftliche Basis (Gurr-Hirsch 2008). Gans und Schmitz-Veltin (2005, 123) sowie Back (2006, 57 f.) sprechen somit von der Unfinanzierbarkeit eines flächendeckenden öffentlichen Personennahverkehrs und eine dadurch resultierende Unumgänglichkeit der stärkeren Forcierung auf den motorisierten Individualverkehr.

Mit dem Verlust der Automobilität wird jedoch eine gute Erreichbarkeit ohne PKW substantiell (vgl. Kroj 2002 und Scheiner 2004). Untersuchungen zu Mobilitätsvoraussetzungen von älteren Menschen zeigen, dass sich ältere Personen, die nicht mehr selber automobil sind, in ihrer Mobilität stark eingeschränkt fühlen und daher unzufriedener sind als ältere

re Personen, die noch über ihre Automobilität verfügen (vgl. Mollenkopf und Flaschenträger 1996). Ein Automobilitätsverlust führt bei dieser Gruppe wiederum (zwangsweise) zu einer verstärkten Nachfrage nach dem ÖPNV. Daher wären öffentliche Verkehrsmittel, gerade im Zuge der vorausgesagten Alterung der Gesellschaft, von hoher Bedeutung. Eine Bereitstellung dessen widerspricht jedoch der zuvor angesprochenen Situation von knappen finanziellen Ressourcen. Der Raum wird dann zu einem bestimmenden Faktor der Lebensqualität älterer Menschen, sobald es zum Verlust der eigenen (Auto-)Mobilität kommt (vgl. Fischer 2005, 194).

Bezüglich der Nahraummobilität unter der Bedingung einer hohen Siedlungsdichte spielen vorwiegend unmotorisierte Verkehrsarten (zu Fuß gehen, Fahrrad fahren) eine übergeordnete Rolle. Speziell im Alter werden (wieder) vermehrt Strecken zu Fuß zurückgelegt. Daher wird gerade für diese Altersklasse eine angemessene Qualität des Gehwegenetzes relevant. Erschwerte Erreichbarkeiten treten, im Unterschied zu einer gegebenen Siedlungskompaktheit, bei einer Gliederung einer Gemeinde in mehrere Katastralgemeinden, bei langgezogenen Straßendörfern ohne eindeutigen Ortskern und Streusiedlungsgebieten auf.

Barrierefreiheit als bestimmendes Element von Mobilität¹⁷

Leitinger spricht von der „Lebensalter-Wohnung“, die sich dadurch auszeichnet, dass die Rahmenbedingungen im Eigenheim dem Alter angepasst sind. Die Grundidee der Barrierefreiheit im Haushalt ist, dass die innenräumliche Gestaltung ein Wohnen, trotz gewissen Einschränkungen in den Bewegungsabläufen, ermöglicht. Angesichts einer steigenden Zahl an Hochbetagten, mit dem Wunsch auch im Alter noch zu Hause wohnen zu können, wird eine Eigenheimgestaltung, ohne unüberwindbare Hürden, zunehmend relevant. Einige Kriterien sind zum Beispiel die korrekte Anbringung von Handläufen bei Treppen, die Vermeidung von Schwellen, etc. Planungen im öffentlichen Raum, zum Beispiel in Form einer Platzgestaltung einer Gemeinde, müssen ebenso im Sinne von Barrierefreiheit geschehen. Wesentliche Punkte sind u.a. die Vermeidung von Stufen, die Bereitstellung von ausreichend Sitzgelegenheiten, die Regelung längerer Grünphasen bei Fußgängerampeln, das Vorhandensein öffentlicher WC-Anlagen, die Gestaltung eines Gehwegenetzes ohne Kopfsteinpflaster, etc. Nachdem solche baulichen Maßnahmen, vor allem nachträgliche

¹⁷ vgl. Leitinger 2008

Anpassungen, mit einem (hohen) finanziellen Aufwand verbunden sind, stellt sich die Frage nach möglichen Finanzierbarkeiten und Förderungen. Wenig überraschend ist, dass sich die Kriterien der Barrierefreiheit nicht immer mit den Vorstellungen von Architekten und Planern decken. Die Umsetzung von Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden ist zwar gesetzmäßig verankert, jedoch „wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter“ (Leitinger 2008). Barrierefreiheit wird in Normen und Verordnungen verpflichtend festgelegt. Die für Barrierefreiheit relevante Grundnorm ist die ÖNORM B1600. Für spezielle Bauten, wie Pflegeheime und Krankenhäuser, existiert die ÖNORM B1601 sowie für Tourismusbetriebe die ÖNORM B1603. Ursprünglich hatte eine barrierefreie Gestaltung Personen mit vorwiegend Geh- und Sehbehinderungen als Zielgruppe. Mit der Zeit weitete sich das Feld auf einen größeren Personenkreis aus. „Barrierefreiheit“ ist in gewisser Weise zu einem Modewort geworden, jedoch oft in der Theorie häufiger gebräuchlich als in der Praxis umgesetzt. Deshalb besteht, laut Leitinger, in Anbetracht der Alterspyramide das Erfordernis der Barrierefreiheit sowie noch weiterer Aufklärungsbedarf. Es muss deutlich gemacht werden, dass früher oder später jeder einmal von Barrierefreiheit im Raum profitiert.

3.2.2.4 Handlungsfeld soziale Infrastruktur

Tabelle 6: Übersicht über die Güter im Handlungsfeld soziale Infrastruktur und deren Träger

Art des Gutes	Versorgungseinrichtung, Träger der DL
Pflege- und Betreuungsdienste, Beratungsdienste	Altenheim, Tageszentrum, Betreutes Wohnen, Sozialsprengel (Tirol), Vereine.
Medizinische Versorgung	Praktischer Arzt, Facharzt, Apotheke
Grund- und Körperpflege (Essen auf Rädern, Besuchsdienste)	Träger mobiler Altenbetreuung
Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote	Vereine, Erwachsenenbildung, Schulen, Gasthäuser

Quelle 6: vgl. Fischer 2005; modifiziert

Altenpflege und -betreuung

Mit der steigenden Zahl der Hochbetagten, ist mit einer zunehmenden Nachfrage nach Einrichtungen und Dienstleistungen im Pflegebereich und Gesundheitswesen zu rechnen. Bei Pflege- und Betreuungseinrichtungen ist zu unterscheiden zwischen formeller Pflege, d.h. eine Pflege in Krankenhäusern, Pflegeheimen etc. und informeller Pflege, d.h. die Pflege

von Angehörigen zu Hause. Drittens gab es in den 1970er Jahren die ersten Formen von ambulanter Pflege, welche heute – und vor allem in Zukunft – noch mehr an Bedeutung gewinnen werden. Der Bedarf an Pflege wird steigen, vor allem angesichts einer steigenden Zahl an chronischen Krankheiten und Demenzkrankheiten (vgl. Rosinak und Partner 2008, 70f.). Es wird mit einem Anstieg der Pflegebedürftigkeit¹⁸ um 117 Prozent bis 2050 gerechnet. In Folge einer abnehmenden Bedeutung von traditionellen familiären Netzen, also der mittel-, bis längerfristig gesehenen Verringerung der familiären Pflege (vgl. Gans/Schmitz-Veltin 2005, 126 und Kytir/Schrittwieser 2003b, 44), besteht eine zunehmende Notwendigkeit von externen Einrichtungen der Altenbetreuung. Traditionell wurde die Versorgung der älteren Personen als Aufgabe der nachkommenden Generation gesehen. Während früher Netzwerke sowie Pflege- und Versorgungsstrukturen innerhalb der Familie stabil waren, dominieren heute und morgen eine Vielzahl an heterogenen Familienstrukturen und Lebensstilen. Häufig lässt sich der generelle Wunsch der Gesellschaft nach Flexibilität, Spontaneität und Ungebundenheit nur schwer mit einer intensiven Betreuung und Pflege eines Familienmitgliedes verbinden. Ebenso lässt eine zu große räumliche Distanz zwischen den Generationen eine permanente Pflege nicht zu bzw. liegen dafür die notwendigen Bedingungen, wie ausreichend Platz innerhalb des eigenen Wohnraums, oft nicht vor. Gerade in urbanen Gebieten, wo in Wohnungen meist nur beschränkter Raum zur Verfügung steht, ist die Platzfrage ein wesentlicher Faktor. Für die Kommunen wirkt sich diese Entwicklung in Form einer steigenden Nachfrage nach Pflege von externer Hand aus, gerade im Bereich ambulanter Pflegedienste. Zusätzlich werden auch Informations- und Beratungsdienste zunehmend wichtiger. Einerseits für die Betroffenen selbst, aber auch für deren Angehörige.

Exkurs: Schulsystem und Kinderbetreuungsplätze

Neben dem Anstieg der Zahl und des Anteils der älteren Bevölkerung sind die Geburtenrückgänge und die sinkenden Kinderzahlen wesentliche Faktoren der Alterung der Gesellschaft. Für die Gemeinden bedeuten sinkende Kinderzahlen eine Abnahme der Zahl der SchülerInnen, vor allem im Alter zwischen zehn und 13 Jahren. Bis 2020 wird der Rückgang bei 13,5 Prozent liegen (vgl. Hanika 2006, 877f.). Die Auswirkungen auf das Schul-

¹⁸ Laut Rosinak und Partner (2008, 70 f.) gelten in Österreich jene Personen als pflegebedürftig, die Pflegegeld beziehen. Die Definition von Betreuungsbedürftigkeit ist weiter gefasst und schließt auch geringe Betreuungsbedarfe mitein.

wesen führen im Extremfall zu Schulschließungen. Diese Konzentration widerspricht einem dezentralen Versorgungskonzept, denn „kleine Füße brauchen kurze Wege“ (Gurr-Hirsch 2008).

Tabelle 7: Veränderungen bestimmter Altersgruppen

Jahr	Kindergartenkinder 3-5 Jahre	Volksschule 6-9 Jahre	Hauptschule /Ahs Unterstufe 10-13 Jahre	Hochbetagte Per- sonen 80 Jahre und mehr
2005	241.000	351.000	387.000	354.000
2030	247.000	338.000	344.000	595.000
2050	240.000	325.000	332.000	980.000

Quelle 7: Hanika 2006, 877 (Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2006); eigene Darstellung

Trotz der geringen Zahl an Kindern wächst der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen. Ein Wandel der Familienstrukturen, also eine hohe Zahl an AlleinerzieherInnen bzw. die Berufstätigkeit beider Elternteile, sind Gründe dafür, warum zunehmend Kinderbetreuungsplätze mit der entsprechenden Ausstattung, wie Küche etc. bei Ganztagesbetreuung, nachgefragt werden. In den Städten ist dieses Angebot im Vergleich zu ländlichen Regionen noch relativ hoch, dennoch besteht ein weiterer Bedarf. (vgl. Hanika 2006, 877f.)

Altersspezifisches Freizeit-, Unterhaltungs- und Kulturangebot

Gerade in der dritten Lebensphase wird die Nachfrage nach mehr altersspezifischen Freizeit-, Unterhaltungs- und Kulturangeboten, über das klassische „Seniorenkränzchen“ hinausgehend, steigen. Diese Bevölkerungsgruppe wird als Konsumgruppe zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ebenso wichtig sind altersgruppenübergreifende soziale Infrastruktureinrichtungen, dies umfasst sämtliche Gemeindeeinrichtungen, vom Feuerwehrhaus bis zum Gemeindezentrum. Es müssen Überlegungen angestellt werden, welche Maßnahmen die Gemeinde setzen kann, um die Lebenssituation älterer BewohnerInnen attraktiv zu gestalten und die Lebensqualität sowie den Freizeitwert zu steigern.

3.2.3 Räumliche Differenzierung

3.2.3.1 Die demographische und ökonomische Heterogenität des Raumes

Die Regionen Österreichs sind sehr inhomogen und verfügen über individuelle Merkmale. Welche Konsequenzen sich nun durch die Alterung der Gesellschaft für die jeweiligen Gemeinden ergeben, wird von diversen regionalen und lokalen Faktoren determiniert: von der räumlichen Lage, also der Nähe zu Zentralen Orten sowie der Qualität der Wohnumgebung, von der Verkehrsanbindung, von der infrastrukturellen Grundversorgung und von ökonomischen Faktoren. Ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen der demographischen und der ökonomischen Entwicklung einer Region, denn letztere ist gekoppelt mit dem Saldo von An- und Absiedelung (Gans/Schmitz-Veltin 2005, 111-114). Das bedeutet, prosperierende Regionen ziehen Unternehmen, Betriebe, Haushalte und Personen an, wodurch eine Dynamik in der Bevölkerung mit einer wirtschaftlichen Dynamik einhergeht. Schlechte wirtschaftliche Voraussetzungen hingegen führen zur Abwanderung von Unternehmen, einschließlich der erwerbsfähigen Bevölkerung. Resultat sind verschärfte Rahmenbedingungen, vor allem im Bereich der Infrastruktur und Daseinsvorsorge, für den verbliebenen, meist älteren, Personenkreis. Darauf aufbauend erfolgt eine räumliche Differenzierung in:

- **Strukturstarke** (sub-)urbane, an Hauptverkehrsachsen gelegene bzw. (ländlich) touristisch geprägte Regionen und
- **Strukturschwache** ländlich periphere Regionen, meist in inneralpiner Lage bzw. entlang der Grenzen zum ehemaligen Ostblock.

3.2.3.2 Räume mit Strukturstärke

Strukturstarke Räume sind zum einen meist Agglomerationsräume [(sub)urbane Räume, v.a. Landeshauptstadtregionen] und zum anderen diversifizierte ländliche Räume mit hoher wirtschaftlicher Dynamik. Letztere können an Hauptverkehrsachsen gelegene oder ländlich touristisch geprägte Räume sein. Der ländlich suburbane Raum gilt häufig als attraktives Zuzugsgebiet, vor allem für junge Familien und ist deshalb oft durch eine sehr dynamische

Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet. In ländlichen Regionen/Gemeinden können über Leitsektoren, -branchen und -betriebe (v.a im Tourismus) und als Effekte der Förderpolitik (z.B. Regionalförderung) vielfach positive Impulse für wirtschaftliche Aktivitäten ausgelöst werden (vgl. Krajasits 2008).

Demographische Merkmale dieser Raumtypen sind eine stabile Bevölkerungszahl bzw. ein Bevölkerungswachstum, meist aufgrund von positiven (Binnen)Wanderungsbilanzen sowie teilweise auch infolge von Geburtenüberschüssen. Bis auf wenige Ausnahmen, haben jedoch auch diese Regionen generell sinkende Fertilitätsraten zu verzeichnen. Die Alterung der Bevölkerung setzt sich aus den Komponenten Fertilitätsrückgang und steigende Lebenserwartung zusammen.

Die Stärken der Region sind ein positives Bevölkerungswachstum, Ertrag bringende Wirtschaftsstrukturen, verhältnismäßig hohe finanzielle Ressourcen, ein ausreichend vorhandenes Humankapital und eine bereits bestehende gute Infrastruktur. Die Regionen sind mit Nachteilen die durch Tourismus, Urbanität und Verkehr entstehen konfrontiert, wie zum Beispiel Lärm, Luftverschmutzung und eine hohe Siedlungsdichte. Gerade in Tourismusregionen herrschen „Touristenpreise“, die ebenfalls für die einheimische Bevölkerung gelten. Außerhalb der Saison entstehen „Geisterstädte“ und Unterauslastungen der für Maximalwerte konzipierten Infrastruktur. In Städten ist besonders der (private) Raum oftmals beschränkt und das meist bei hohen Wohnkosten. Somit bestehen häufig nicht die notwendigen Rahmenbedingungen für die Pflege eines Elternteils zu Hause innerhalb der Familie. Urbanität bedeutet ebenso Anonymität und führt zu einer schwachen Bereitschaft der Bevölkerung zur Nachbarschaftshilfe sowie zum ehrenamtlichen Engagement. Aufgrund der teilweise funktionalen Trennung und der Entstehung reiner Wohngebiete [z.B. Stadtteile bzw. der suburbane (Wohn)Raum], gibt es auch im urbanen Raum Versorgungslücken mit Diensten und Gütern des täglichen Bedarfs (vgl. Stadtgemeinde Deutschlandsberg¹⁹). Chancen ermöglicht die positive wirtschaftliche und demographische Aktivität dieser Räume. Es bestehen notwendige Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge, den Ausbau der Infrastruktur und die Anpassung der Bedürfnisse an eine sich

¹⁹ In einige Stadtteile der Stadtgemeinde Deutschlandsberg besteht kein Lebensmittelgeschäft. Da die Distanz zum nächstgelegenen Geschäft bzw. zu einem Einkaufszentrum (für ältere Personen) zu weit ist, wurde von der Stadt ein spezielles Citytaxi eingeführt (siehe Kapitel 5.3.4) (vgl. Stadtgemeinde Deutschlandsberg)

verändernde Bevölkerungsstruktur. Darüber hinaus wird, infolge zunehmender Internationalisierung, die Alterung der Bevölkerung in (sub-)urbanen Gebieten nicht so schwere Auswirkungen haben wie in ländlich peripheren Regionen. Die Bevölkerungsstruktur wird weitaus heterogener sein. Das bestehende Risiko liegt trotzdem in der allgemeinen niedrigen Fertilitätsrate und einer geringen Kinderzahl. Die Tendenz wird auch in Zukunft eine überproportionale Abnahme der Bereitschaft zum Ehrenamt und zur Nachbarschaftshilfe sein, was eine Singularisierung und teilweise auch Vereinsamung zur Folge haben wird. In urbanen Gebieten gilt es auch weiterhin sparsam mit der Ressource Boden umzugehen. Angesichts eines steigenden Wohnungsbedarfs in Agglomerationsräumen, wird es zu einer weiteren Flächenversiegelung kommen. Gerade im Tourismussektor ist zu bedenken, dass dieser sehr krisenanfällig ist, sodass eine ewige Strukturstärke nur schwer aufrecht erhalten werden kann. Im Vergleich zu strukturschwachen ländlich peripheren Regionen, die bereits in der Vergangenheit ihre Erfahrungen mit einer alternden Bevölkerung gemacht haben, werden strukturstarke Gebiete vor allem in Zukunft mit dem Trend der Alterung konfrontiert werden. Insofern ist es wichtig darüber zu informieren und ein Problembewusstsein zu erzeugen, sodass rechtzeitig Anpassungsmaßnahmen von räumlich gestalterischer Seite getroffen werden können. Handlungsbedarf gibt es häufig in den Bereichen Barrierefreiheit, Schaffung von ausreichend neuen Wohnformen für Ältere, Ausweitung ambulanter Dienste sowie des Angebots altersspezifischer Freizeit- und Bildungseinrichtungen.

Tabelle 8: Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken strukturstarker Räume

Stärken	Schwächen
positives Bevölkerungswachstum meist gute Infrastruktur meist gute Erreichbarkeiten bestehende finanzielle Ressourcen Humankapital vorhanden Strukturstärke gegeben	geringe Fertilität Nachteile der Urbanität bzw. des Tourismus (Verkehr, Lärm, Luftverschmutzung, hohe Siedlungsdichte) höhere Grundstücks-, Wohnungspreise weniger Wohnraum (= wenig Platz für Pflege) Wunsch nach höherem Ruhebedarf Anonymität, Singularisierung Geringere Nachbarschaftshilfe sowie Bereitschaft zum Ehrenamt
Chancen	Risiken
Anpassung der Infrastruktur sowie von Wohnformen an eine ältere Bevölkerung Sicherung der Daseinsvorsorge, Nahversorgung und Erreichbarkeiten Alterung der Gesellschaft findet nicht in so einem großen Ausmaß statt, wie in strukturschwachen Regionen, sodass die Altersstruktur ausgeglichener ist	Weiter sinkende Fertilitätsrate und zu geringe Kinderzahl keine ewige Strukturstärke (Tourismus als krisenanfälliger Sektor) weitere Flächenversiegelung aufgrund von Wohnungsbedarf geringe familiäre und nachbarschaftliche Stütze Wegfall des Ehrenamtes Vereinsamung ungenügendes Problembewusstsein

Quelle 8: eigene Darstellung

3.2.3.3 Räume mit Strukturschwäche

Ungünstige Branchenstrukturen und/oder Konjunkturverläufe führen in vielen Regionen zu wirtschaftlichen Problemen, gefolgt von einem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit bzw. von Abwanderung der Bevölkerung in Richtung der größeren und wirtschaftlich günstigeren Ballungsräume. Vor allem Personen im erwerbsfähigen Alter und höher qualifizierte Personen wandern in Richtung städtische Zentren und dynamischere Wirtschaftsräume ab, was dazu führt, dass das Verhältnis der Alten zu den Jungen in den Quellregionen zu Gunsten der Alten steigt. Eine generell höhere Lebenserwartung, eine geringe Fertilität plus Abwanderung der jüngeren Bevölkerung führen zu einer extremen Alterung. Nimmt die Zahl potentieller Mütter ab, hat das wiederum schlechte Voraussetzung für weitere Geburten in dieser Region zufolge. So verlieren, trotz traditionell hoher Kinderzahlen im ländlichen Raum, Jungfamilien mit Kindern quantitativ an Bedeutung. (vgl. Heilig 2002, 4ff.) Durch die demographischen Entwicklungen werden diese Regionen besonders mit der

Herausforderung konfrontiert, dass die Versorgung mit Gütern und Diensten in Folge wirtschaftlicher Unrentabilität, Einsparungsmaßnahmen und knappen finanziellen Ressourcen abnimmt. Zusätzlich können für bestimmte Berufsgruppen im ländlich peripheren Raum in einigen Fällen keine Nachfolger gefunden werden, wie z.B. im medizinischen Bereich (ÄrztInnen, Pflegepersonal), wodurch das Versorgungsangebot zusätzlich reduziert wird. Strukturschwache Regionen sind häufig alte Industriegebiete bzw. stark agrarisch geprägte Gebiete. Von Bevölkerungsrückgängen betroffene Regionen in Österreich sind das nördliche Waldviertel, das südliche Burgenland, große Teile Kärntens, die Mur-Mürz-Furche, der Lungau und Osttirol (vgl. Hanika et al. 2004).

Der „Versorgungsindex“ 2003

Im Versorgungsindex werden vorhandene Grunddienste (Lebensmittelgeschäft, Arzt, Apotheke, Bank, Grundschule) nach ihrer Bedeutung für die Grundversorgung gewichtet und zusammengefasst.²⁰ Die Ergebnisse zeigen, dass nur ein Viertel des Österreichischen Alpenanteils zufriedenstellend versorgt ist. Dies sind große Städte und Tourismusgemeinden in den Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich und Kärnten. Versorgungsdefizite weist vor allem die Steiermark auf. Etwa ein Drittel der steirischen Gemeinden gilt als unterversorgt. Diese Situation ist schwerwiegend, da eine lokale Versorgungsmöglichkeit für bestimmte Personengruppen (Mütter mit Kleinkindern, SchülerInnen und Jugendliche sowie alte Menschen wesentlich ist. (vgl. Borsdorf 2005, 121)

Abnahme der Siedlungsdichte

Eine Abnahme der Bevölkerungszahl führt zu einer geringeren Siedlungsdichte. Eigentliches Ziel der Raumordnung ist es jedoch Siedlungen kompakt zu halten und einer zersiedelten Struktur entgegenzuwirken. Entfernung und die Überwindung von Distanzen kosten Geld, welches für die Instandhaltung der technischen Infrastruktur, der Verkehrsinfrastruktur etc. eingesetzt werden muss. Prinzipiell sollte ein gut ausgebautes Netz an Versorgungseinrichtungen geboten werden, was bei einer geringen Bevölkerungszahl, verteilt auf eine große Fläche, eine finanzielle Herausforderung darstellt. Es kommt zu einem Flächenüberschuss und leerstehenden Gebäuden ohne Nachnutzung.

²⁰ Versorgungsindex = $(\text{Arzt} \cdot 3 + \text{Apotheke} \cdot 2) / (4 \cdot 50) + \text{Volksschule} \cdot 6 / (4 \cdot 50) + (\text{Greißler} \cdot 3 + \text{Fachgeschäft}) / (4 \cdot 50) + (\text{Bank} \cdot 4 + \text{Bankomat}) / (4 \cdot 50)$. Sind alle Dienste vorhanden, ergibt sich ein Indexwert von 100.

Überangebot an Wohnraum

Der Leerstand von Wohnraum ist ein Niederschlag gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse (Kaltenbrunner 2004, 34). Im Leerstand zeigen sich deutlich die Konsequenzen gesellschaftlicher Trends und neuer Lebensstile sowie ökonomischer Entwicklungen auf den Raum. Eine starke Abwanderung führt zu leerstehender Wohnfläche und einem Überangebot an Wohnraum. Mit einer Abnahme der Zahl der Haushalte ist vor allem der obersteirische Raum mit dem Bezirk Leoben betroffen. Die Prognosen sagen Extremwerte einer Abnahme der privaten Haushalte bis 2031 um 18% voraus. Ebenso mit einer sinkenden Haushaltszahl rechnen, müssen die Bezirke Judenburg (-6%), Gmünd (-5%), Bruck an der Mur (-5%), Mürzzuschlag (-3%) und Hermagor (-0,4%). In strukturschwachen Regionen, die schon seit längerem durch hohe Abwanderung charakterisiert sind, wird es in Zukunft kaum eine Zunahme an Einzelpersonenhaushalten geben. Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte wird teilweise gering ansteigen, größtenteils jedoch sinken. Mit Nutzungskonzepten müssen „moderne Wüstungen“ vermieden werden. (vgl. Hanika et al. 2005, 33 f. und 85 f.)

Knappe finanzielle Ressourcen

Strukturschwache Gemeinden verfügen über eingeschränkte finanzielle Handlungsspielräume. Eine rückläufige Bevölkerungszahl heißt nicht ebenso rückläufige Kosten, jedoch bedeuten sinkende Bevölkerungszahlen für eine Gemeinde sinkende finanzielle Ressourcen. Eine Ausgabenbelastung wird somit nicht geringer, denn die Grundversorgung muss auch bei geringer Gemeindegröße in einem gewissen Umfang aufrecht erhalten werden. Vor allem bei der technischen Infrastruktur sind Einsparungen kaum möglich. Eine schrumpfende Gemeinde ist eine teure Gemeinde, da der Erhalt von Infrastruktur und Gebäuden von immer weniger EinwohnerInnen finanziert werden muss. Es stellt sich die Frage, wie und ob bei einem geringer werdenden finanziellen Spielraum die kommunale Infrastruktur noch aufrecht erhalten werden kann. (vgl. Gans/Schmitz-Veltin 2005, 126; Müller/Siedentop 2004, 26; Schratzenstaller 2006, 52f.).

Unzureichende Auslastung an technischer Ver- und Entsorgung

Die technische Ver- und Entsorgung ist für Maximalwerte konzipiert. Eine sinkende Zahl der Verbraucher hat demzufolge negative Auswirkungen auf die technische Infrastruktur. Am Beispiel des Abwassers führt die Verringerung der Abflussmenge zu Ablagerungen in überdimensionierten Leitungen. Ablagerungen und lange Aufenthaltszeiten des Abwassers in den Leitungen erzeugen Geruchsprobleme, zudem fördern Ablagerungen die Korrosion

von Rohren. Als Konsequenz werden häufige Reinigungen und ein Spülen der Leitungen notwendig. Ähnlich ist die Situation beim Trinkwasser. Da das Wasser bei einem geringeren Verbrauch länger in den Leitungen steht, entsteht ein höheres Verkeimungsrisiko. Resultat sind abermals steigende Gemeindegeldkosten. (vgl. Schipfer 2005, 16)

Verkehrsinfrastruktur

Im Bereich des ÖPNV ist anzumerken, die Bevölkerung – vor allem die Schülerzahl – sinkt, was dazu führt, dass auch die Fahrgäste abnehmen und somit die Einnahmen durch den Fahrscheinkauf. Dies kann nur zum Teil durch höhere Fahrpreise ausgeglichen werden und es kommt zu einem verteuerten Einsatz von öffentlichen Verkehrsmitteln. Einsparungen finden in Form von geringeren Zeitintervallen bzw. Streichungen von Linien statt. Insgesamt verschlechtert sich somit die Mobilitätssituation vor allem für Ältere. Das Angebot wird ausgedünnt, die Wege werden länger. (vgl. Bremer 2005, 138 und Koziol 2004, 72)

Risiken

Risiken für diese Regionen bestehen darin, dass sich eine zukünftige Wettbewerbsfähigkeit als schwierig gestaltet, was zu einer weiteren Verlagerung der Arbeitsplätze in andere Regionen bzw. höhere Zentren führt. Die Alterung wird sich verstärken, das Worst-Case-Szenario ist eine totale Abwanderung aus der Gemeinde bzw. der Region. Aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen wird eine Reduktion ehrenamtlicher Tätigkeiten und der Nachbarschaftshilfe, selbst im ländlichen Raum, vorausgesagt. Ebenso werden familiäre Netze instabiler, da z.B. die nachkommende Generation abgewandert ist.

Schipfer (2007, 664) fasst die Situation folgendermaßen zusammen: „Der Schrumpfungsprozess (...) gefährdet die infrastrukturelle Tragfähigkeit dünn besiedelter ländlicher Räume und bringt hohe Mobilitätsaufwendungen für die verbleibende Bevölkerung. (...) Gemeinden stehen somit besonders bei alternder Bevölkerung vor dem Dilemma, dass die Nahversorgung vor Ort immer dringlicher wird, die entsprechenden Einrichtungen jedoch tendenziell unrentabler werden.“

Stärken und Chancen der Region

Die Stärken der Region liegen im naturräumlichen sowie im sozialen Potenzial. Für die dort lebende Bevölkerung sind wesentliche Merkmale die Natur, die Ruhe, eine geringe Luftverschmutzung und eine geringere Lärmbelastung. Traditionelle Familienstrukturen

sind noch häufiger vorzufinden als in städtischen Regionen. Ebenso hat der soziale Zusammenhalt in der Gemeinde einen vorläufig höheren Stellenwert, was sich in Form von ehrenamtlichen Tätigkeiten und einer, im Gegensatz zum städtischen Raum, meist besser funktionierenden Nachbarschaftshilfe ausdrückt. Mehr Platz in vorwiegend Einfamilienhäusern ermöglicht die Chance der häuslichen Pflege eines zusätzlichen Familienmitglieds. Viele Maßnahmen zur Sicherung der Lebensqualität können auf dem sozialen Potenzial der Region aufgebaut werden, das somit einer besonderen Stärkung und Förderung bedarf.

Tabelle 9: Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken strukturschwacher Räume

Stärken	Schwächen
Ruhe, Natur, Haus im Grünen Platz (noch) starke traditionelle Familienstrukturen, familiäre Netze, Nachbarschaftshilfe und Beteiligung am Ehrenamt	geringe Fertilität Abwanderung u. Brain Drain geringe finanzielle Ressourcen sowie Humankapital schlechte Anbindung vor allem für nicht-motorisierte Bevölkerung periphere Lage, Ausdünnung der Infrastruktur, vor allem stationärer Angebote/Rückzug aus der Fläche steigende Gemeindkosten, erschwerte Finanzierbarkeit schlechte Position in der Standortkonkurrenz um Betriebe
Chancen	Risiken
Pflege zu Hause innerhalb der Familie Platz für Pflege Ehrenamtliche Hilfe und Nachbarschaftshilfe Sozial-, anstelle von Finanzkapital	schwer wettbewerbsfähig Verlagerung der Arbeitsplätze in höhere Zentren starke Alterung Worst Case - Aussterben der Region Abnahme des Ehrenamtes und der Nachbarschaftshilfe Abnahme familiärer Netze Abnahme traditioneller Familienstrukturen

Quelle 9: eigene Darstellung

3.3 Zieldefinition

Ziel ist „ein qualitativ hochwertiges Altsein (...) zu gewährleisten“ (Fischer 2005, 201) und eine „flexible und tragfähige Infrastruktur an Einrichtungen und Diensten für ältere Menschen“ (Blaumeiser et al. 2002, 7) zu sichern, sodass ein selbständiges Leben zu Hause bzw. in einer angepassten Wohnform, wie betreutes Wohnen, geführt werden kann. Somit sollte die Raumordnung sich erstens über altenspezifische Aspekte der Lebensqualität bewusst sein und zweitens bei ihrer Infrastrukturplanung darauf Rücksicht nehmen. Zusammengefasst sind folgende Faktoren bestimmend für die Lebensqualität einer älteren Bevölkerung:

- die Grundversorgung mit Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs
- eine gute Erreichbarkeit von Dienstleistungen und Einrichtungen
- eine barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums
- die Möglichkeit „zu Hause alt werden“ zu können
- bzw. altenspezifische Wohnformen in Anspruch nehmen zu können
- eine (sozial-)medizinische Versorgung mit ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen
- sozialräumliche Aspekte, wie informelle soziale Netzwerke und Orte der Begegnung
- zielgruppenorientierte Veranstaltungen und Events
- eine zielgruppengerichtete Informationsvermittlung

4 PROBLEMBEWUSSTSEIN ALS GRUNDLAGE FÜR HANDLUNGEN

4.1 Deutschland als Vorreiter

„Die Gesellschaft muss sich auf eine stark anwachsende Zahl älterer Menschen mit altersbedingten Einschränkungen einstellen. Heute stellen wir die Weichen von morgen“.

(Gurr-Hirsch 2008)

Im Umgang mit strukturellen Verschiebungen in der Bevölkerung, liegt der erste Schritt im Erkennen der zukünftigen demographischen Entwicklung durch alle Akteure (PolitikerInnen, PlanerInnen, BürgerInnen, etc.). Im zweiten Schritt müssen die erforderlichen Infrastruktureinrichtungen festgelegt und angepasste Angebotsformen geschaffen werden.

Gerade in Deutschland stehen die räumlichen Konsequenzen des Demographischen Wandels verstärkt im Mittelpunkt der Diskussionen, da dort in einigen Regionen die demographischen Trends weitaus fortgeschrittener sind als in Österreich. Im Osten des Landes sind eine besonders negative Bevölkerungsentwicklung und eine extreme Abwanderung der Bevölkerung zu verzeichnen. Um die Situation zu verdeutlichen, werden in der deutschen Literatur gerne die alarmierenden Schlagworte „Schrumpfung“ und „Überalterung“ angewandt. Die Entwicklungen schaffen ein stark ausgeprägtes Problembewusstsein gegenüber der Thematik, das sich in diversen Publikationen widerspiegelt. (vgl. u.a. Beyer/Saupe 2007; Bremer 2005; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007; Danielzyk/Winkel 2003; Dehne/Hannemann 2007)

In Österreich wird die Alterung der Bevölkerung seinen prognostizierten Höhepunkt in etwa im Jahre 2030 erreichen, wenn die Baby-Boom-Generation der 1960er Jahre das Seniorenalter erreicht hat. Das Wissen und die Erfahrungen in Ostdeutschland über die Auswirkungen des Demographischen Wandels auf die Siedlungs- und Infrastruktur können und müssen für die Regionen in Westdeutschland, als auch in Österreich, eingesetzt werden. Die Entwicklung findet in Österreich zwar zeitlich verzögert statt, eine Reaktion auf

die zukünftige Situation muss aufgrund langsamer Umgestaltungsprozesse jedoch schon jetzt erfolgen. (vgl. Bremer 2005, 130 und 141)

4.2 Analyse österreichischer Raumordnungsdokumente

Eine der zentralen Fragestellungen dieser Arbeit ist die Relevanz des Themas für die Akteure aus dem Bereich Raumordnung in Österreich. Um festzustellen, ob und in welchem Ausmaß die Anpassung der räumlichen Entwicklung an die veränderte Bevölkerungsstruktur von raumordnerischer Seite behandelt wird, wurden die folgenden raumordnerischen Dokumente qualitativ untersucht:

Bundesebene

- Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001 (ÖROK 2001)
- strat.at – Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreichs (ÖROK 2006)
- Österreichisches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums (Lebensministerium 2007)

Landesebene (Bundesland Tirol)

- Tiroler Raumordnungsgesetz (Land Tirol 2006)
- Zukunftsraum Tirol – Strategie zur Landesentwicklung (Amt der Tiroler Landesregierung 2007a)
- Soziale Nachhaltigkeitsstrategie Tirols (Mair 2006)
- Operationelles Programm zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirol 2007-2031 (Amt der Tiroler Landesregierung 2007b)

Regionesebene

- Regionaler Entwicklungsplan der Region Wipptal (Regionalmanagement Wipptal)

Tabelle 10: Dokumentenanalyse: Überblick über die relevanten Inhalte

Planungsebene	Planungsdokument	Spezifische Aussagen zum demographischen Wandel	Spezifische Aussagen zur Alterung der Bevölkerung und altengerechten Maßnahmen	Allgemeine Aussagen zur Daseinsvorsorge, Nahversorgung und Mobilität
Bundesebene				
ÖROK	Österr. Raumentwicklungskonzept 2001 (187 Seiten)	Die demografische Entwicklung/gesellschaftliche Trends sind (1.1.2): <ul style="list-style-type: none"> Reduktion der durchschnittlichen Haushaltsgröße; Zuwanderung u. ethnischer Pluralismus; Vielfalt an Lebensformen; Städte als Gewinner der Globalisierung; Bedeutungsverlust der Familie als primäre Betreuungsinanz (S.77) 	<ul style="list-style-type: none"> Eine alternde Gesellschaft lässt die Nachfrage nach Betreuung und Pflege sowie die Bedeutung des Konzepts des lebenslangen Lernens steigen; Soziale Integration und erhöhte Automobilität älterer Menschen; Alterung v.a. in ländlichen Regionen, wo die Organisation entsprechender sozialer Einrichtungen zu den wichtigen Herausforderungen zählt. (Kapitel 2) 	<ul style="list-style-type: none"> Wachsende Disparitäten im Bereich der Versorgung; Konzentrationsdynamik und Rückzug aus der Fläche; Ziel der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume; ausgewogene räumliche Strukturen fördern; Verdichtung anstreben; Siedlungsentwicklung nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration; Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen; Regionale Entwicklungsebene stärken. (Kapitel 2)
ÖROK	Strat.at Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreichs 2007-2013 (162 Seiten)	Gesellschaftlicher Wandel: <ul style="list-style-type: none"> steigende Lebenserwartung/sinkende Geburtenzahlen, Überalterung (S.10); Bevölkerungswachstum vielerorts abhängig von der internationalen Wanderung, multikulturelle Gesellschaft (S.10); Vielfalt an Lebensstilen und Lebensformen führt zu einer demographischen Strukturverschiebung (S.78). 	<ul style="list-style-type: none"> Auswirkungen der Alterung auf Konsummuster und den Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen (S.10); Active-Aging am Arbeitsmarkt (S.106); Überalterungsprozesse in peripheren Lagen durch Abwanderung der jüngeren (S.65); der Verlust von Daseinsfunktionen führt zur Benachteiligung der dort lebenden, u.a. älteren Bevölkerung (S.74); Rechtzeitige Anpassung der Wirtschaft und öffentlichen Versorgung an die Änderung in der Altersstruktur (S.81). 	<ul style="list-style-type: none"> Ziele der gleichwertigen Lebensbedingungen, der Siedlungsdichte, der „Raumordnung der kurzen Wege“ (S. 99); der polyzentrischen Raumentwicklung u. der Weiterentwicklung des ÖPNV (S. 100). Der ökonomisch motivierte Rückzug der Nahversorgung aus den dezentralen Kleinstrukturen stellt für große Bevölkerungsanteile ein wachsendes Problem dar; daher Entwicklung von innovativen Nahversorgungseinrichtungen zur Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungsqualität (S.129f.).
Lebensministerium	Österr. Programm für die Entwicklung des ländli-	Demografischer Wandel: <ul style="list-style-type: none"> Bevölkerungsrückgang sowie Abwanderungstendenzen wer- 	Alterung (S.53)	<ul style="list-style-type: none"> Forderung nach „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, einer Verbesserung der Infrastruktur und der Lebensqualität (letztere ist abhg. vom Angebot an

	chen Raums 2007-2013 (529 Seiten)	den die Probleme der Nahversorgung vergrößern (S.53); <ul style="list-style-type: none"> Der ländliche Raum ist im Hinblick auf den demographischen Wandel insofern gefordert, da neue Anforderungen an die infrastrukturelle Ausstattung (Mobilität, Altenbetreuung etc.) entstehen (S.60). 		Dienstleistungen) (S.53 und 462). <ul style="list-style-type: none"> Von der Verschlechterung der Nahversorgung sind v.a. weniger mobile Bevölkerungsgruppen betroffen.
Landes ebene				
Land Tirol	Tiroler Raumordnungs- gesetz 2006 (62 Seiten)	keine	Vorbehaltung bestimmter Grundflächen für die Errichtung von Gebäuden (...), wie u.a. Alten- und Pflegeheime u. sonstige Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. (§7)	Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen, der Deckung der Verkehrs-, der Wohnungs-, der sozialen u. kulturellen Bedürfnisse der Bev., der möglichst wohnungsnahen Befriedigung der Grundbedürfnisse sowie ein räumlich ausgewogenes System von Einrichtungen zur Betreuung betagter Menschen. (§1, §2, §8)
Amt der Tiroler Landes- regierung, Abteilung Raum- ordnung und Statis- tik	Zukunftsraum Tirol – Strategie zur Landes- entwicklung 2007 (162 Seiten)	Trends mit Auswirkungen auf Tirol: <ul style="list-style-type: none"> demographische Wandel, Alterung, Individualisierung, Veränderung der „traditionellen Lebensplanung, Prinzip des lebenslangen Lernens, nach hinten verschobene Familiengründung (S.11.f.), Umkehr der Alterspyramide (S.12); Die Daseinsvorsorge und soziale Versorgung stehen unter dem Einfluss der demographischen Entwicklung (S.36). 	<ul style="list-style-type: none"> Förderung einer aktiven Rolle von u.a. SeniorInnen in der Gesellschaft; eines dichten Netzes an Alten- und Pflegeheimen (S.20) und spezieller altersgerechter Freizeitangebote (S.33); Mobilitätsverlierer sind u.a. Ältere (S.13); Überalterungstendenzen im Bereich der Beschäftigung und Arbeit (S.22); Speziell in dünn besiedelten Räumen ist auf die Bedürfnisse von u.a. SeniorInnen zu achten (S.45). 	<ul style="list-style-type: none"> Finanzierungsproblem von ÖV u. Infrastrukturen (S.20); Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf die Bedürfnisse der Bevölkerung; Sicherung der Daseinsvorsorge u. Nahversorgung (S.26); Entwicklung innovativer Versorgungsstrategien (S.85); Bereitstellung und Koordination von bedarfsgerechten Pflegeleistungen; Anpassung an die veränderte Nachfrage im Bereich Wohnen, Freizeit- u. Konsumverhalten sowie soziale Infrastruktur. (S.12)
Steuerungs- gruppe soziale Nach- haltigkeit	Soziale Nachhaltigkeitsstrategie Tirols – Beitrag für das Leitbild Zukunftsraum Tirol	<ul style="list-style-type: none"> Gesellschaftlicher Trend zur Individualisierung (S.3); Unterschiedlichkeit von Lebensformen (S.17). 	<ul style="list-style-type: none"> Bedarf an kulturellen Treffpunkten für alte Menschen, Pflege und Betreuung (S.15); Unterstützung der Sozialsprengel und zielgruppenorientierter Bedürfnisse (Altenhilfe) (S.17). 	<ul style="list-style-type: none"> Eminente Bedeutung des sozialen Kapitals unserer Gesellschaft (S.5); Nachhaltigkeitsziele betreffend Mobilität, Nahversorgung, Wohnen (...) (S.4); Die Befriedigung von Grundbedürfnissen u. Bedeutung der Lebensqualität (...) (S.10).

	2006 (18 Seiten)			
Amt der Tiroler Landesregierung/Abteilung Raumordnung u. Statistik	Operationelles Programm zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirol 2007-2013 (142 Seiten)	Trends sind demographische Entwicklungen, gesellschaftlicher Wandel, Flexibilisierung der Gesellschaft, Rückgang der Geburtenrate, Anstieg der Lebenserwartung, Umkehr der Alterspyramide (S. 26).	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Drohende Überalterung (S.29, 30, 52); ▪ Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien zum Ausgleich von Mobilitätseinschränkungen, u.a. für Ältere (S.91); ▪ Alterungsprozess, führt zu einer veränderten Nachfrage (S.26). 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermeidung von Abwanderungs- u. Entsiedlungstendenzen (S.17) sowie des Brain-Drains (52); ▪ Aufrechterhaltung eines dezentralen Versorgungssystems ist sehr schwierig und kostenintensiv; Risiko der nicht-flächendeckenden Versorgung; ▪ Auflassung bestimmter Infrastrukturen ist ein Tabuthema; ▪ teilweise Versorgungslücken im ÖV; ▪ Finanzierungsprobleme. (S.50)
Regions-ebene				
Regionalmanagement Wipptal	Regionaler Entwicklungsplan der Region Wipptal (63 Seiten)	Keine	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zur nachhaltigen Steigerung der Lebensqualität zählen Projekte zur Betreuung älterer Menschen (S.26); ▪ Innovatives lebenslanges Lernen zur Stärkung des Zusammenhalts in der Gesellschaft u. zur Vermeidung von Ausgrenzungen von u.a. SeniorInnen (S.28); ▪ Wahrung der Chancengleichheit und Integration von u.a. SeniorInnen (S.30). 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ziel der Verbesserung und Inwertsetzung der Lebensqualität in den Bereichen Freizeit, Kultur, Bildung, Soziales und Integration sowie Mobilität (S.23) ▪ Verbesserung der Grund- und Daseinvorsorge (S.26); ▪ Ziel der Erhaltung und Herstellung einer Mindestversorgung (S.31)
Lokale Ebene	Siehe 4.3			

Quelle 10: eigene Darstellung

Ergebnis: Spezifische Aussagen zum Demographischen Wandel

Spezifische Aussagen zum Demographischen Wandel werden in beinahe allen Dokumenten getroffen. Der Begriff „Demographischer Wandel“ fällt im Österreichischen Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 sowie in der Strategie zur Landesentwicklung 2007 – Zukunftsraum Tirol. In den restlichen Dokumenten wird von demographischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Trends bzw. einem gesellschaftlichen Wandel gesprochen. Im Österreichischen Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 werden die Auswirkungen auf die Versorgungsinfrastruktur thematisiert. Ebenso sieht die Strategie zur Landesentwicklung Tirols einen Wirkungszusammenhang der demographischen Entwicklung mit der Daseinsvorsorge. Ausnahmen sind das Tiroler Raumordnungsgesetz sowie der Regionale Entwicklungsplan der Region Wipptal, die keine spezifischen Aussagen zum Demographischen Wandel treffen.

Ergebnis: Spezifische Aussagen zur Alterung und altengerechten Maßnahmen

Konkrete Äußerungen zur Alterung der Bevölkerung bzw. altersbezogene Bemerkungen finden sich in allen untersuchten Dokumenten. Während vor allem der Bereich der sozialen Infrastruktur, genauer die Altenpflege- und Betreuung angesprochen werden, gibt es ebenso Angaben zur notwendigen sozialen Integration älterer Personen in Form des Konzeptes des Lebenslangen Lernens. Weiters erfolgt der Anspruch nach altersgerechten Freizeitmöglichkeiten sowie Informations- und Kommunikationstechnologien zum Ausgleich von Mobilitätseinschränkungen älterer Menschen in peripheren Gebieten. Das Österreichische Raumentwicklungskonzept 2001, der Nationale Strategische Rahmenplan Österreichs 2007-2013 sowie das Operationelle Programm zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirol 2007-2013 beinhalten Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft auf den Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen. Dadurch wird eine Anpassung an die veränderte Nachfrage notwendig. Eine Herausforderung ergibt sich vor allem in peripheren Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte und einer Tendenz des Verlustes an Daseinsfunktionen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für eine ältere Bevölkerung somit als schwierig gestaltet.

Ergebnis: Allgemeine Aussagen zur Daseinsvorsorge, Nahversorgung und Mobilität

Zentrale Punkte fast aller Dokumente sind die Verschlechterung der Nahversorgung und eine Ausdünnung der Infrastruktur im ländlich peripheren Raum, resultierend aus einer Konzentrationsdynamik, die zu großen räumlichen Disparitäten in der Versorgung führt.

Raumordnung soll nach dem Ziel „Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen“ sowie dem Prinzip „der kurzen Wege“ zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität erfolgen. Es sollen nach dem Leitbild der dezentralen Konzentration bzw. der polyzentrischen Raumentwicklung ausgewogene räumliche Strukturen geschaffen werden. Außerdem soll die regionale Ebene gestärkt werden. Zur Aufrechterhaltung der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen müssen innovative Konzepte entwickelt werden. Das operationelle Programm zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirols bemerkt, dass sich die Aufrechterhaltung eines dezentralen Versorgungssystems als sehr schwierig und kostenintensiv erweist und daher das Risiko von entstehenden Versorgungslücken besteht. Im Regionalen Entwicklungsplan der Region Wipptal wird deshalb das Ziel der Herstellung einer Mindestversorgung genannt.

Die zentralen Aussagen der Planungsdokumente der Raumordnung sind:

- Der Demographische Wandel hat Auswirkungen auf die Infrastruktur
- Entstehen eines veränderten Bedarfs an Infrastruktureinrichtungen
- Forderung nach mehr Lebensqualität im Alter
- Anpassungsnotwendigkeit in der sozialen Infrastruktur
- Bedeutungsgewinn einer flächendeckenden Nahversorgung und guten Erreichbarkeiten
- Kostenintensität des dezentralen Versorgungssystems
- Rückzugs des Versorgungssystems aus der Fläche
- Entwicklung innovativer Versorgungsstrukturen
- Raumordnung nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration
- Raumordnung mit dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen im Gegensatz zu
- Raumordnung mit dem Ziel der Herstellung einer Mindestversorgung

4.3 Relevanz auf Gemeindeebene

Raumordnung ist Ländersache, die Umsetzung unterliegt jedoch dem Wirkungsbereich der Gemeinden. Somit muss eine Auseinandersetzung mit demographischen Entwicklungen auf Gemeindeebene erfolgen. Ungeachtet dessen bewirken interkommunale Kooperationen und Formen der regionalen Zusammenarbeit einen Trend zur Regionalisierung. Zur Erfassung der Bedeutsamkeit des Themas auf unterster räumlicher Ebene, also der Gemeindeebene, wurden Gemeinden im Bezirk Innsbruck Land befragt. Es sollen Tendenzen erhoben werden, wie weit sich die Kommunen bereits mit dem Thema beschäftigt haben. Die Auswahl des Bezirks Innsbruck Land beruht auf der Prognose, dass gerade in Stadtumlandgebieten der Anteil der 65-jährigen und älter bis 2031 verhältnismäßig in kurzer Zeit stark steigen wird. Während für einige Bezirke eine Alterung bereits schon länger charakterisierend ist, werden diese demographischen Strukturen in einem großen Teil der gesamten westösterreichischen Bezirke und generell in den Umlandregionen der Landeshauptstädte, ein relativ neuer Trend sein (vgl. Kapitel 2.3.1). Somit kann davon ausgegangen werden, dass dort eine „altengerechte“ Infrastruktur noch nicht in dem Ausmaß besteht, wie dies in Zukunft nachgefragt und notwendig sein wird.

Charakterisierung des Bezirks Innsbruck Land mit besonderer Betrachtung der Teilregion „nördliches Wipptal“

Das Bundesland Tirol hat eine positive Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen, wobei im Zeitraum von 2001 bis 2031 die absolute Zahl der unter 20-jährigen rückläufig sein wird, die Zahl der 20-64-jährigen leicht ansteigen und die Zahl der 65-jährigen und älter ein enormes Wachstum erleben werden. Diese Entwicklung findet noch ausgeprägter im Bezirk Innsbruck Land statt. Insgesamt wird das Wachstum über dem tirolweiten Durchschnitt liegen. Die Zahl der unter 20-jährigen wird verhältnismäßig nur leicht sinken, die Zahl der Personen zwischen 20 und 64 Jahren geringfügig zunehmen und die Zunahme der Zahl der 65-jährigen und älter wird deutlich über dem tirolweiten Durchschnitt liegen. Somit ist der Bezirk Innsbruck Land einer der österreichischen Bezirke, wo die Zahl der 65-jährigen und älter bis 2031 am stärksten ansteigen wird. Sowohl im ganzen Bundesland, als auch im Bezirk Innsbruck Land werden eine sinkende Geburten- und Wanderungsbilanz prognostiziert. (vgl. Hanika et al. 2004)

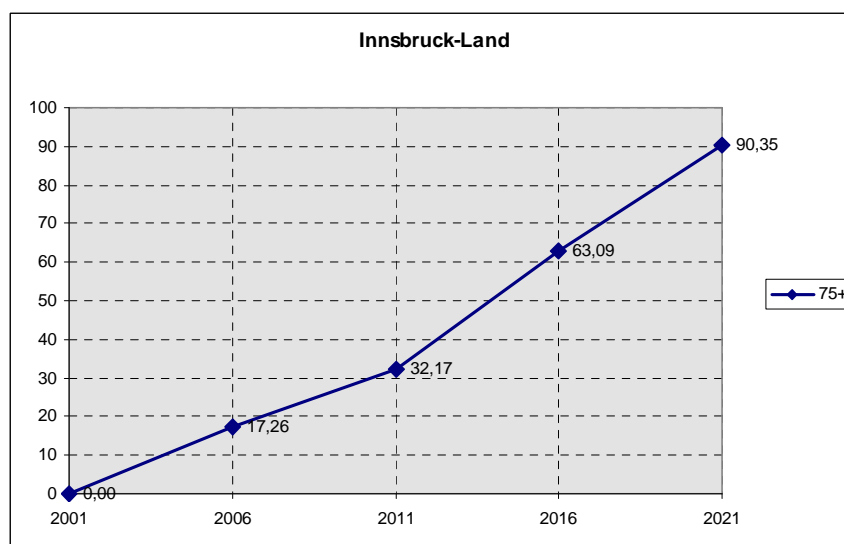
Tabelle 11: Bevölkerungsentwicklung im Bundesland Tirol und im Bezirk Innsbruck Land

	Absolutwerte							Indexwerte
	2001	2006	2011	2016	2021	2026	2031	2001=100
Tirol								
Insgesamt	674.080	697.844	718.875	735.136	746.442	754.363	758.926	113
unter 20	166.735	161.838	155.787	148.162	144.700	142.986	140.851	84
zwischen 20 u. 64	417.066	431.471	446.203	456.304	459.044	451.617	437.084	105
65 und älter	90.279	104.535	116.885	130.670	142.698	159.760	180.991	200
Innsbruck Land								
Insgesamt	154.772	162.729	169.742	175.189	179.209	182.303	184.484	119
unter 20	39.017	37.984	36.852	35.284	34.844	34.706	34.440	88
zwischen 20 u. 64	96.892	101.925	106.350	109.623	110.867	109.841	106.956	110
65 und älter	18.863	22.820	26.540	30.282	33.498	37.756	43.088	228

Quelle 11: Hanika et al. 2004 (ÖROK Bevölkerungsprognose Teil 1), eigene Darstellung

Eine differenzierte Betrachtung der 65-jährigen und älteren Personen macht deutlich, dass vor allem die Zahl jener Personen mit 75 Jahren und älter zunimmt.

Abb. 12: Zunahme der 75-jährigen und älter im Bezirk Innsbruck Land (Indexwerte 2001=100)



Quelle 12: Amt der Tiroler Landesregierung; Danner.

Tabelle 12: Zunahme der 75-jährigen und älter in den Tiroler Bezirken in % (2001-2021)

Bezirk	Indexwerte 2001=100
Innsbruck Stadt	+ 36,16 %
Imst	+ 64,43 %
Innsbruck Land	+ 90,64 %
Kufstein	+ 62,57 %
Kitzbühel	+ 57,52 %
Landeck	+ 58,96 %
Lienz	+ 40,13 %
Reutte	+ 53,61 %
Schwaz	+ 61,10 %

Quelle 12: Amt der Tiroler Landesregierung, Danner; eigene Darstellung

Eine Betrachtung der Anteilswerte der 65-jährigen und älter an der Gesamtbevölkerung zeigt ein Bild ähnlich der absoluten Werte. Der Anteil der unter 20-jährigen wird deutlich sinken, jener der Altersgruppe der 20 bis 64-jährigen leicht sinken und der 65-jährigen und älter signifikant steigen. Der Bezirk Innsbruck Land liegt diesbezüglich sehr nahe am Tiroler Durchschnitt.

Tabelle 13: Bevölkerungsentwicklung nach breiten Altersgruppen im Bundesland Tirol und im Bezirk Innsbruck Land

Bevölkerung nach breiten Altersgruppen Anteilswerte in %						
	Tirol			Innsbruck Land		
	0-19	20-64	65 und älter	0-19	20-64	65 und älter
2001	24,7	61,9	13,4	25,2	62,6	12,2
2006	23,2	61,8	15,0	23,3	62,6	14,0
2011	21,7	62,1	16,3	21,7	62,7	15,6
2016	20,2	62,1	17,8	20,1	62,6	17,3
2021	19,4	61,5	19,1	19,4	61,9	18,7
2031	18,6	57,6	23,8	18,7	58,0	23,4

Quelle 13: Hanika et al. 2004 (ÖROK Bevölkerungsprognose Teil 1)

Wie die einzelnen Gemeinden in Tirol mit bestimmten Versorgungseinrichtungen ausgestattet sind, erfasst das Innsbrucker Geographieinstitut im Rahmen des Projektes „Tirol Atlas“. Die Situation wird an dieser Stelle am Beispiel der Region nördliches Wipptal dargestellt. Diese setzt sich zusammen aus dem Haupttal Wipptal, von welchem fünf Seitentäler abzweigen. Das Wipptal ist die Hauptverbindung von Innsbruck über den Brenner nach Italien und somit ein wichtiger Verkehrsweg. Jedoch zeigt sich, dass gerade in den Seitentälern die Versorgungsinfrastruktur teilweise sehr ausgedünnt ist. In der Region nördliches

Wipptal verfügten im Jahr 2005 drei von zwölf Gemeinden über keinen Nahversorger, acht Gemeinden über keine Postdienste, fünf Gemeinden über keine Bankdienste und zehn Gemeinden über keinen praktischen Arzt. In zwei Gemeinden in der Region gibt es ein Alten- und Pflegeheim (vgl. Institut für Geographie Innsbruck, Tirol Atlas). Josef Baumann vom Regionalmanagement Wipptal erklärt diesen Umstand durch die Nähe zu Innsbruck, die das Wipptal zu einer Pendlerregion macht, aus der ca. 80% der berufstätigen und schulpflichtigen Bevölkerung nach Innsbruck pendelt. Aufgrund der räumlichen Nähe zur Landeshauptstadt ist die Region von keiner hohen Abwanderung betroffen, womit familiäre Netze noch stärker bestehen. Mit Hilfe familiärer Unterstützung kann eine fehlende Nahversorgungsstruktur (noch) kompensiert werden. Ob und in welcher Form es familiäre Netze in der Region in zwanzig Jahren geben wird, ist heute schwer zu sagen, wird jedoch ein prekäres Thema werden, da der allgemeine Trend in Richtung einer Abnahme familiärer Netze geht. Altersspezifische Projekte in der Region werden hauptsächlich von sozialer Seite (Sozialsprengel, Seniorenheim) initiiert und organisiert. Es gibt zum Beispiel einen Austausch der SeniorenheimbewohnerInnen mit dem südlichen Wipptal (Südtirol) sowie einen Pflegeworkshop für Angehörige von Pflegebedürftigen, welcher die Möglichkeit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch der Angehörigen bietet. Im Bereich Nahversorgung entstehen immer wieder gute Ideen, die jedoch oft an der fehlenden Finanzierung und Trägerschaft scheitern. Das Regionalmanagement versucht auf unterschiedliche Weise Anreize zu ehrenamtlichen Tätigkeiten zu setzen. In erster Linie geschieht dies bei der jährlich stattfindenden Generalversammlung bei der Akteure aus allen Gemeinden vertreten sind. Es wird versucht zu informieren, InteressentInnen bzw. ehrenamtliche OrganisatorInnen und ProjektmitarbeiterInnen zu finden. Über eine zweite Schiene wird in den regionalen und landesweiten (Print)Medien Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Ein Positivbeispiel kommt aus der Gemeinde Gschnitz, in der ein Dorfladen auf ehrenamtlicher Basis errichtet wurde und der somit die Nahversorgung im Ort sichert. Das Regionalmanagement kann informieren und Anreize setzen, Kontakte herstellen, Vernetzung und Koordination fördern. Diesbezüglich ist ein sehr starker Zusammenhalt in der Region spürbar. (vgl. Josef Baumann, Regionalmanager Wipptal 2009)

Ergebnisse einer Befragung von GemeindevertreterInnen im Bezirk Innsbruck Land zeigen Tendenzen, wie mit der prognostizierten Alterung der Bevölkerung umgegangen wird. Von den fünfzehn befragten Gemeinden liegt eine Gemeinde in der Größenklasse unter 1.000 EinwohnerInnen, neun Gemeinden zwischen 1.000 und 5.000 EinwohnerInnen, drei Gemeinden haben mehr als 5.000 bis 10.000 EinwohnerInnen und eine Gemeinde eine Bevölkerungszahl von über 10.000. Alle Gemeinden rechnen mit einem Anstieg der Bevölkerung bis 2030 sowie mit einer steigenden Zahl der über 65-jährigen.

Tabelle 14: Tendenzen auf Gemeindeebene zur Relevanz der räumlichen Gestaltung im Kontext der demographischen Alterung

Bezirk Innsbruck Land	Nennungen	Tendenz	Erläuterung
Bisherige Auseinandersetzung mit dem Thema	11	~	Pflege- und Betreuungsbereich (Errichtung/Ausbau des Seniorenheims, Tagesbetreuung, Angebote im betreuten Wohnen, integrative Altenarbeit, Seniorenvereine, Sozial- u. Gesundheits-sprengel)
Aufscheinen des Themas in Leitbildern oder Konzepten der Gemeinde	2	-	Gemeinde Rum: „Schaffung von seniorenrechtlichen Wohnmöglichkeiten“; Gemeinde Volders: „in Würde altern“, „Einbindung der älteren BürgerInnen in den Schulen“
Spürbare Auswirkungen der Alterung auf die Gemeinde	7	~	Steigende Nachfrage im Pflege- und Betreuungsbereich , ambulante Betreuung wird zunehmend wichtig, tlw. Ausdünnung der Infrastruktur, tlw. spürbarer sozialer Wandel (sinkende Betreuung u. Pflege innerhalb der Familie)
Handlungsansätze zur Anpassung an die Alterung und zur Sicherung der Daseinsvorsorge	12	~	Bau/Erweiterung des Alten- u. Pflegeheims, Andenken betreuter Wohnformen, Essen auf Rädern, Sozialsprengel , barrierefreie Gestaltung, Hauszustellung von Gütern, senioren-spezifische Aktivitäten (Seniorenstuben), teilweise erfolgen Planungen mittels bottom-up Ansatz, Stärkung der bestehenden Nahversorgungsstrukturen Weitere einzelne Projekte: Taxidienst, Busprojekt, rollender Supermarkt, multifunktionaler Nahversorger, altengerechte Kurse, Hausapotheke bei lokalen ÄrztInnen
ZEICHENERKLÄRUNG - kaum relevant ~ teilweise relevant			

Quelle 14: Ergebnis einer Befragung von GemeindevertreterInnen (n=15) (Dezember 2008)

Zusammenfassend zeigen sich folgende Tendenzen. Die „ältere Bevölkerung“ alleine ist i.d.R. kein zentrales Thema, vielmehr im Mittelpunkt steht „generell die Bevölkerung“. Häufig erfolgt ein Verlassen auf bereits bestehende soziale Strukturen, ohne Beachtung einer möglichen zukünftigen Abnahme familiärer Netze sowie des Zusammenhalts in der Gemeinde. Es wird die gegenwärtige und nicht die zukünftige Situation betrachtet. Veränderte Familienstrukturen, eine Abnahme familiärer Netze in Verbindung mit einer steigenden Zahl an hochaltrigen Personen sowie eine Zunahme aktiver SeniorInnen in der dritten Lebensphase, werden nicht auf die eigene Gemeinde bezogen, in der es „ohnehin schon ein Altenheim sowie ein Seniorenkränzchen gibt und sich die Familie um die älteren Familienmitglieder kümmert“. Wenn es „altenspezifische“ Projekte gibt, dann meist im Bereich der sozialen Infrastruktur, getragen von Institutionen und Vereinen aus dem Bereich Soziales. Abseits dieses richtungsweisenden Trends existieren aber auch gute Einzelprojekte (siehe Kapitel 5.3.2). Teilweise wird durchaus erkannt, dass eine altengerechte kommunale Infrastruktur in Zukunft in anbetracht der demographischen Entwicklungen wichtiger werden wird.

4.4 Bemerkungen zur Kritik an den Überlegungen zum Demographischen Wandel

Die Gruppe der „älteren Personen“ ist bei weitem nicht homogen sondern verfügt über stark differenzierte Lebensstile (siehe Kapitel 2.3.2). Aus diesem Grund gilt es zu überdenken, wenn – wie so oft – von der „50+ Generation“ gesprochen wird. In Anbetracht einer zunehmend höheren Lebenserwartung scheint der Begriff absolut nicht zeitgemäß. Ein 50-jähriger kann nicht der selben Gruppe zugeordnet werden wie ein über 80-jähriger, genauso wenig wie kein zehnjähriger mit einem 40-jährigen verglichen werden kann. Der Altersunterschied ist in beiden Fällen der selbe, nämlich drei Jahrzehnte. Die Frage ist, gilt man heute schon mit 50 als alt? (vgl. Gurr-Hirsch 2008) Nachdem diese Frage die wenigsten befürworten werden, muss die „Altersgrenze“ parallel zur Lebenserwartung ansteigen. Bei der Diskussion um die Definition von „alt“ betonte schon Ryder (1975), es müssen für die Altersdefinition die noch zu erwarteten Lebensjahre herangezogen werden. Er schlägt vor, die Lebensphase, in der jemand als „alt“ gilt so zu berechnen, indem von der aktuellen Lebenserwartung (z.B. 77 Jahre) n-Jahre abgezogen werden (z.B. zehn Jahre), was die „Al-

tersgrenze“ ergibt (in diesem Fall 67 Jahre). Die Altersgrenze muss also an die steigende Lebenserwartung angeglichen werden. Führt man diese Überlegung fort, bedeutet das, dass der thematisierte Anstieg des Anteils der „Älteren“ an der Gesamtbevölkerung nicht eintritt. Zwar wird es einen Anstieg der über 65-jährigen geben, was bezogen auf das vorherige Argument nicht mit einem Anstieg „alter Menschen“ gleich zu setzen ist. Das Gegenargument zu dieser These besagt hingegen, dass die Zunahme der über 65-jährigen auf die steigende Zahl der hochaltrigen Personen zurückzuführen ist und die Forderung nach einer altengerechten Infrastruktur somit begründet ist.

Eine weitere These ist jene, dass je mehr Personen ein höheres Alter erreichen, desto höher ist die Gesamtzahl der Pflege- und Betreuungsbedürftigen (Rosinak und Partner 2008, 71). Die Gegenthese dazu lautet, dass je älter die Bevölkerung wird, desto länger bleibt diese gesund. Der Anstieg der Lebenserwartung ist das Resultat einer besseren medizinischen Versorgung sowie einer gesünderen Lebensweise bzw. eines Lebens mit geringerer körperlicher Belastung. Somit kann länger ein eigenständiges Leben geführt werden, im Bedarfsfall unterstützt durch temporäre Betreuungsdienste bzw. externe Hilfestellung im Alltag. Auch hier ist jedoch erneut auf die stark steigende Zahl hochaltriger Personen hinzuweisen.

4.5 Notwendigkeit zur Bewusstseins-schaffung

Veränderung beginnt mit der Wahrnehmung der Ist-Situation, d.h. die Grundlage für mögliche Entwicklungsstrategien und Handlungsansätze ist das Bewusstsein und die Akzeptanz des demographischen Wandels und seiner Folgen. (vgl. Sedlacek 2007, 105)

Eine erforderliche Reaktion auf die demographischen Veränderungen von kommunaler Seite wurde bereits schon aufgezeigt (Kapitel 2.4). Ebenso hat sich dargestellt, dass ein Bewusstsein den Erfordernissen teilweise noch hinterher hinkt (Kapitel 4.3). Deshalb muss mehr Informations-, Presse-, und Öffentlichkeitsarbeit betreffend aktuellen Altersfragen geleistet werden, um so auch eine Diskussion und ein Problembewusstsein auszulösen. Eine Reflexion zum Thema sowie Maßnahmen zur Bewusstseins-schaffung können in Form von Printmedien, Schulen, Seniorenmessen, Aktionstagen, Vorträgen, Workshops, Zu-

kunftswerkstätten, Runden Tischen mit einem heterogenen Personenkreis und unter moderierter Begleitung erfolgen. Besteht ein Problembewusstsein sollten im nächsten Schritt Maßnahmen getroffen werden. Mit dem Wissen und der Akzeptanz gegenüber den zukünftigen Entwicklungen „wird der Blick frei für Gestaltungschancen“ (Back 2006, 61 und vgl. Blaumeiser et al. 2002, 22 und 43)

Zum Beispiel hat im Rahmen der Gemeindeentwicklung die Salzburger Gemeinde Seeham, in Kooperation mit dem Seniorenheimpartner und der Gemeinde Mattsee, die Zustimmung des Landes Salzburg zur Unterstützung sowie organisatorischer und fachlicher Begleitung des Projekts „Altern in guter Gesellschaft“ erhalten. Ziel ist die Sensibilisierung für und die Wahrnehmung des Themas. Auf Gemeindeebene werden darauf aufbauend nachhaltige Handlungsstrategien und Bedingungen für ein gelingendes soziales Altern erarbeitet. (vgl. Gemeinde Seeham)

5 STRATEGIEN DER RAUMORDNUNG UNTER DEM ASPEKT DER ALTERUNG DER GESELLSCHAFT

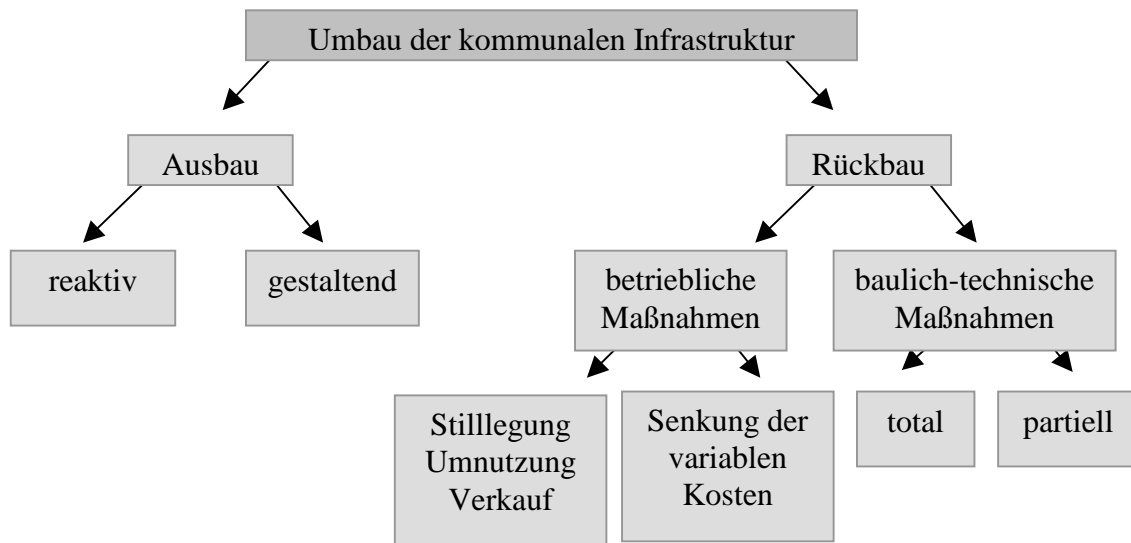
5.1 Konzepte und Instrumente der Raumordnung

Müller und Siedentop (2004, 23) schlagen vor, „Menschen im fortgeschrittenen Alter können deshalb²¹ mit einer Rückwanderung in die Städte reagieren, weil hier der Lebensalltag bei eingeschränkten Mobilitätsbedingungen einfacher zu organisieren ist“. Diesem Vorschlag eröffnen sich eine Reihe von Gegenargumenten. Gerade im Fall älterer Menschen ist der soziale Aspekt der Heimatverbundenheit und somit auch der Ortsgebundenheit nicht zu verkennen. „Alt eingesessene Personen“ wollen und werden ihre gewohnte und vertraute Umgebung nicht so leicht aufgeben und einen Gemeinde- bzw. Regionswechsel vornehmen. (vgl. Tagung Land ohne Leute 2008) In strukturschwachen, ländlichen Regionen würde es andernfalls zu einer doppelten Emigration kommen, zusammengesetzt aus der Abwanderung der jungen, erwerbstätigen Bevölkerung und der älteren Bevölkerung. Diesbezüglich stellt sich die Frage, ist Abwanderung die einzig sinnvolle Lösung für die Bevölkerung aus ländlich peripheren Regionen?

Primäres Ziel ist es doch, die (ältere) Bevölkerung in der Region zu halten und die Region für die dort Lebenden so attraktiv wie möglich zu gestalten. Hierfür ergeben sich verschiedene mögliche Handlungsfelder. Inhaltlich lassen sich die Strategien einteilen in klassisch raumordnerische oder stärker demographiebezogene und soziale. Erstere sind Siedlungsentwicklung, soziale und technische Infrastruktur, Verkehr sowie Daseinsvorsorge. Letztere betreffen den Bereich „Altenfreundlichkeit“, also z.B. eine altengerechte Freizeitgestaltung. (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2007, 4) Weiters eröffnen sich bezüglich der generellen strategischen Ausrichtung verschiedene potentielle Handlungsfelder (siehe Abb. 13).

²¹ Anm.: aufgrund schlechter Nahversorgung, schwierigen Erreichbarkeiten, schlechter Verkehrsinfrastruktur etc. in (strukturschwachen) ländlichen Regionen.

Abb. 13: Übersicht über mögliche Handlungsfelder im Bereich der Infrastruktur als Reaktion auf rückläufige EinwohnerInnenzahlen und die Alterung der Bevölkerung



Quelle 13: Rosenfeld 2007, 112

5.1.1 Strategie Ausbau

In strukturstarken Wachstumsregionen, vorwiegend Agglomerationsräumen, wird primär die Strategie des Ausbaus verfolgt. Ziel ist die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen (Kinder, Jugendliche, Erwerbstätige, SeniorInnen). Es werden ordnungspolitische Ansätze verfolgt. Dies kann erzielt werden, durch die Forcierung und Umsetzung einer flächenschonenden und energieeffizienten Boden- und Wohnbaupolitik. Das heißt, eine Nutzung vorhandener Bauflächen vor einer Neuausweisung, eine Steuerung bzw. Kontrolle der Siedlungsentwicklung im Sinne einer Siedlungskompaktheit, eine Förderung einer Politik der kurzen Wege sowie eine Reduktion der großräumigen Nutzungsentflechtung, also einer funktionalen Durchmischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. (vgl. Krajasits 2008)

In diversifizierten ländlichen Regionen werden entwicklungs- und ordnungspolitische Strategien zur optimierten Unterstützung regionaler Entwicklungspole bedeutend (vgl. Krajasits 2008). Das Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen wird mit Hilfe von Maßnahmen der Regionalentwicklung verfolgt. Wesentliche Handlungsfelder sind die Stärkung der

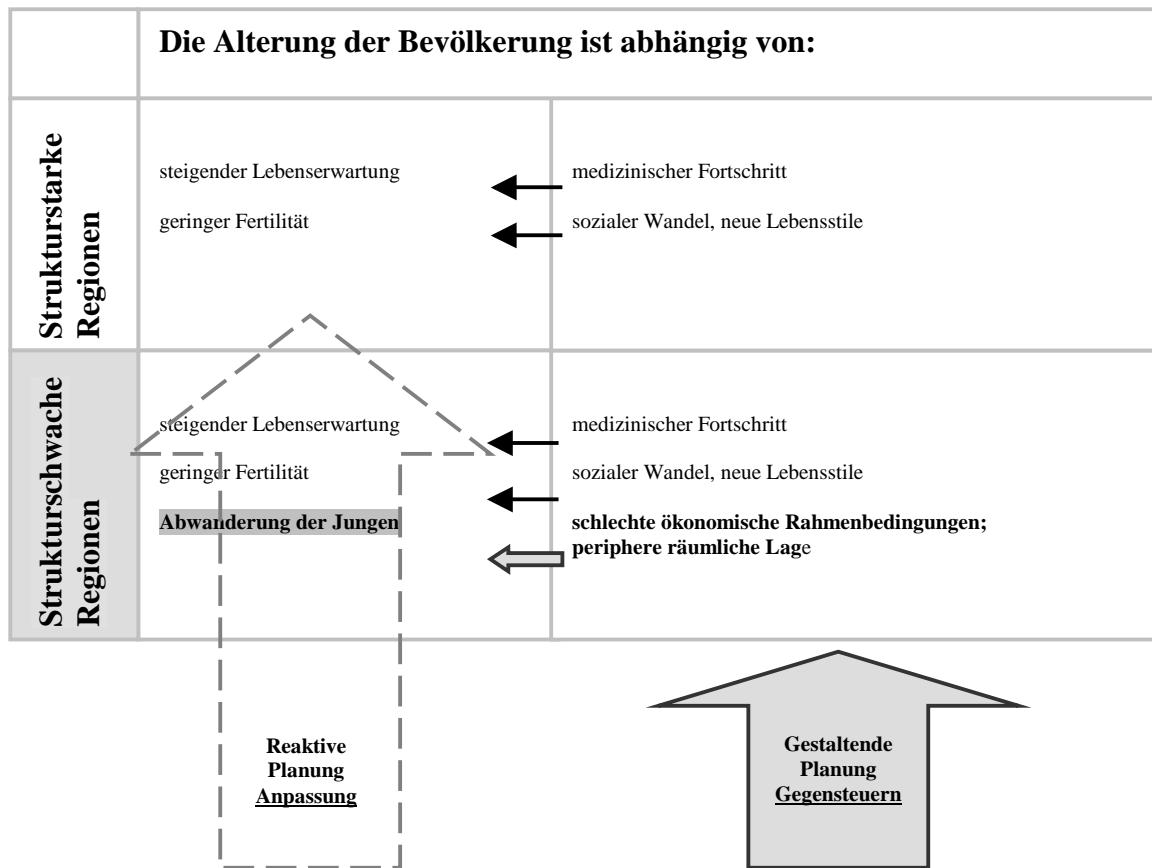
ökonomischen Basis durch innovations- und technologieorientierte Maßnahmen sowie verstärkte Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Reduzierung des Brain-Drains, also des Wegzugs höher qualifizierter Personen. Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Lebensraumes sind z.B. die Schaffung von Bildungsangeboten, die Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen und bestehenden Bildungs- und Qualifizierungseinrichtungen und die Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen für Alt und Jung. (vgl. Krajasits 2008)

Reaktive oder gestaltende Planung?

Wird ein Wachstum angestrebt, lassen sich prinzipiell zwei grobe Planungsstrategien unterscheiden, um in die Bevölkerungsentwicklung einzugreifen. Diese sind eine reaktive Planung und Politik sowie eine gestaltende Planung und Politik. Erstere zeichnen sich dadurch aus, dass der Frage nachgegangen wird, wie Politik und Planung sich an den demographischen Wandel anpassen sollen. Reaktive Maßnahmen beinhalten zum Beispiel die Schaffung von Pflegeeinrichtungen als Reaktion auf die Alterung der Bevölkerung. Die demographische Bevölkerungsentwicklung erscheint dabei als unabhängige Variable. Gestaltende Planung hingegen greift unmittelbar in die Bevölkerungsentwicklung ein. Ziel ist es, die Bevölkerungsentwicklung zu stabilisieren. Dies kann durch Maßnahmen zur Steuerung der Altersstruktur, z.B. in Form von Anreizen zur Familiengründung geschehen. (vgl. Rosenfeld 2007, 111 f.)

Aus der Sicht der Raumordnung liegt es nicht in ihrer Hand die Ursachen des demographischen Wandels, wie höhere Lebenserwartung und eine sinkende Geburtenrate, zu beeinflussen. In den möglichen Tätigkeitsbereich der Raumordnung fällt hingegen die Bereitstellung von Instrumenten für einen Umgang mit demographischen Entwicklungen. Ein Handlungsfeld der Raumordnung ist es, die räumliche Gestaltung an veränderte Strukturen in der Bevölkerung anzupassen (vgl. Back 2006, 62). Außerdem betont Schipfer (2007, 665): „Die Entwicklung lässt sich mittelfristig nicht stoppen, dazu sind demographische Prozesse zu träge. Es geht daher um ein Management der Auswirkungen.“ Dies muss auf lokaler Ebene geschehen. Voraussetzung dafür ist eine „demografiesensible Kommunalpolitik“ (Schmidt 2006, 1).

Abb. 14: Handlungsfelder der reaktiven und gestaltenden Planung



Quelle 14: eigene Darstellung

Der medizinische Fortschritt sowie neue Trends in den Lebensstilen sind zwei wesentliche Faktoren, die demographische Prozesse steuern und somit zur Alterung der Gesellschaft beitragen. Räumliche Planungen können auf diese beiden Komponenten nicht direkt gestaltend eingreifen. Somit erfolgt die Planung in strukturstarken Regionen, die nicht durch schlechte ökonomische Rahmenbedingungen gekennzeichnet sind, rein reaktiv. In Regionen, wo eine Abwanderung aufgrund schlechter wirtschaftlicher Gegebenheiten für die Alterung der Bevölkerung verantwortlich ist, besteht zudem die Möglichkeit einer gestaltenden Planung. Mit den Instrumenten der Regionalentwicklung können positive Impulse für die Region gesetzt werden und diese im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und aufgewertet werden. Die gestaltende Einflussnahme auf wirtschaftliche Entwicklungen in einer Region steuert in einem nächsten Schritt demographische Dynamiken, vor allem das Migrationsverhalten. Es kann eine Zuwanderung bzw. eine Abwehr der Abwanderung der jüngeren, erwerbstätigen Bevölkerung erreicht werden. Ein gestaltender Infrastrukturaus-

bau zielt darauf ab, Regionen, schrumpfende Städte, Gemeinden oder Stadtteile aufzuwerten, um somit eine weitere Abwanderung zu verhindern bzw. Zuwanderung zu erreichen (vgl. Rosenfeld 2007, 111 f.). In Form eines Gegensteuerens soll die prognostizierte demographische Entwicklung abgeschwächt werden. (vgl. Tagung Land ohne Leute 2008; Kujath/Pohle/Schmidt 2007, 4)

5.1.2 Strategie Rückbau – ein Paradigmenwechsel in der Raumordnung?

„Der langsam fortschreitende quantitative Erosionsprozess bei gleichzeitig qualitativen Verschiebungen führt zu differenzierten Problemlagen und fordert neue Strategien, vor allem im Bezug auf die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Grundversorgung.“

(Gans/Schmitz-Veltin 2005, 112)

Ursprünglich hat die Raumordnung ihr Instrumentarium für eine wachsende Bevölkerung entwickelt. Flächenwidmungspläne, Bebauungspläne, räumliche Entwicklungsprogramme, Konzepte für die Versorgung einer expandierenden Bevölkerung (Zentrale-Orte-Konzept, Achsenkonzept, punktachiales Erschließungssystem etc.) wurden zur Regelung von Bevölkerungswachstum konzipiert. In vielen Regionen nimmt indessen die Bevölkerungszahl ab und die Gesellschaft altert deutlich, d.h. der Raumordnung wird hier eine andere Aufgabe zugeteilt. Bestandsentwicklung, Stabilisierung, Revitalisierung, Nach- bzw. Neunutzung, Anpassung der Infrastruktur an die neuen Bedürfnisse sowie verstärkt das Prinzip von „Qualität vor Quantität“ in den Bereichen Wohnumfeld und Infrastruktur werden in diesen Regionen zu zentralen Themen. (vgl. Faßmann 2003, 63; Müller/Wiechmann 2003, 115; Danielzyk/Winkel 2003)

Daher ist die zweite Handlungsoption auf strukturschwache Regionen ausgerichtet. Beim Rückbau geht es um den Einsatz von Ausgleichsmaßnahmen vor dem Hintergrund des Wegzugs der jungen Bevölkerung aus der Region. Wenn sämtliche Maßnahmen zur Unterbindung des Brain-Drains nicht greifen und die Bevölkerungszahl deutlich abnimmt, liegt die Herausforderung darin, die Region für die verbliebene Bevölkerung, die sich großteils aus älteren Menschen zusammensetzt, so lebenswert wie möglich zu gestalten.

Die Sicherung eines gewissen Mindestangebotes wird zum neuen Ziel in Anbetracht einer Reduktion der Versorgungsleistung.

Der Infrastrukturrückbau umfasst betriebliche und baulich-technische Maßnahmen zur Reduzierung der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen bzw. ihrer Kapazitäten. Betriebliche Rückbaumaßnahmen können sein, Stilllegung, Umnutzung, Verkauf von Einrichtungen sowie die Reduktion der variablen Kosten, was zum Beispiel durch Personalabbau erfolgt. Damit sind keine kostenträchtigen Baumaßnahmen verbunden, unverändert variable Kosten für die Infrastruktureinrichtungen, wie zum Beispiel Heizkosten für nicht benutzte Schulräume, Überwachungskosten für stillgelegte Pumpstationen etc., fallen immer noch an. Die baulich-technischen Rückbaumaßnahmen gehen noch einen Schritt weiter. Darunter wird die totale bzw. die partielle, also teilweise physische Reduzierung der Infrastruktureinrichtungen verstanden. (Rosenfeld 2007, 111 f.)

Es müssen neue Strategien zur Sicherung des Mindestangebotes gesetzt werden. Kommunale Ausgleichsmaßnahmen erfolgen einerseits in Form alternativer, dem Finanzhaushalt der Gemeinden entsprechender, Konzepte. Diese können sein, ein gesteuerter Rückbau und der Ersatz stationärer Einrichtungen durch mobile Dienste, eine Multifunktionalisierung von Einrichtungen (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2007, 4f.) sowie eine forcierte Umsiedelung der Bevölkerung zur Siedlungskompaktheit. Andererseits sind die Versorgungsfunktionen der nächstgelegenen regionalen Zentren zu sichern, die Erreichbarkeit derer, ausgehend von der Peripherie, aufrecht zu erhalten sowie eine Vernetzung und Kooperation aufzubauen. Somit wird im Hinblick auf Regionen mit rückläufiger Bevölkerungszahl und Ausdünnung der lokalen Infrastruktur verschärft ein Paradigmenwechsel vom ungebremsten Wachstum zum gesteuerten Rückbau gefordert. Die Praxis zeigt, es können keine gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Regionen geschaffen werden bzw. man kann und muss auch nicht jede Region „retten“ (vgl. Krajašits 2008). Unter diesen Bedingungen muss auch Platz sein für Überlegungen eines „Managements des Rückbaus“ (ebd.).

In der Literatur, vor allem in jener aus Deutschland (vgl. Publikationen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung – ARL), wird verstärkt ein Rückbau für extrem strukturschwache, meist in Ostdeutschland gelegene, Regionen forciert. Der Begriff „Schrumpfung“ hat sich in Deutschland bereits vom Tabu- zum Modebegriff entwickelt. Rambow

bezeichnet Schrumpfung als eine „(...) selektive Ausdünnung der Teilnehmer (...)“ an der Versorgungsinfrastruktur, dem Verkehr, dem Wohnraum, dem öffentlichen Raum etc. Somit wird vorgeschlagen, stärker die Metropolregionen im Sinne einer Wachstumspolitik zu fördern und die Ausstattung der peripheren, dünn besiedelten Räume zu verringern (vgl. Kujath/Pohle/Schmidt 2007, 6). Gezieltes Wachstum sollte demnach nur in ausgewählten Regionen, die über ausreichend Potenziale verfügen, forciert werden. Kritik wird daran geübt, dass die Schrumpfung oft als ein unantastbares Tabuthema angesehen, ungern akzeptiert und stattdessen am permanenten Wachstum festgehalten wird. Kaltenbrunner (2004, 34) bevorzugt, um keine negativen Assoziationen hervorzurufen, wie es beim Begriff Schrumpfung der Fall ist, den Ausdruck „smart-decline“. Weitere Vorschläge sind Begriffe wie „Shrink positive“ (Doehler-Behzadi 2005) sowie „intelligentes Schrumpfen“ (Winkler-Kühlken 2005, 71). Dies soll auf eine regionsverträgliche planerisch-strategische räumliche Gestaltung anstelle von einfacher Streichung hindeuten.

Wenngleich in Deutschland die Problemlage teils auf besonders unverblünte und drastische Weise diskutiert wird, ist die Idee bzw. die Erfordernis eines Managements des Rückbaus im Prinzip nicht gänzlich wegzudenken. In Österreich hat die Situation ein geringeres Ausmaß als in Teilen Ostdeutschlands, es finden sich aber auch hier Landesteile, die auf Bevölkerungsverluste mit Rückbaumaßnahmen reagieren (müssen). Zu nennen sind inneralpine alte Industriegebiete, mit dem Musterbeispiel Stadt Eisenerz²². Ein weiteres aktuelles Beispiel ist die von den Medien aufgegriffene Diskussion um die Postschließungen. Ab wann schlussendlich eine Gemeinde bzw. Region auf demographische und ökonomische Veränderungen mit der Strategie des gesteuerten Rückbaus anstelle eines weiter forcierten Wachstums reagieren muss, ist individuell zu entscheiden.

²² Die Bevölkerungszahl der Stadt Eisenerz im steirischen Bezirk Leoben, sank aufgrund von Deindustrialisierungsprozessen von knapp 13.000 EinwohnerInnen um 1950 auf ca. 5.400 EinwohnerInnen (2008). Es wird davon ausgegangen, dass es einen weiteren Schrumpfungsprozess bis unter die 4.000 EinwohnerInnenmarke geben wird. (vgl. Nussmüller et al. 2006, 11; Statistik Austria)

5.1.3 Diskussion um die Ziele der Raumordnung

Das Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen gerät in Anbetracht der demographischen Entwicklungen immer stärker unter Druck, was sich in der Tragfähigkeit der Strukturen zur Daseinsvorsorge niederschlägt. (vgl. Krajasits 2008)

Einige ExpertInnen sehen im Falle einer Bevölkerungsabnahme nicht das oberste Ziel darin die Schrumpfungsprozesse umzukehren, sondern vielmehr darin den negativen Auswirkungen entgegenzuwirken. Vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge, wo die finanziellen Möglichkeiten ohnehin knapp sind, scheint daher anstatt dem Ziel „gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen“ die Zielstellung „Sicherung bzw. Verbesserung der Lebensqualität“ geeigneter (Beyer/Saupe 2007, 186).

Somit steht in der Diskussion zu den Zielen der Raumordnung, das traditionelle Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen dem Ziel der Sicherung von Mindeststandards gegenüber. In der Literatur²³ wird häufig die Frage aufgegriffen, ob das traditionelle Ziel der Raumordnung für einige Regionen noch aktuell und gültig ist. Bis jetzt waren die Instrumente der Raumordnung darauf ausgerichtet einen Ausgleich zwischen wachsenden Verdichtungsräumen und ländlich peripheren Regionen herzustellen, indem vor allem der ländliche Raum gestärkt wurde. Teil der Regionalentwicklung ist es, das Wachstum einer strukturschwachen Region zu fördern. Gerade in Regionen, wo Entwicklungen wie Bevölkerungsrückgang und Alterung der Gesellschaft dominieren und die im großen Gegensatz zu Metropolregionen und verdichteten Agglomerationsräumen stehen, scheint das Ziel der Sicherung von Mindeststandards durchführbarer.

Am Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen festgehalten wird mit dem folgenden Argument. „Gleichwertige Lebensbedingungen kann selbstverständlich nicht bedeuten, dass die naturräumlichen, sozialen und ökonomischen Bedingungen in allen Teilräumen gleich sein müssen. Die Geografie des Staates mit einer unterschiedlichen physischen Umwelt und einer historisch gewachsenen Siedlungsverteilung bedingt zwangsläufig eine räumli-

²³ vgl. u.a. Kujath/Pohle/Schmidt 2007; Kujath/Hübler 2007; Borchard/Mädling/Zimmermann 2005; Beyer/Saupe 2007, 186

che Ungleichheit, die weder zu vermeiden ist noch als nachteilig empfunden wird. Die Forderung nach gleichwertigen Lebensbedingungen ist vielmehr ein Auftrag an die planende und vorsorgende Verwaltung, allen Bevölkerungsgruppen einen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu ermöglichen, ohne den Anspruch zu erheben, dass dabei jemals perfekte Gleichheit herrschen kann“ (ÖROK 2001, 72).

5.1.4 Das Prinzip der dezentralen Konzentration als Leitbild für die Daseinsvorsorge

Ein wichtiges Grundgerüst für die räumliche Organisation der Daseinsvorsorge bildet das Konzept der dezentralen Konzentration bzw. der polyzentrischen Entwicklung. Das Prinzip ist ein Ordnungsinstrument der Raumordnung, wodurch eine Verknüpfung zwischen einer großräumigen Dezentralisierung mit einer kleinräumigen Konzentration erfolgt. Abgeleitet aus dem „Zentrale-Orte-Konzept“²⁴, sind auch im Konzept der dezentralen Konzentration Zentren unterschiedlicher Stufen über Achsen miteinander verbunden. Die kleinräumige Konzentration erzeugt Wachstumsimpulse bei einer gleichzeitigen Schonung der umliegenden Freiräume durch Siedlungskompaktheit anstelle von Zersiedelung. Nach Leser (1997) ist dezentrale Konzentration eine Konzeption in der Raumordnung, „die eine großräumige Verteilung und Agglomerationen anstrebt. Die dezentrale Konzentration soll auf diese Weise Agglomerations- und Wachstumseffekte auch im ländlichen Raum ermöglichen, ohne zu einer Zersiedelung zu führen.“ Im Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2001 fließt das Konzept der Zentralen Orte indirekt über das Prinzip der dezentralen Konzentration ein (vgl. Richter 2003, 148). In einigen Landesentwicklungsprogrammen und Raumordnungskonzepten wird das Konzept als Leitbild angesprochen (Weichhart/Faßmann/Hesina 2005, 148). Die Praxis zeigt, dass die tatsächliche räumliche Entwicklung jedoch vom theoretischen Konzept abweicht, u.a aufgrund privater Bautätigkeiten zwischen den Achsen, entstanden mit dem Wunsch eines frei stehenden Eigenheims im

²⁴ Das Zentrale-Orte-Konzept (vgl. Richter 2003) ist eine Weiterentwicklung der Theorie der Zentralen Orte von Walter Christaller 1933. Letztere ist ein Modell zur „Erklärung der Verteilung städtischer Siedlungen im Raum. Die Grundaussagen sind: eine Siedlung (...) bietet Güter und Dienstleistungen über den eigenen Bedarf aus an. Durch diesen Bedeutungsüberschuss wird sie zum zentralen Ort für ein weiteres Umland. Entsprechend dem Bedeutungsüberschuss und der Größe der Ergänzungsgebiete ergibt sich eine Hierarchie der Zentralen Orte.“ (Leser 1997, S. 137)

Grünen. Trotz einer teilweise suboptimalen Siedlungsentwicklung soll auch weiterhin das Prinzip der dezentralen Konzentration verfolgt werden. Die Vorteile einer Siedlungskom-
paktheit liegen in einem niedrigeren Energieverbrauch, im „Prinzip der kurzen Wege“,
einer erhöhten Fortbewegungsmöglichkeit mittels Fahrrad bzw. zu Fuß, einer Bündelung
der Verkehrswege und Aufreihung von Siedlungen an den Verkehrswegen, einer begünstigten
Entstehung von Wirtschaftsstandorten sowie einer Schonung der Freiräume zwischen
den Achsen bzw. im Umland der Zentren. (vgl. Weichhart/Faßmann/Hesina 2005,
117)

Dezentrale Konzentration wird als Entwicklungsprinzip aller Teilräume des Landesgebiets
gesehen, innerhalb dieser Teilräume soll jedoch eine vorrangige Stärkung besonders geeigneter
Standorte erfolgen (Weichhart/Faßmann/Hesina 2005, 118). Es wird vorgeschlagen,
dass vor allem in ländlichen Regionen auf die Förderung von ausgewählten Zentralen
Orten gesetzt werden soll, da diesen größere Wachstumschancen zugesprochen werden. Im
Sinne der Nachhaltigkeit scheint es sinnvoller an spezifischen Standorten eine fortschreitende
Entwicklung zu unterstützen, „als die Fördermittel wie bisher im Raum versickern zu
lassen“ (Gans/Schmitz-Veltin 2006). Eine Ausweisung von räumlichen Schwerpunkten
bewirkt jedoch eine Reduktion der Versorgungsstrukturen in Ortschaften ohne zentrale
Funktion sowie in Zentralen Orten unterster oder unterer Stufe. Müssen Einrichtungen und
Dienste rückgebaut werden, kann die Zentralität als Entscheidungsgrundlage herangezogen
werden. Demnach wird nach dem Prinzip vorgegangen, dass Einrichtungen in Orten von
niedriger Zentralität vor Einrichtungen in Orten höherer Zentralität rückzubauen sind.
Funktion der Zentralen Orte der höheren Stufe ist es, die Versorgung der Orte niedriger
Stufe zu übernehmen. (vgl. Weichhart/Faßmann/Hesina 2005, V) In peripheren Gebieten
weicht somit ein forciertes Wachstum einer passiven Sanierung. Diese Regionen werden
von den nächstgelegenen Zentren, in denen Einrichtungen der Daseinsvorsorge gebündelt
sind, abhängig, was wiederum für eine Stärkung der Zentren mit höherer Funktion spricht.
(vgl. Gans/Schmitz-Veltin 2006)

Tabelle 15: Entwicklung der Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern nach räumlichen Bezugseinheiten

Art der Dienstleistung	Ortschaften ohne zentrale Funktion und Zentrale Orte der untersten Stufe ²⁵	Zentrale Orte der unteren Stufe ²⁶	Zentrale Orte der mittleren Stufe ²⁷
Lebensmittelversorgung; Drogerie, Tabak/Trafik	Aufgabe von Geschäftsstandorten	→	
Post- und Bankdienste	Schließung	→	
Öffentlicher Verkehr	Keine oder unzureichende ÖV-Bedienung	Keine oder unzureichende ÖV-Bedienung	→
Telekommunikationsdienste	Breitbanderschließung der letzten 15% der Haushalte und Betriebe	→	
Altenbetreuung	Fehlende dezentrale stationäre Alten- und Pflegeheime, wachsende Nachfrage nach ambulanten Diensten	Fehlende dezentrale stationäre Alten- und Pflegeheime, wachsende Nachfrage nach ambulanten Diensten	→
Medizinische Versorgung	Sinkende ÄrztInnenzahl, Apothekenschließungen	Sinkende Zahl an FachärztInnen	→
Kulturelle Infrastruktur	Schließung von Gasthäusern, Verlust an öffentl. Veranstaltung- u. Versammlungsorten, Verlust an Orten der Kommunikation	→	
		Konzentration	Konzentration

Quelle 15: Favry 2006, 77, modifiziert

²⁵ Ortschaften ohne zentrale Funktion werden als physiognomisch eigenständige Siedlungseinheiten beschrieben (Weiler, kleine Dörfer); auf administrativ-statistischer Einheit sind dies Gemeindeteile, Katastralgemeinden oder statistische Zählgebiete (Favry 2006, 33). Zentrale Orte der untersten Stufe sind Dörfer, deren Einzugsbereich nicht über die Siedlung selbst hinaus reicht bzw. Hauptdörfer (Gemeindehauptorte), deren Einzugsbereich auch Dörfer sowie Siedlungen umfasst, die jedoch keine zentrale Funktion besitzen; auf administrativ-statistischer Einheit sind dies Gemeindeteile, Katastralgemeinden, statistische Zählsprengele sowie Gemeinden (Stiglbauer 1974).

²⁶ Zentrale Orte der unteren Stufe haben einen Einzugsbereich, der mehrere Gemeinden umfasst. Dies sind Marktgemeinden und Kleinstädte (Bobek/Fesl 1983).

²⁷ Zentrale Orte der mittleren Stufe haben einen Einzugsbereich, der etwa dem Politischen Bezirk bzw. regionalen Zentren entspricht; auf administrativ-statistischer Einheit sind dies die Hauptorte des Politischen Bezirks (Bobek/Fesl 1983).

Die Ausdünnung der Peripherie bzw. Zentraler Orte der untersten Stufe ist eine gegensätzliche Entwicklung zu der Notwendigkeit nach wohnortnahen und altenfreundlichen Versorgungsstrukturen. In Anbetracht der Alterung der Bevölkerung kann nicht davon ausgegangen werden, Personen mit einem Wohnort abseits der ausgewählten Zentralen Orte seien ausreichend mobil, um zum Konsum von Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs die nächstgelegenen Zentren aufzusuchen. Ist eine flächendeckende Versorgung mit stationären Einrichtungen wirtschaftlich nicht tragbar, müssen zusätzliche Maßnahmen gefunden werden. Einen wesentlichen Beitrag dazu können die sogenannten „neuen Instrumente“ der Raumordnung leisten.

5.2 Neue Instrumente der Raumordnung

5.2.1 Kooperationen nach dem Good Urban und Regional Governance

Ansatz

Die Veränderung der soziodemographischen Gegebenheiten erfordert eine Reform und Anpassung der räumlichen Steuerungs- und Planungsinstrumente (vgl. Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2007, VII). Ein Vergleich der klassischen Instrumente der Raumordnung mit neuen informellen Instrumenten zeigt, die konventionelle Raumordnung war bisher in erster Linie auf die Erstellung eines rechtsverbindlichen Plans ausgerichtet. Zu den Stärken dieses traditionellen Planungsinstrumentes gehören der langfristige Denkansatz, die Funktion als Schnittstelle von staatlicher Gesellschafts- und Strukturpolitik und der Kommunalpolitik sowie die räumliche Koordination raumrelevanter Fachpolitiken in der Region (vgl. Wiechmann 1998, S. 48 f.). Die Defizite der klassischen Raumordnung werden jedoch zunehmend deutlicher. Der Raumordnung wird vor dem Hintergrund einer mehrjährigen Planungszeit der Vorwurf gemacht, angesichts des dynamischen gesellschaftlichen Wandels, zu starr und unflexibel zu sein. (vgl. Kujath/Hübler 2007, 26).

Für die räumliche Planung sind es vor allem informelle Instrumente, die an Bedeutung gewinnen und eine sinnvolle Ergänzung zu formalen Instrumenten bieten (vgl. Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2007, VII). Merkmale dafür sind die Flexibilität, die Umsetzungsorientierung und der kooperative Charakter. Informelle Instrumente wirken

im Gegensatz zu den klassischen Instrumenten weniger über planförmige und textliche Darstellungen. Sie setzen eine interkommunale Zusammenarbeit voraus, was bei der Gestaltung von Entwicklungsprozessen zunehmend wichtig wird (vgl. Danielzyk und Winkel 2003, 132 f.), besonders in Zusammenhang mit Infrastrukturanpassungen in Anbetracht der Alterung der Bevölkerung. Danielzyk und Winkel (2003, 133) betonen „die Raumordnung müsste (...) bestrebt sein, interkommunale Kooperation und sektoral übergreifende Konzepte stärker zu fördern und zu fordern. Als neutraler Initiator und Moderator wäre sie dafür besonders gut geeignet“.

Guggenmos (2004, 259) spricht von einem neuen Paradigma: „Menschen werden gezielt zu milieu- und institutionsübergreifender Zusammenarbeit motiviert“. Gerade unter dem Aspekt eingeschränkter finanzieller Ressourcen von Gemeinden basieren Handlungsansätze auf „weichen“ Strategien in Form einer Bündelung von Kräften. Anstelle einer Konkurrenz von benachbarten Gemeinden um regionale Ressourcen, sollten Wege gefunden werden, interkommunale bzw. regionale Kooperationen aufzubauen. Ein kooperativer Entwicklungsweg kann dazu beitragen eine Effizienzsteigerung in allen Bereichen, wie Verwaltung, ÖPNV, Versorgungs- und Entsorgungsleistungen etc. zu schaffen und eine Ressourcen vergeudende Konkurrenz zwischen benachbarten Gemeinden zu vermeiden (vgl. Sedlacek 2007, 105). Es geht darum Netzwerke zu knüpfen, gegenseitig voneinander zu profitieren, gemeinsame Berührungspunkte festzustellen und Synergieeffekte zu mobilisieren. (vgl. Schröder/Sinning 2007, 137 und 139 sowie Back 2006, 61)

Fallbeispiel Innsbruck Land²⁸: Tendenz einer hohen Bedeutung von Kooperationen für die Gemeinden

Die befragten Gemeinden im Bezirk Innsbruck Land schätzen die Bedeutung von Kooperationen in ihrer Gemeinde gegenwärtig tendenziell als hoch ein. Im Großteil der Gemeinden ist die Bedeutung von Kooperationen in den letzten zehn Jahren gleich geblieben, bzw. hat diese leicht zugenommen. (Ausnahme: eine Gemeinde gibt an, die Bedeutung von Kooperationen habe stark zugenommen, in einer anderen Gemeinde hingegen hat diese schwach abgenommen). Kooperationen werden in den nächsten zehn Jahren für die meisten Gemeinden tendenziell eine hohe Bedeutung haben (Ausnahme: für zwei Gemeinden voraussichtlich nur eine geringe). Kooperationen gibt es primär im sozialen Bereich (Sozialsprengel als Koordinierungsstelle ambulanter Dienste und weiteren Betreuungs- und Beratungsdiensten für mehrere Gemeinden; interkommunale Kooperationen bei Alten-, und Pflegeheimen)

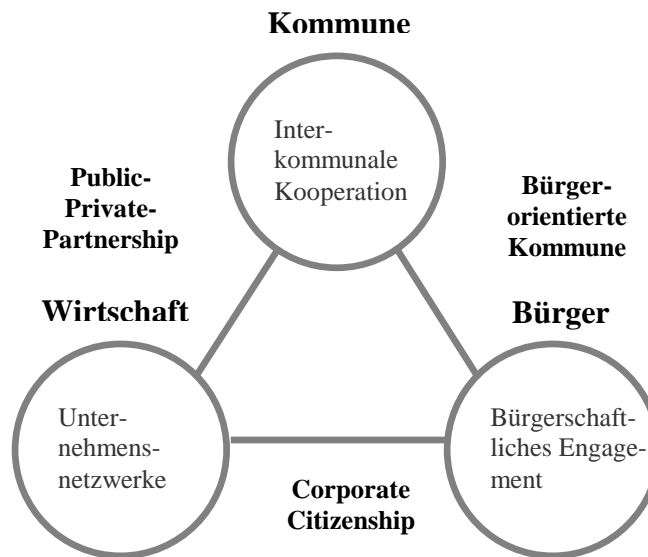
An dieser Stelle muss bemerkt werden, Kooperationen stoßen nicht überall auf Akzeptanz. Am Beispiel einer Kernstadt, an die mehrere Katastralgemeinden angeschlossen sind, kann teilweise große Konkurrenz bestehen. Ehrenamtliche Tätigkeiten geschehen in der eigenen Gemeinde, hören jedoch häufig an der Gemeindegrenze auf, wodurch sich interkommunale Kooperationen als schwierig erweisen. (vgl. Stadtgemeinde Tulln)

Good Urban und Regional Governance Ansatz (Schröder/Sinning 2007, 138 f.)

Ein bedeutendes informelles Instrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge ist Regional Governance. Im Rahmen des Governance-Modells eröffnen sich je nach Akteurskonstellation verschiedene Handlungsfelder der Zusammenarbeit. Mit dem Zusatz „Good“ wird das Modell um die Dimension der Nachhaltigkeit bzw. der Lebensqualität erweitert. Zu diesen Kooperationsformen gehören Unternehmensnetzwerke, Public-private-Partnership, Corporate Citizenship, interkommunale Kooperation, Bürgerorientierung der Kommune und bürgerschaftliches Engagement. Es werden Akteure der Bundes-, Landes- bzw. Gemeindeebene (öffentliche Hand), Wirtschaft (private Hand) und Zivilgesellschaft zusammengeführt.

²⁸ Befragung von GemeindevertreterInnen im Bezirk Innsbruck Land (n=15), Dezember 2008

Abb. 15: „Good Urban und Regional Governance-Modell“



Quelle 15: Bieker et al. 2004, 41

Unternehmensnetzwerke und Public Private Partnerships (vgl. Schröder/Sinning 2007, 143 und 148 f.)

Die Funktionen von Unternehmensnetzwerken sind u.a. die Gestaltung von Übergängen in der Unternehmensnachfolge sowie die Umsetzung von Projekten zur Gewinnung von Lehrlingen und Fachkräften für bestimmte Branchen. Es werden Einblicke in Unternehmen gewährt und die Betriebe einschließlich ihrer Akteure für die Außenwelt zugänglich gemacht. So wird die Möglichkeit zum Knüpfen von Kontakten geboten. Das Ziel von Unternehmensnetzwerken ist es, Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung und Standortsicherung zu setzen. Public Private Partnerships sind geregelte Kooperationen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Kompetenzen sollen durch eine sektorenübergreifende Kooperation gebündelt und somit Synergieeffekte und eine Verringerung der Investitionsausgaben durch ein gegenseitiges Nutzen von z.B. Know-how oder Kapital, erzeugt werden. Es können im Bereich der öffentlichen Infrastruktur (z.B. Schwimmbäder) Einrichtungen durch private Investoren in Form einer Teilprivatisierung gesichert werden. (vgl. Homepage Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) Ein weiteres Beispiel ist die Etablierung einer Partnerschaft zwischen dem Bildungssektor und der Wirtschaft, also Schulen und Betrieben. Mittels Besuchs-, Informations-, und Vortragsprogrammen wird versucht SchülerInnen das Interesse an bestimmten Berufssparten zu we-

cken und gezielt für diesen Berufsweg zu motivieren. Es soll eine Schnittstelle zwischen den Schulen und den Betrieben entstehen. Unternehmensnetzwerke sowie Public Private Partnerships stärken die regionale Wirtschaft, schaffen Perspektiven für Jugendliche in der Region und tragen somit gestaltend zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung bei.

Interkommunale Kooperation (vgl. Schröder/Sinning 2007)

Vor allem in den Bereichen Nahversorgung und soziale Infrastruktur können interkommunale Kooperationen, also Zusammenarbeiten zwischen Gemeinden, viel dazu beitragen, Versorgungsstrukturen zu schaffen bzw. aufrecht zu erhalten. Ebenso ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten im Sozial- bzw. Kulturbereich (z.B. Sozialsprengel Tirol als Koordinationsstelle für ambulante Pflege- und Betreuungsdienste). Mit interkommunalen Kooperationen können notwendige Infrastrukturen für eine ältere Bevölkerung geschaffen werden. Der primäre Vorteil für die Gemeinde liegt in einer Einsparung von finanziellen Ressourcen.

Bürgerorientierte Kommune (Schröder/Sinning 2007, 144)

Die Umsetzung von Strategien zur Anpassung der kommunalen Infrastruktur an die älter werdende Gesellschaft soll im Rahmen des aktuellen Planungsparadigmas mittels bottom-up Ansatz erfolgen. Eine bürgerorientierte Kommune zeichnet sich somit durch die Miteinbeziehung der Perspektiven unterschiedlicher Akteure bei kommunalen Fragestellungen aus. Die Akteure sind die Entscheidungs- und Kostenträger, die konsultierenden ExpertInnen und die Bevölkerung. Im Bereich der Altenplanung meint letztere speziell die ältere Bevölkerung – also jene Gruppe, an die sich altenorientierte Gestaltungstätigkeiten richten. Durch die Möglichkeit zur Beteiligung aller Akteure wird Akzeptanz für das Vorhaben geschaffen. Selle (1996, 252) betont bereits schon vor über zehn Jahren „statt Regulation – Moderation, statt Planung vom Schreibtisch aus – Handeln vor Ort, statt Planung für – Kooperation mit, (...)“. Die Bevölkerung gilt nicht mehr nur als KundInnen, wie dies in einer Dienstleistungskommune der Fall war, sondern als aktive MitgestalterInnen und KoproduzentInnen kommunalpolitischer Lösungen (vgl. Roth 2002). Zum Beispiel wird in der Gemeinde Absam (Bezirk Innsbruck Land) die ältere Bevölkerungsgruppe bei der Planung und Umsetzung von für sie relevanten Projekten über das Seniorenheim miteinbezogen (Gemeinde Absam).

Bürgerschaftliches Engagements (Schröder/Sinning 2007, 146)

Freiwillige Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement sind wesentliche Ressourcen für die Gemeinde. Die Bedeutung des Humankapitals wächst vor allem im Kontext des demographischen Wandels und einem eingeschränkten Finanzkapital (vgl. Tagung Land ohne Leute 2008). Eine wesentliche Handlungsoption ist es daher, die BürgerInnen zu motivieren, um für ihre Gemeinde und somit letzten Endes für sich selber aktiv zu werden. Ressourcenorientiertheit wird anstelle von Defizitorientiertheit forciert. Wesentliche Einsatzbereiche sind in erster Linie die Nahversorgung, in von einer Ausdünnung der Versorgungsstruktur betroffenen Regionen sowie der soziale Bereich, in welchem die Gemeinden noch verstärkt auf ehrenamtliches Potenzial angewiesen sein werden. (vgl. Schwitzer 2007, 57)

Bürgerschaftliches Engagement findet häufig in Vereinsstrukturen statt. Es entsteht eine Art „lokale Öffentlichkeit“ mit der Option sich in der Freizeit zu organisieren und zu engagieren. Vereine verkörpern das gemeinschaftliche Interesse der BürgerInnen, schaffen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der regionalen Identität. Bei einer guten Vernetzung von Stadt-, bzw. Gemeindeverwaltung und Vereinen können trotz finanziell beschränkter Möglichkeiten Mittel zu Verfügung gestellt werden (z.B. Räumlichkeiten, Hilfe bei Beantragung von Fördermitteln). (vgl. Dehne/Hannemann 2007, 177 f.)

Auf horizontaler räumlicher Ebene betrachtet, findet sich ein großes ehrenamtliches Potenzial stärker in ländlichen und weniger in urbanen Gebieten. Vertikal gesehen siedeln sich ehrenamtliche Tätigkeiten meist nur lokal an, d.h. die Bereitschaft zum Ehrenamt hört oft erfahrungsgemäß schon an den Gemeindegrenzen auf (vgl. Stadtgemeinde Tulln). Mehr soziale Nähe, eine hohe Bereitschaft zur Nachbarschaftshilfe, kaum Anonymität zeichnen ländliche Gemeinden aus.

Fallbeispiel Innsbruck Land²⁹: Tendenz einer hohen Beteiligung am Ehrenamt sowie einer hohen Vereinszugehörigkeit

Der Großteil der befragten Gemeinden schätzt die Beteiligung am Ehrenamt zur Zeit als hoch bzw. sehr hoch ein (Ausnahme ist eine Gemeinde, die deren gegenwärtiges ehrenamtliches Potenzial als gering einstuft; sehr geringe ehrenamtliche Tätigkeiten finden sich in keiner der befragten Gemeinden). In den letzten zehn Jahren ist die Zahl an ehrenamtlichen Tätigkeiten im Großteil der Gemeinden in etwa gleich geblieben bzw. hat schwach zugenommen (Ausnahmen: zwei Gemeinden schätzen die Zunahme als sehr stark ein, hingegen sehen zwei Gemeinden eine schwache bzw. starke Abnahme). In Zukunft, d.h. in den nächsten zehn Jahren, wird die Zahl an ehrenamtlichen Tätigkeiten laut der Befragten in den Gemeinden immer noch als hoch bzw. sehr hoch eingeschätzt (Ausnahmen: zwei Gemeinden geben eine geringe zukünftige ehrenamtliche Tätigkeit an, eine Gemeinde eine sehr geringe).

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei der Frage nach der Zugehörigkeit zu Vereinen in der Gemeinde. Die heutige Zugehörigkeit zu Vereinen wird von allen Gemeinden als hoch bzw. sehr hoch eingestuft, wobei diese in den letzten zehn Jahren beim Großteil der Gemeinden gleich geblieben ist bzw. bei drei Gemeinden zugenommen hat (Ausnahmen: zwei Gemeinden sehen eine schwache Abnahme). Ebenso wird die zukünftige Zugehörigkeit zu Vereinen als hoch eingestuft, bei drei Gemeinden sogar als sehr hoch (Ausnahmen: eine geringe Abnahme wird von zwei Gemeinden erwartet). Laut der befragten Gemeinden setzt sich eine immer schon recht hohe Vereinszugehörigkeit und Bereitschaft zum Ehrenamt auch in Zukunft fort.

Blaumeiser et al. (2002, 48) sprechen hingegen von einer Veränderung des gesellschaftlichen Lebens. Viele, vor allem hochspezifische und spezialisierte Aktivitäten, werden außerhalb des Vereinswesens stattfinden, was sich negativ und spürbar auf die Vereinsmitgliederzahlen auswirken wird. Ebenso sagt Gehmacher (2008) einen „Schwund von Sozialkapital“ voraus³⁰. Der Trend geht dahin, dass das Gemeinschaftsleben in allen Bereichen

²⁹ Befragung von Gemeindevertretern im Bezirk Innsbruck Land (n=15), Dezember 2008

³⁰ Dies ist Ergebnis einer Befragung von GemeindevertreterInnen in Salzburg im Oktober 2008 (n =32)

zurückgeht. Vor allem Stadtgemeinden werden den höchsten Verlust an Sozialkapital aufweisen, jedoch werden auch Landgemeinden merklich davon betroffen sein.

Tabelle 16: Verschlechterung von Sozialkapital (in %)

	Stadtgemeinde (N=11)	Umlandgemeinde (N=6)	Fremdenverkehrs- gemeinde (N=4)	Bäuerliche Ge- meinde (N=11)
In Vereinen	64	67	25	18
Zu Ehrenamt	91	67	75	54
Kulturelles Ge- meindeleben	36	50	0	27
Politisches Ge- meindeleben	73	50	50	44

Quelle 16: Gehmacher (2008)

Auch wenn das Sozialkapital sinkt, sieht Gehmacher (2008) dennoch eine große Chance, da das zu erreichende Potenzial bei den Erwachsenen bei ca. drei Viertel liegt. Benötigt werden daher Maßnahmen, um die Bevölkerung zum Ehrenamt zu aktivieren.

Mögliche Maßnahmen können sein:

- **Information:** Häufig ist die Bereitschaft zum Ehrenamt vorhanden, was fehlt ist jedoch ausreichend Information darüber (vgl. Schwitzer 2007, 57). Es muss geklärt werden, was im ehrenamtlichen Bereich möglich ist, es sollten potentielle Einsatzbereiche anhand von Beispielen aufgezeigt und Kontakte vermittelt werden.
- **Erlangen von Bewusstsein über die Motive des Ehrenamts:** Mit dem Bewusstsein über die Motive, welche Personen zum Ehrenamt bewegen (z.B. Suche nach Anerkennung), können gezielt Anreize gesetzt werden, u.a.
- **Ehrungen:** Sozialkapital lässt sich durch Ehrungen und Wertschätzung herstellen (vgl. Gemeinde Elixhausen).
- **Identifikation von Promotoren:** Dies sind Schlüsselpersonen in der Gemeinde, die in weiterer Folge Schneeballeffekte auslösen können.

Motive für Ehrenamt

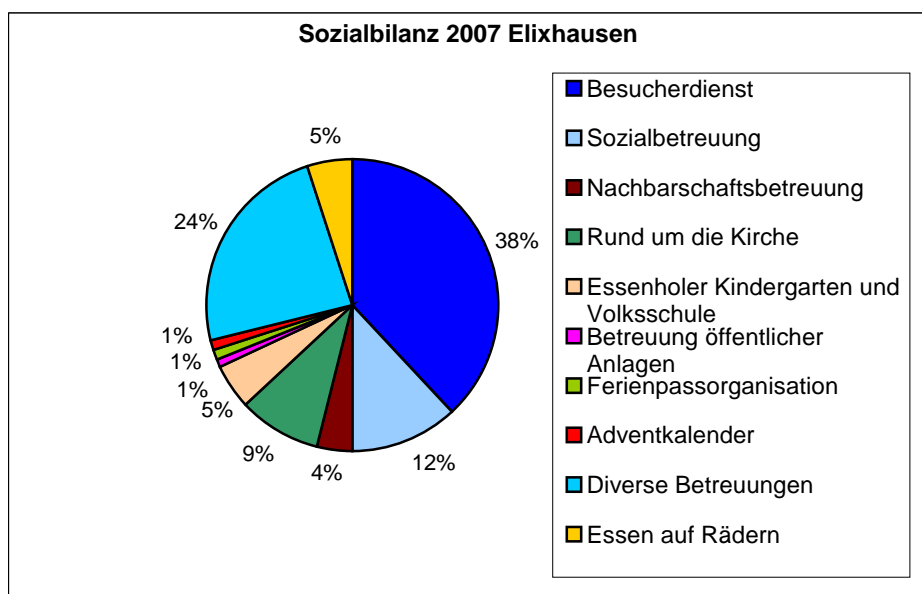
Blaumeiser et al. (2002, 86) nennen unterschiedliche Motive für Engagement. Von Bedeutung sind Motive, „die im weiteren Sinn „ökonomisch“ zu nennen sind, nämlich Engagement als eine kluge Art der Verfolgung von Eigeninteressen“ (Blaumeiser et al. 2002, 86). Oftmals sind es das Streben nach sozialer Anerkennung und dadurch verbesserte gesell-

schaftliche Chancen mit Erwartungen von Gegenleistungen, die den Anstoß zum Engagement liefern. Hinzu kommen psychologische Motive, wie zum Beispiel die Tatsache, dass Engagement Sinn und Befriedigung vermittelt sowie „glücklich macht“ (vgl. Gehmacher 2008). Zusätzlich stärkt Engagement die Zugehörigkeit und Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft und umgekehrt drückt sich Zugehörigkeit im Engagement aus, vor allem für Alleinstehende.

Ehrung und Wertschätzung

Ein vorbildliches Beispiel für das Schaffen von Anreizen zur Beteiligung am Ehrenamt ist das „Sozialzeitkonto“ der Salzburger Gemeinde Elixhausen. Das Sozialzeitkonto ist ein Instrument zur Dokumentation der eigenen sozialen und ehrenamtlichen Arbeit in der Gemeinde. Freiwillige Arbeit wird auf diesem Wege sichtbar gemacht, anerkannt, ausgezeichnet und aufgewertet. Regelmäßige freiwillige Hilfsdienste werden dem Sozialzeitkonto gutgeschrieben und mit Gutscheinen, die bei örtlichen Unternehmen eingelöst werden können, sowie mit Vergünstigungen bei Angeboten der mobilen Pflege und Hilfsdiensten belohnt. Mögliche ehrenamtliche Tätigkeiten sind die Mithilfe bei Essen auf Rädern, Besuchsdienste, Medikamentenzustelldienst, Mithilfe bei Schneeräumung, Pflege der öffentlichen Grünflächen etc. Eingeführt wurde das Sozialzeitkonto in der Gemeinde Elixhausen im Februar 2007. Ein Jahr später zeigte die erste Bilanz die gute Annahme des Projektes durch die Bevölkerung. Es konnten sich u.a. 30 Freiwillige finden, die abwechselnd am Wochenende für den Hilfsdienst Elixhausen das Mittagessen vom Seniorenheim abholen und Personen nach Hause liefern. Durch das Projekt konnte eine deutliche Steigerung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit festgestellt werden. (vgl. Gemeinde Elixhausen)

Abb. 16: Sozialbilanz 2007 Elixhausen: Ehrenamtliche Tätigkeiten in Prozent



Quelle 16: Gemeinde Elixhausen; eigene Darstellung

Promotoren

Weiters unterstützend für ehrenamtliches Engagement, ist das Vorhandensein einer aktivierenden Leitperson, eines sogenannten Promotors, in der Gemeinde. Solche Schlüsselpersonen verfügen i.d.R. über einen hohen Stellenwert und Ansehen in der Gemeinde. Sie haben die notwendige Erfahrung und das Wissen im jeweiligen Tätigkeitsbereich und eine hohe Bereitschaft an ehrenamtlichem Engagement. Gibt es eine solche Persönlichkeit in der Gemeinde, können leicht Schneeballeffekte erzeugt werden und dadurch weitere informelle HelferInnen gefunden werden.

Corporate Citizenship (Schröder/Sinning 2007, 150)

Ehrenamtliche Tätigkeiten im Unternehmensbereich werden als Corporate Citizenship bezeichnet. Es geht um eine freiwillige materielle und/oder auch zeitlich-personelle Unterstützung von Unternehmen (Corporate Volunteering) für gemeinwohlorientierte Aufgaben.

5.2.2 Mehrebenensteuerung

Müller (2003) spricht vom Ansatz der Mehrebenensteuerung. Dieser setzt sich zusammen aus, selbst von der lokalen Ebene organisierten Tätigkeiten (also „bottom-up“ bzw. „von unten“) und zusätzlich geschaffenen Rahmenbedingungen (also „top-down“ bzw. „von oben“) zur Steuerung von Kooperationsformen. Letztere können sein (vgl. Favry 2006, 17 und 117):

- **Förderinstrumente:** diese können auf gemeindeübergreifende Vorhaben ausgerichtet werden, z.B. Agrar- und Strukturfonds der aktuellen Strukturfondsperiode 2007-2013, Dorf- und Stadterneuerung sowie die Nahversorgungsförderung³¹
- **Ordnungsinstrumente der Raumordnung:** zum Beispiel die Einkaufszentrenverordnung und die Flächenwidmungspflicht für Supermärkte ab 300m²
- **Entwicklungsinstrumente der Raumordnung:** zum Beispiel die Institutionalisierung in Form eines Regionalmanagements sowie Strategien der Dorferneuerung³²
- **Organisatorische Instrumente:** zum Beispiel sektorale Zweckverbände (Abwasser-, Sozialverbände), Regionalverbände, Gemeindeverbände, Leader-Regionen
- **Beratungsleistung**

Ordnungspolitische Instrumente zur Sicherung der Nahversorgung

Es gibt einen indirekten Auftrag zur Sicherung der Nahversorgung in der Gewerbeordnung, in den Raumordnungsgesetzen und in Form von Förderungsmaßnahmen für kleine Nahversorgungsgeschäfte. Es gibt aber keinen gesellschaftlichen Auftrag an die öffentliche Hand selbst, als Akteur bei der Leistungserbringung aufzutreten. Im Bereich der Lebensmittelversorgung kann die Raumordnung durch ordnungspolitische Maßnahmen eingreifen. Dies beinhaltet u.a. eine Novelle der Gewerbeordnung [BGBl 88/2000], die festlegt, dass keine Handelsbetriebe von mehr als 800m² Gesamtverkaufsfläche, welche überwie-

³¹ Die Tiroler Nahversorgungsförderung ist eine Unterstützung kleinster Nahversorgungsunternehmen, mit dem Ziel der nachhaltigen Verbesserung der Nahversorgungssituation. Zielgruppe sind Kleinstunternehmen des Lebensmittelhandels mit einem Grundsortiment sowie Bäcker und Fleischer. Grundvoraussetzung für die Gewährung einer Förderung ist eine ernsthafte Gefährdung der Nahversorgung in der Standortgemeinde bzw. in einem Ortsteil. (vgl. Tiroler Nahversorgungsförderung)

³² Das Förderungsprogramm zur Dorferneuerung des Landes Tirol und der EU soll die Gemeinden in ihrer künftigen Entwicklung unterstützen und den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit als Gegenpol zu den städtischen Agglomerationszentren stärken. Ziele sind die Erhaltung der dörflichen Strukturen, die Pflege der Kulturlandschaft, die Belebung der Dorfgemeinschaft, die Stärkung der Wirtschaft und Infrastruktur sowie die Sicherung der Arbeitsplätze im Dorf. (vgl. Homepage Land Tirol)

gend dem Handel mit Konsumgütern des kurzfristigen und täglichen Bedarfs dienen, außerhalb von Ortskernen errichtet werden dürfen, wenn sie die Nahversorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich gefährden. Dies bezieht sich auf die in der Peripherie der regionalen Zentren errichteten Einkaufszentren, die Verursacher der Existenzprobleme des innerörtlichen Einzelhandels und im Speziellen der kleinen Nahversorger sind. Mit dieser Novelle steht den Ländern ein Instrumentarium zur Steuerung der Errichtung großer Einkaufszentren zur Verfügung. Da jedoch in der Novelle Supermärkte in der Größenordnung von 300 bis 800m² nicht eingeschlossen sind, werden auch in Zukunft in den Ortschaften Lebensmittelketten die Versorgung übernehmen, zu Ungunsten kleiner Lebensmitteleinzelhändler. Erweiterte Maßnahmen können laut Favry (2006, 119) eine Einführung einer Widmungspflicht für Supermärkte ab 300m² Verkaufsfläche sein, um Standorte auf gemischtem Baugebiet am Siedlungsrand oder außerhalb von Siedlungen verhindern zu können. In Tirol und Oberösterreich hat sich eine solche Maßnahme bereits bewährt. Weiters müsste es mit ProjektwerberInnen Abkommen über eine Sicherung bzw. Verbesserung der Versorgung geben, z.B. eine Vereinbarung über mobile Zustellangebote oder über die Errichtung einer Postservicestelle in neuen Supermärkten. Diese Instrumente werden für Gemeinden als auch die Länder interessant, jedoch nur dann, wenn dies flächendeckend geschehen kann, da es ansonsten höchstens zu einer Standortverlagerung kommt. (vgl. Favry 2006, 119f.)

Entwicklungspolitische Instrumente zur Sicherung der Nahversorgung

Entwicklungspolitische Maßnahmen der Raumordnung zur Sicherung der Nahversorgung sind u.a. eine direkte Förderung der Nahversorgungsgeschäfte und eine weitere Liberalisierung der Gewerbeordnung zu flexibleren Betriebsöffnungszeiten. Weitere Instrumente sind sämtliche Maßnahmen zur Ortskernbelebung durch gezieltes Stadtmarketing, z.B. ein gezieltes Leerflächenmanagement bei Geschäftslokalen durch den Aufbau eines Leerflächeninformationssystems sowie einer Förderung baulicher und funktioneller Revitalisierungsmaßnahmen. (vgl. Favry 2006, 119f.)

Entwicklungsberatung (vgl. Danielzyk und Winkel 2003, 133)

Entwicklungsberatung wird als wichtiges Instrument bei der Organisation und der Professionalisierung von vernetzten Aktivitäten gesehen. Die Entwicklungsberatung bedient sich weicher, informeller Instrumente. Zu den Aufgabenbereichen zählen die Unterstützung bei der Projektplanung sowie der Organisationsentwicklung und die Informationsvermittlung

bei Fragen zur finanziellen und rechtlichen Abwicklung bzw. zu betriebswirtschaftlichen Fragen. Ein Monitoring von Entwicklungsprozessen soll Kontrollfunktion ausüben, um so rechtzeitig auf eine sich verändernde Entwicklung reagieren zu können und im Bedarfsfall weitere Unterstützung anbieten zu können. Dies geschieht in Form von regelmäßiger Sammlung, Aufbereitung und Publikation erforderlicher Daten und Informationen der bestehenden Angebote und des Bedarfs auf lokaler Ebene (vgl. Blaumeiser et al. 2002, 43). Zur Optimierung könnte eine Art Wissensmanagement aufgebaut werden mit einer Sammlung und Aufbereitung von Best-Practice-Beispielen, z.B. mit Projekten zur Sicherung der Nahversorgung oder zur Altenplanung. Über diese mögliche Kontaktdrehscheibe kann ein Wissens- und Erfahrungsaustausch erfolgen. Ist dies gegeben, „kann die regionale Ebene wirkungsvoller als die kommunale, die Landes- oder Bundesebene in der Lage sein, langfristig tragfähige Versorgungskonzepte zu entwickeln“ (Back 2006, 61).

Integriertes Entwicklungskonzept

Für eine Optimierung von Vernetzungsstrukturen ist die Ausarbeitung eines integrierten Entwicklungskonzepts sinnvoll. Dies geschieht ebenso in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren, indem diese „an einen Tisch“ gebracht werden. Im Rahmen einer moderierten Diskussion werden mögliche zukünftige Szenarien skizziert, deren Auswirkungen auf die Gemeinde bewusst gemacht und darauf aufbauend Ziele und Maßnahmen operationalisiert, d.h. umsetzungsorientiert und konkret formuliert. (vgl. Müller/Wiechmann 2003, 121f.)

Regionalmanagements als Trägerinstitution

Mit der Zunahme interkommunaler Kooperationen steigt die Bedeutung der regionalen Ebene. Die genannten Aufgabenfelder in Verbindung mit interkommunalen Gemeindegemeinschaften könnten verstärkt von Regionalmanagements übernommen werden. Regionalmanagements definieren sich über Projekte und nicht über die Zugehörigkeit zu einem Raum oder einer Gebietskörperschaft, für die geplant wird, wie im Falle der Raumordnung (vgl. Kujath/Hübler 2007, 25 f. und Tagung Land ohne Leute 2008). Auch wenn dies Vorteile für die gesamte Region bringen würde, stößt sich die Vorstellung einer zu starken regionalen Ebene häufig an dem Autonomieanspruch der Gemeinden (vgl. Kocks 2007, 30).

5.3 Anpassungsstrategien aus der Praxis

5.3.1 Individuelle Maßnahmen anstelle von Patentrezepten

Wie bereits beschrieben, wirken demographische Trends auf kleinräumiger Maßstabsebene in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität, wodurch die einzelnen Regionen und Gemeinden mit verschiedenen Konsequenzen und somit individuellen Herausforderungen konfrontiert werden. Zu beachten ist, dass es aufgrund der divergenten Ausgangssituationen in den Teilräumen Österreichs keine Standardlösungen für eine räumliche Anpassung an die Alterung der Gesellschaft gibt. Aufgrund der lokalen und regionalen Besonderheiten müssen die Handlungsansätze daher auf kleinräumiger Maßstabsebene angesetzt werden. „Die Kommune ist die lokale Ebene der Erfahrbarkeit von Politik, und sie ist der lebensweltliche Handlungsraum der Zeit“Genossen“, die sich hier selbst verwalten (...)“ (Blau-meiser et al. 2002, 45). Das Aufzeigen von österreichischen Good-Practice-Beispielen mit Ergänzungen aus der Literatur, soll zeigen, welche Maßnahmen zur Anpassung der kommunalen Infrastruktur an die Alterung der Bevölkerung möglich sind.

Den Handlungsstrategien liegen die folgenden Thesen zu Grunde:

- Das informelle Pflege- und Betreuungsnetzwerk (in der Familie) nimmt aufgrund veränderter Familienstrukturen ab; auch in ländlichen Regionen.
- Bei den Überlegungen bezüglich Maßnahmen wird von beschränkten finanziellen Ressourcen der Gemeinden ausgegangen. Die Auswahl der Maßnahme beruht im Endeffekt auf dem finanziellen Handlungsspielraum einer Gemeinde, wobei sich eine sinkende Bevölkerungszahl besonders negativ auf das finanzielle Potenzial auswirkt. Daher muss ein Konsens gefunden werden zwischen der angestrebten Qualität und dem einsetzbaren Ressourcenverbrauch.
- Es besteht grundsätzlich das Bedürfnis, so lange wie möglich ein eigenständiges Leben führen zu können, ohne auf stationäre Pflege- und Betreuungseinrichtungen angewiesen zu sein. Maßnahmen müssen daher schon im Vorfeld im Sinne der Prävention ansetzen. Ein Mehr an Infrastruktur bedeutet ein Mehr an Lebensqualität, vor allem für eine ältere Bevölkerung (vgl. Gemeinde Bruck a.d. Mur).

5.3.2 Handlungsfeld Nahversorgung

Die Sicherung der Grundversorgung mit Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität einer älteren Bevölkerung (vgl. Kapitel 3.3).

Mobilisierung von Dienstleistungen und Gütern

Bei einer unzureichenden Versorgungsinfrastruktur, schwierigen Erreichbarkeiten und einer in ihrer Mobilität eingeschränkten Bevölkerung, kann mit dem Konzept gearbeitet werden, „nicht der Kunde ist mobil, sondern der Versorger“. Mobile Leistungen sind „vor allem Leistungen, die nicht am Verbraucherort produziert (...) zu den NutzerInnen kommen“ (Favry 2006, 31). Mobile Dienste ersetzen stationäre Einrichtungen, wenn diese nicht mehr finanzierbar sind bzw. ergänzen das bestehende stationäre Versorgungsangebot. Die Anwendungsbereiche sind weit gefächert. Mobile Konzepte können in verschiedenen Versorgungsbereichen zum Einsatz kommen: Lebensmittelversorgung, medizinische Versorgung (Hausbesuche von ÄrztInnen), kulturelle Angebote (Wandertheater, mobile Bücherei), diverse Dienstleistungen (mobiler Friseur), rollendes Rathaus etc. Ein mobiler Versorger bedient zu fixen Zeiten ausgewählte Standorte in seinem Einzugsgebiet. Zielgruppe ist eine nicht-automobile Bevölkerung, also meist ältere Personen. Ein Nachteil ist, dass diese Form des Handelns nur ein Teilsortiment anbieten kann. Was ebenso nicht ersetzt werden kann, ist die Funktion eines stationären Versorgers (z.B. eines „Greislers“) als Kommunikationsort für die Bevölkerung. Mit dem Abbau der Versorgungsinfrastruktur, gehen soziale Komponenten einer Ortschaft verloren. (vgl. Gans/Schmitz-Veltin 2006, 122) Weiters kann ein solcher mobiler Dienst einen potentiellen Kundenkreis nicht bedienen, z.B. Berufstätige, da diese meist zu den Versorgungszeiten nicht vor Ort sind, bzw. ihre Einkäufe häufig am Arbeitsort erledigen. Das führt zu einem klein bleibenden Kundenkreis und somit auch schnell wieder zu neuen Rentabilitätsüberlegungen. Die Akzeptanz solcher mobilen Dienste seitens der Bevölkerung ist in der Regel nicht sehr hoch, da diese meist nur als „zweite Wahl“ gewertet werden. (vgl. Fischer 2005, 176 ff.; sowie auch Gatzweiler und Kocks 2004; Monheim 2005, 64; Gemeinde Tulfes)

Temporäre Händler

Temporäre Händler sind z.B. Wochenmärkte, in Form von Bauernmärkten, die in regelmäßigen Abständen stattfinden. Bevorzugt am Wochenende, können diese eine relativ große

Zielgruppe erreichen, da sich die erwerbstätige Bevölkerung unter der Woche tagsüber nicht im Ort aufhält. Die Vorteile liegen darin, dass zumindest temporär eine lokale Lebensmittelversorgung angeboten wird, zudem mit „frischen Produkten aus der Region“. Ein solcher Markt leistet einen wichtigen sozialen Beitrag zum Gemeindeleben. Eine zusätzliche Möglichkeit ist die Koppelung mit Veranstaltungen, wie z.B. Frühschoppen. Durch einen Markt an Sonntagen können Schließungszeiten der Supermärkte zu Gunsten der temporären Märkte genützt werden. Die Nachteile liegen darin, dass der Markt der Bevölkerung zeitlich stark begrenzt zur Verfügung steht und die Angebotsvielfalt sehr reduziert und auch saisonal abhängig ist. (vgl. Gemeinde St. Lorenzen im Mürztal)

Landwirtschaftliche Direktvermarktung

Neben den soeben angesprochenen Bauernmärkten als temporäre Händler, ist die Form eines Ab-Hof-Verkaufs in ländlichen Gemeinden ein positiver Beitrag zur örtlichen Lebensmittelversorgung. Diese Option ist mit ähnlichen Vor- und Nachteilen wie bei temporären Händlern verbunden. Die Stärken liegen in der Qualität der Produkte. Defizite liegen erneut im nicht ausreichenden Sortiment. In kleineren Gemeinden, wenn die Nachfrage nicht zu groß ist, kann eine Lebensmittelversorgung auch in Form von Hauszustellungen durch bäuerliche Direktvermarkter erfolgen.

Hauszustellung durch professionelle Anbieter

Eine wachsende Zahl älterer Menschen lässt das Interesse an Hauszustellungen deutlich steigen. Ein Nachteil ist jedoch, der mit einer Lieferung verbundene Kostenzuschlag. Somit ist diese Form nur für finanzkräftige SeniorInnen relevant.

Haushaltzustellung durch ortsansässige Nahversorger

Eine kostengünstigere Alternative zur Hauszustellung durch professionelle Anbieter ist eine Zustellung durch ortsansässige Nahversorger, wie z.B. „Greisler“. Diese Form der Versorgung funktioniert überall dort, wo sich die StammkundInnen und das Verkaufspersonal gut kennen, also gewachsene Strukturen bestehen. Die Nachfragezahl sollte außerdem nicht allzu groß sein. (vgl. Fischer 2005, 177)

Multifunktionale Nahversorger

Zur Aufrechterhaltung der Nahversorgung ist eine sektorale Koordination wesentlich. Bei einer drohenden Ausdünnung der lokalen Infrastruktur werden häufig verschiedene Ver-

sorgungsbereiche gekoppelt und „unter ein Dach gebracht“. Es können dadurch Synergieeffekte geschaffen und so Dienste der Daseinsvorsorge auch weiterhin kleinräumig und dezentral angeboten werden. Gerade in Hinblick auf eine zunehmende Zahl an Postschließungen, wird die Alternative einer Poststelle gekoppelt mit weiteren Versorgungseinrichtungen zunehmend diskutiert³³. In der Gemeinde Trins (Bezirk Innsbruck Land) wurde aufgrund einer Postschließung der lokale Nahversorger mit einer Poststelle verknüpft, wodurch ein Weiterbetrieb der Postgeschäfte, jedoch ohne Bankangelegenheiten, in der Gemeinde vorerst gesichert werden konnte. Der Nahversorger bekommt für seine postbezogene Tätigkeit eine Entschädigung der Post. Weitere Gemeinden, denen bereits eine Postschließung angedroht wurde, überlegen ein vergleichbares Konzept. Im Beispiel der Gemeinde Rum (Bezirk Innsbruck Land) wird eine Verknüpfung einer Poststelle mit einem örtlichen Gasthaus angedacht.

Tabelle 17: Mögliche Synergiepotenziale bei Dienstleistungen der Daseinsvorsorge

	Lebensmittel	Post	Kinder-garten	Senioren-heim	Schule	Wirtshaus, Cafe	Kultur, Freizeit
Lebensmittel							
Post							
Kinder-garten							
Senioren-heim							
Schule							
Wirtshaus, Cafe							
Kultur, Freizeit							

Quelle 17: vgl. Favry 2006, 118; eigene Darstellung

³³ Postdienste werden im Postgesetz und in der Post-Universaldienstverordnung des Bundesministeriums für Verkehr, Information und Technologie (BMVIT) geregelt. Diese beinhalten Versorgungsziel, -standards und Instrumente, jedoch keine quantitativen Richtlinien für die Zahl der Postämter bzw. der Postämitterservicestellen. Die Zahl der Poststandorte könnten somit nur durch eine Änderung des Postgesetzes bzw. der Universaldienstverordnung verbindlich festgelegt werden bzw. könnte eine Vereinbarung abgeschlossen werden, als Ersatz für ein geschlossenes Postamt, automatisch Postservicestellen einzurichten. (vgl. Favry 2006, 120)

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Infrastruktur

Um lokale innerörtliche Nahversorger aufrecht erhalten zu können, muss eine ausreichende Auslastung gegeben sein. Eine Schließung eines Lebensmittelgeschäfts, resultiert oft daraus, dass die automobilen Bevölkerung ihre Einkäufe nicht beim innerörtlichen Einzelhändler erledigt, sondern in den nächsten größeren Zentren, Einkaufszentren am Siedlungsrand bzw. im Falle der erwerbstätigen Bevölkerung, am Arbeitsort. Wenn dieser Kundenkreis wegfällt, verbleibt die immobile, meist ältere Bevölkerung, deren alleinige Kaufkraft für den örtlichen Versorger nicht ausreicht. Werden jedoch Produkte und Dienste vor Ort erworben, unterstützt das die örtlichen Versorgungsstrukturen und sichert deren Bestehen. Somit werden Strategien erforderlich, die auf eine Änderung im Einkaufsverhalten abzielen. Von mehreren Gemeinden im Bezirk Innsbruck Land gibt es Bestrebungen, die bestehenden Infrastrukturen zu unterstützen, um sie so vor etwaigen Schließungen zu bewahren. Zum Beispiel wird in der Gemeinde Polling der örtliche Lebensmittelversorger von der Gemeinde und den Vereinen unterstützt. Die Unterstützung durch die Gemeinde erfolgt einerseits mittels finanzieller Wirtschaftsförderung in Zusammenhang mit der Landesförderung Tirol. Andererseits werden von der Gemeinde Einkäufe im örtlichen Lebensmittelgeschäft getätigt (Reinigungsmittel für den Kleinbedarf, Einkäufe für Veranstaltungen der Gemeinde, Geschenke für Geburtstagsjubiläen und Ehrungen von GemeindebewohnerInnen). Diese Handlungen werden als beispielgebend für die privaten Haushalte gesehen. (vgl. Gemeinde Polling) Weitere mögliche Maßnahmen sind die Vergabe von Gutscheinen an die Bevölkerung oder das Schaffen von Anreizen in Form spezieller Produktangebote. Ebenso unterstützt die Gemeinde Pfaffenhofen tatkräftig die (noch) bestehende Arztordination, damit diese ihren Standort beibehält. Die bestehende Ordination ist zugleich Sprengelarzt von fünf Gemeinden. All diese Gemeinden fördern die Ordination Pfaffenhofen, in Form eines jährlichen Betriebskostenzuschusses. (vgl. Gemeinde Pfaffenhofen)

5.3.3 Handlungsfeld Wohnen

Abseits der klassischen und bereits weit verbreiteten Senioren- und Pflegeheime, gewinnen alternative Wohnformen zunehmend an Popularität. Diese werden häufig als Übergang gesehen, zwischen einem absolut selbständigen Wohnen zu Hause und einem Umzug in ein Pflegeheim. Die Nachfrage und der (zukünftige) Bedarf nach „modernen“ Wohnformen steigen in Anbetracht der Entwicklung der Altersstruktur deutlich an.

Wohnraumanpassung

Unter Wohnraumanpassung werden Umbaumaßnahmen im privaten Wohnbereich verstanden, um so hemmende Barrieren im Alltag zu beseitigen bzw. überwindbar zu machen. Dies sind häufig Stufen, deren Benützung sich mit korrekt angebrachten Handläufen bzw. in weiterer Form mit einem Treppenlift wesentlich erleichtert. Weitere Anpassungsmaßnahmen sind die niedrige Anbringung von Fenstergriffen, die Beseitigung von Schwellen, etc. Natürlich sind bauliche Veränderungen (vor allem im privaten Wohnraum) kostspielig, werden jedoch finanziell unterstützt. Gefördert werden Umbauten im Sinne der Barrierefreiheit abhängig vom Stand der Berufstätigkeit vom Bundessozialamt bzw. vom Land. Die Erfahrung zeigt (Leitinger), am Land ist eine (finanzielle) Unterstützung (durch die Gemeinde) schwieriger als in der Stadt, da oft das nötige Verständnis gegenüber der Thematik fehlt. Die Errichtung eines klassischen Altenheimes ist für die Gemeinde günstiger als die finanzielle Unterstützung privater Umbauten. Leitinger kritisiert in diesem Zusammenhang die Fokussierung auf Wirtschaftlichkeitsfragen, anstelle einer angestrebten Sicherung der Lebensqualität. (vgl. Leitinger)

Wohnungstausch

Mit den verschiedenen Lebensphasen ändern sich die persönlichen Ansprüche und Erfordernisse an den privaten Wohnraum, dessen Größe und Ausstattung. Beginnend bei einem jungen Menschen im Einpersonenhaushalt, über dessen Familiengründung, welche mehr Wohnraum benötigt, bis zum Wohnbedarf im höheren Alter, wenn die Zahl der Personen im Haushalt meist wieder schrumpft (Auszüge der Kinder, Trennung, Scheidung, Sterbefälle). Bei verschiedenen Wohnraumtypen kommt es häufig zu Unter- bzw. Überbelegungen. Zum Beispiel entspricht gerade im Alter ein Einfamilienhaus nicht mehr den Bedürfnissen und Ansprüchen einer alleinstehenden älteren Person (u.a. ist der Wohnraum auf

mehrere Stockwerke verteilt, die Stufen stellen eine Barriere dar). Hingegen eine gerade gegründete Familie würde ihre Zwei-Zimmer-Wohnung gerne gegen ein Haus mit genügend Wohnfläche tauschen. Vor allem in urbanen Regionen ist Wohnungstausch bereits stark verbreitet (vgl. Leitinger) Dessen ungeachtet muss bedacht werden, dass gerade ältere Personen erfahrungsgemäß sehr stark an ihr Eigenheim gebunden sind. Die Praxis zeigt hingegen, ein Wohnungstausch wirkt sich i.d.R. positiv auf die Lebensqualität älterer Menschen aus (ebd.). Im Bereich des Wohnungseigentums bzw. der Einfamilienhäuser wird empfohlen, eine für den Eigenheimsektor zugeschnittene vermittelnde Institution zu schaffen, die ähnliche Aufgaben übernimmt wie eine Hausverwaltung eines größeren Wohnungsbestandes. Für das oben angesprochene Beispiel hieße das, die ältere Person hätte Anspruch auf eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung in einem Geschosswohnbau, das Haus bliebe ihr Eigentum und die Vermietung dessen würde die auf Landesebene im Bereich der Wohnbauförderung angesiedelte, neu eingerichtete Institution übernehmen. (vgl. Hanika et al. 2005, 86)

Gestaltung neuer Wohnformen

In Anbetracht der älteren Wohnbevölkerung ist es von Bedeutung, den Wohnraum anzupassen und neue, zielgruppenorientierte Wohnformen zu schaffen. Neben den traditionellen Altenheimen werden für eine anwachsende Zahl älterer Menschen, die teilweise bzw. auch permanente Betreuung benötigen, zunehmend andere Wohnformen interessant, wie zum Beispiel „betreutes bzw. betreubares Wohnen“, „Seniorenwohngemeinschaften“ oder „Mehrgenerationen-Häuser“. Bei der Unterstützung und Betreuung in unterschiedlichem Ausmaß zur Bewältigung (alltäglicher) Herausforderungen, wird versucht, gleichzeitig eine größtmögliche Autonomie bei eigener Haushaltsführung zu gewährleisten. Ziel ist einer Unterbringung in einem Altenheim vorzubeugen bzw. diese so lange wie möglich nach hinten zu verschieben. Es zeigt sich jetzt schon eine verstärkte Nachfrage in jenem Bereich.

Betreutes Wohnen

Betreutes Wohnen, findet meist in eigens errichteten Gebäuden im Privathaushalt, verknüpft mit Dienstleistungsangeboten, statt. Es besteht Eigenständigkeit verbunden mit Sicherheit sowie Service durch pflegerische Leistungen, zuzüglich Kommunikation durch wechselseitige Kontakte der BewohnerInnen (vgl. Engels 2001). Es gibt zahlreiche Bei-

spiele für bereits bestehende und geplante Wohnprojekte mit betreutem Wohnen (vgl. Stadtgemeinde Deutschlandsberg, Gemeinden Rum i.T. und Haslach i. OÖ, Stadtgemeinde Tulln uvm.) Unter anderem entsteht aktuell in der Stadtgemeinde Deutschlandsberg, in Zusammenarbeit der Gemeinde mit zwei weiteren Akteuren, ein betreutes Wohnprojekt für SeniorInnen. Es werden 16 Mietwohnungen mit einer Größe von 40 bis 50m² für Einzelwohnungen und 60 bis 70m² für Doppelwohnungen angeboten. Neben einer altengerechten Ausstattung und einem umfassenden Betreuungspaket stehen den BewohnerInnen bei Bedarf sämtliche mobile Dienste der sozialen Infrastruktur zur Verfügung. Zur Grundservicelieferung gehören eine Servicestelle im Haus mit einer Besetzung von 40 Stunden pro Woche sowie ein 24-Stunden Notruftelefon. Auch die gute Anbindung an die Infrastruktur der Gemeinde, das heißt eine leichte Erreichbarkeit von ÄrztInnen, Geschäften, etc. ist ein wesentlicher Standortfaktor. (vgl. Gemeinde Deutschlandsberg sowie Homepage des Pflegeheims Kirschallee)

Sonderform: Betreutes Wohnen am Bauernhof

Eine Sonderform ist das Projekt „Betreutes Wohnen am Bauernhof“, entstanden durch den Zusammenschluss von Mühlviertler Bauern. Diese bieten betreutes Wohnen mit den oben angesprochenen Inhalten an und sind nach den geltenden Richtlinien für betreutes Wohnen in OÖ vom Sozialhilfverband in Perg anerkannt. Die SeniorInnen können in altengerechten und barrierefrei gestalteten Wohnungen selbständig leben. Im Bedarfsfall erfolgt eine professionelle Unterstützung und Betreuung durch die als AltenbetreuerInnen ausgebildeten BäuerInnen. Die Wohnungen sind auf mehrere Orte im Mühlviertel verteilt. Die Wohnungsgröße liegt zwischen 30 und 80m². Im Gegensatz zu Seniorenheimen bestehen beim betreuten Wohnen keine Einschränkungen durch fixe Essens- oder Besuchszeiten. (vgl. Homepage betreutes Wohnen am Bauernhof)

Mehrgenerationen-Wohnhaus

Mehrgenerationen-Wohnhäuser zeichnen sich dadurch aus, dass neben älteren BewohnerInnen gezielt jüngere Personen wohnen. Tätigkeiten die den SeniorInnen Mühe bereiten (Einkäufe, Müllentsorgung, Wäsche usw.) werden in Form der Nachbarschaftshilfe von den jüngeren MieterInnen erledigt. In der Salzburger Gemeinde Seeham wurde 1991 das Mehrgenerationen-Wohnhaus errichtet, das sechs Familien geförderte Wohnmöglichkeit in zentraler Lage bietet. Integriert in das Mehrgenerationen-Wohnhaus sind acht barrierefreie und behindertengerecht ausgestattete Wohnungen, die älteren und pflegebedürftigen Men-

schen eine selbstständige Lebensführung ermöglichen. Im Bedarfsfall werden Betreuungs- und Pflegeleistungen, wie Essen auf Rädern, Fahrten- bzw. Einkaufsdienste, mobile Haushaltshilfe und Hauskrankenhilfe, vom örtlichen Verein „Sozialer Hilfsdienst“, mit Sitz im Mehrgenerationen-Haus, organisiert und koordiniert. Mittels Notruftelefon sind die BewohnerInnen mit einem professionellen Anbieter der mobilen Dienste verbunden. Ein gemeinsamer Aufenthaltsraum ist Ort der Begegnung. Dort finden regelmäßig Veranstaltungen und Aktivitäten statt, die für die BewohnerInnen als auch für die gesamte Seehamer Bevölkerung zugänglich sind. (vgl. Gemeinde Seeham)

Seniorenwohngemeinschaften

Seniorenwohngemeinschaften sind Wohnformen, in denen ältere Menschen sich eine Wohnung teilen. Den BewohnerInnen steht jeweils ein eigenes Zimmer zur Verfügung. Gemeinsam benützt werden die Küche, der Wohnbereich und das Bad/WC. Meist teilen sich vier bis acht Personen einen Haushalt. Im Vergleich zu betreutem Wohnen oder dem Mehrgenerationen-Haus ist in Seniorenwohngemeinschaften eine Betreuung meist nicht inkludiert, kann jedoch privat durch ambulante Dienste in Anspruch genommen werden (Essen auf Rädern, etc.). Auch Seniorenwohngemeinschaften sind eine inzwischen schon weit verbreitete Wohnform für ältere Personen, vorwiegend angesiedelt im urbanen Raum (vgl. Stadt Wien, Stadt Salzburg, Gemeinde Rum i. T.).

5.3.4 Handlungsfeld Mobilität

(Semi)professionelle Mobilitätsdienste

Busprojekte

Ein Erschwernis für ältere Personen ist die Erreichbarkeit der medizinischen Versorgung, nicht im Notfall, sondern für den täglichen Bedarf. Die Umlandgemeinden der Marktgemeinde Telfs haben gemeinsam ein Busprojekt unter dem Namen „Salzstraße“ gestartet, da diese in gewissen Versorgungsbereichen (v.a. in der medizinischen Versorgung) von Telfs abhängig sind. Ein Gemeindevertreter beschreibt die Situation folgendermaßen: „Eine Apotheke (und Poststelle) wird es in Pfaffenhofen voraussichtlich nie bzw. nicht mehr geben, da diese Einrichtungen in Telfs zu stark vertreten sind“. Da es auch keinen Linienbus gibt, der die Dörfer mit dem Zentralen Ort der Region verbindet,

setzten die Gemeinden Flauring und Polling die Initiative für das Mobilitätsprojekt, worauf sich die Gemeinden Hatting, Oberhofen, Pfaffenhofen und Telfs bereit erklärten das Vorhaben mitzutragen. Das inzwischen schon seit über einem Jahr laufende Projekt wird von der Bevölkerung der beteiligten Gemeinden sehr gut angenommen. Die Inanspruchnahme von einem bestimmten Personenkreis wird nicht erhoben, dürfte aber eher von älteren Personen erfolgen. Der Bus verkehrt Montag bis Freitag zweimal täglich, in der Früh ab 08.15 Uhr und zu Mittag ab 11.30 Uhr. Die Route geht über die einzelnen Dörfer bis in die Marktgemeinde Telfs. Die Benützung ist für die Fahrgäste kostenlos, die Betriebskosten werden von den beteiligten Gemeinden anteilmäßig getragen. Eine Förderung des Landes hat es für das Busprojekt nicht gegeben. (vgl. Gemeinde Pfaffenhofen und Gemeinde Polling in Tirol)

Favry (2006, 122) weist auf die Bedeutung von Beratungsleistungen für die Einführung von semiprofessionellen Busprojekten hin. Es wird vorgeschlagen, Mobilitätsdienste in Verkehrsverbundorganisationen zu integrieren. Weiters wären wichtige Voraussetzungen für Busprojekte der Abbau von Erschwernissen durch Konzessionsrechte und die Lösung von Versicherungsfragen.

Taxiprojekte

In der steirischen Stadtgemeinde Deutschlandsberg wurde ein Citytaxi nur für SeniorInnen eingeführt, das zweimal in der Woche in die Innenstadt und zu Einkaufszentren fährt. Das Citytaxi wird sehr gut angenommen, vor allem deshalb, weil in einigen Stadtteilen kein Lebensmittelgeschäft (mehr) vorhanden ist und die Strecken zu einem nächstgelegenen Lebensmittelgeschäft oder Einkaufszentrum zu Fuß für viele ältere Personen zu weit sind. Durchgeführt wird das Projekt von einem ortsansässigen Taxi- und Busunternehmen. Die Kosten teilen sich das Taxiunternehmen und die Stadtgemeinde. Das Taxiunternehmen bietet einen günstigen Tarif, sodass die Fahrten leistbar sind. Es gibt ausgewählte fixe Haltestellen, wo die SeniorInnen zwei mal wöchentlich, Dienstags und Freitags, zu einer gewissen Uhrzeit am Vormittag abgeholt und ca. zwei Stunden später wieder zurückgebracht werden. (vgl. Stadtgemeinde Deutschlandsberg)

Ein weiteres städtisches Taxiprojekt ist das City Taxi in Eisenstadt. Es wurde im Jahre 1992 als Pilotversuch eingeführt. Grundüberlegung war, dass die teuren, unhandlichen Stadtbusse durch ein System abgelöst werden, welches den Fahrgästen möglichst viele

Vorteile bietet. Es gibt keinen fixen Fahrplan, stattdessen einen 24 Stunden Betrieb, geringe Wartezeiten sowie einen günstigen Tarif für die BewohnerInnen der Stadt. Das City Taxi hat sich bewährt und ersetzt einen innerstädtischen öffentlichen Verkehr. (vgl. Homepage der Stadt Eisenstadt)

Ein Seniorentaxi mit einem ähnlichen Konzept gibt es in der Gemeinde Ganz im Bezirk Mürtzuschlag sowie in der Gemeinde Rum im Bezirk Innsbruck Land. Das Taxi in Ganz wurde bereits 1996 eingeführt. Offiziell gibt es keine Altersbeschränkung, praktisch wird der Dienst jedoch „nur von rüstigen SeniorInnen ohne eigenem Auto genutzt“ (Gemeinde Ganz). Die Kosten werden Großteils von der Gemeinde übernommen. Es werden Taxischeine im Wert von drei Euro vergeben. Da der Taxidienst eine Pauschale pro Fahrt von 5,50 Euro verrechnet, haben die Fahrgäste nur die Differenz von 2,50 Euro zu bezahlen. Das Taxi kommt auf Bestellung. Die Taxischeine der Gemeinde sind nur in der Zeit von Montag bis Samstag, von 7.45 bis 18.30 gültig. Für die SeniorInnen ist dieses System eine gute Lösung, um ins nächst größere Versorgungszentrum Mürtzuschlag zu gelangen. (vgl. Gemeinde Ganz)

In der Gemeinde Aldrans (Bezirk Innsbruck Land) existiert ein Taxidienst, welcher bei öffentlichen Veranstaltungen im Bedarfsfall und bei Voranmeldung SeniorInnen abholt, zum Veranstaltungsort (in der Gemeinde) bringt und wieder zurückchauffiert.

ÖPNV – Öffentlicher Personennahverkehr

Es gibt entweder die Option der Stärkung des ÖPNV oder die des Rückzugs des ÖPNV aus der Fläche. Welche Strategie verfolgt wird hängt u.a. von den naturräumlichen Gegebenheiten ab. Während im alpinen Raum die Siedlungsstruktur und die Verkehrswege ohnehin durch die Täler vorgegeben sind, ist in der Ebene bei hoher Siedlungsverteilung ein flächendeckendes ÖPNV-System nicht realisierbar. Um die Auslastung des ÖPNV rentabel zu halten, können Anreize zur Inanspruchnahme bestehender ÖPNV-Strukturen, zielgerichtet an alle Bevölkerungsgruppen, gesetzt werden. Zum Beispiel kann in Zusammenarbeit mit Betrieben die Vergabe von gratis bzw. ermäßigten Fahrkarten an die ArbeitnehmerInnen erfolgen, wodurch diese günstig zum Arbeitsplatz gelangen können. Ein anderer Einsatzbereich ist das Angebot von Kombitickets für den Freizeitverkehr. Weiters tragen nachfrageorientierte Fahrtzeiten wesentlich zur Optimierung der Auslastung bei. Zudem kommen im Sinne der Nachhaltigkeit umweltbezogene Überlegungen sowie Lärmaspekte

zu tage, die für eine Aufrechterhaltung des ÖPNV und gegen einen Ausbau von Infrastruktur im Bereich des motorisierten Individualverkehrs sprechen. Schlussendlich ist der bestimmende Faktor jedoch das Kapital. Darum sind Alternativvarianten, z.B. der Einsatz von kleineren Fahrzeugen im ÖPNV-Bereich für den ländlichen Raum und die Koppelung dessen mit zusätzlichen Dienstleistungen (z.B. Postzustellung) anzudenken.

Fahrradinfrastruktur

In dicht besiedelten Räumen haben das Fahrrad als Transportmittel, eine sichere Fahrradinfrastruktur sowie eine Integration dessen in das Gesamtverkehrssystem einen hohen Stellenwert. Aspekte wie ein gut ausgebautes Radwegenetz, Abstellmöglichkeiten sowie eine Koppelung mit dem öffentlichen Verkehr (z.B. eine erleichterte Fahrradmitnahme in Bussen) sind vor allem für eine ältere Bevölkerung und die Sicherung deren Mobilität von Bedeutung und haben zudem positive Effekte für alle Altersgruppen.

Barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums

Das Thema Barrierefreiheit führte lange Zeit ein Schattendasein. Es zeigt sich jedoch, dass es für die Baulobby und für Verantwortliche in der Politik umso interessanter wurde, je stärker eine Ausweitung des Personenkreises erfolgte. Ursprünglich bezog sich die Thematik auf Menschen mit Behinderung, inzwischen auch auf temporär "gehandicapte" (z.B. nach Unfällen oder Krankheit), Übergewichtige, Schwangere und eben auch ältere Menschen. Barrierefreiheit wird heute mit dem Argument der Unfallverhütung und Unfallprävention von sozialer Seite verlangt. Zum Beispiel könnte ein Großteil der Treppenstürze vermieden werden, gäbe es richtige Handläufe. Mit dem Aufzeigen der ausgeweiteten betroffenen Personengruppe sowie dem Ziel der Unfallprävention, kann das Gegenargument der wirtschaftlichen Unvertretbarkeit von barrierefreien baulichen Anpassungsmaßnahmen teilweise aus dem Weg geräumt werden. (vgl. Leitinger) Insbesondere für den Sozialbereich hat Barrierefreiheit einen sehr hohen Stellenwert und steht hauptsächlich in größeren Gemeinden zur Diskussion. Um auf Barrieren im Raum sowie andere Defizite in der Infrastruktur aufmerksam zu werden, ist es sinnvoll, unter Einbezug von Personen mit Behinderungen sowie auch älteren Menschen, eine Ortsbegehung durchzuführen, eine Mängelliste zu erstellen bzw. gesicherte Barrieren auf Video aufzunehmen und in weiterer Folge Lösungswege zu finden, wie es in den Gemeinden Elixhausen, Götzis und Wohlfurt der Fall war. Relevante Aspekte für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sind: gesicherte Straßenübergänge, Abschrägung von Gehsteigen, angepasste Regelung der Ampelphasen

(Dauer, Ton), Verzicht auf Kopfsteinpflaster, Handläufe und Markierung von Stufen, Sitzbänke zum Ausruhen mit richtiger Höhe und Armlehnen, Vorhandensein öffentlicher WC-Anlagen sowie ein barrierefreier Zugang zu öffentlichen Gebäuden, etc. In der Stadt Salzburg wurden über bauliche Anpassungsmaßnahmen hinaus ein (online) Stadtführer für in ihrer Mobilität eingeschränkte SeniorInnen und Menschen mit Behinderung ausgearbeitet, Öffentlichkeitsarbeit zum Thema geleistet sowie Maßnahmen zur Sensibilisierung und Fortbildung von Architekten gesetzt. Auch in kleineren Gemeinden können positive Beiträge für eine barrierefreie Gestaltung geleistet werden. Wesentlich ist die Schaffung von Schutzeinrichtungen, wie Gehsteige und Zebrastreifen (Gemeinde Aldrans), die gerade bei geringen Bewegungsspielräumen an Bedeutung gewinnen, jedoch im Prinzip allen Bevölkerungsgruppen zu Gute kommen.

Seit Jänner 2007 existiert eine verbindliche OIB Richtlinie³⁴, die in fast allen Bundesländern ratifiziert wurde. Sie stellt die erste einheitliche österreichweite Grundrichtlinie für die Bereiche Barrierefreiheit und Brandschutz dar, demnach sollen alle öffentlichen Gebäude barrierefrei gestaltet werden. Für die Umsetzung wurden Etappenpläne bis 2015 entworfen, um so stufenweise zu sanieren. In Verbindung mit der ÖNORM 1600 wurde eine zusammenfassende Kurzform von Merkmalen betreffend Barrierefreiheit ausgearbeitet, als eine Hilfestellung für die bis 2015 durchzuführenden Anpassungsmaßnahmen. Weiters sind grundsätzliche Punkte, betreffend die Sicherheit eines Gebäudes, in der Bauordnung festgelegt. Um räumliche Barrieren bereits vor dem Bau zu verhindern, wird vorgeschlagen bzw. gefordert, Baupläne zuerst bei einer eigens dafür eingerichteten Institution prüfen zu lassen, bevor diese bewilligt werden. In Tirol ist der Österreichische Zivil-Invalidenverband (ÖZIV) Hauptansprechpartner für diese Anliegen, hat bis jetzt jedoch nur Beratungsfunktion. Außerdem erfordert es nach Leitinger mehr Aufklärungsbedarf und Information über Förderungen und Anpassungsmöglichkeiten. Erste Schritte zur Bewusstseinsbildung sind bereits geschehen, z.B. in Form von Vorträgen bei Bürgermeisterkonferenzen in Tirol sowie von Schulungen der Gemeindesekretäre. (vgl. Leitinger)

³⁴ Die OIB-Richtlinien (darunter: OIB Richtlinie 4 – Nutzungssicherheit und Barrierefreiheit) wurden in der Generalversammlung des OIB (Österreichisches Institut für Bautechnik) am 25. April 2007 unter Anwesenheit der Vertreter aller Bundesländer einstimmig beschlossen. Diese dienen als Basis für die Harmonisierung der bautechnischen Vorschriften und können von den Bundesländern zu diesem Zweck herangezogen werden. Die Erklärung einer rechtlichen Verbindlichkeit der OIB-Richtlinien ist den Ländern vorbehalten. (vgl. OIB Richtlinie 4 und Homepage OIB Richtlinie)

5.3.5 Handlungsfeld soziale Infrastruktur

Die ambulante Versorgung

Eine ambulante, also mobile, Versorgung mit Dienstleistungen des Betreuungs- und Pflegebereichs ist ein grundlegender Bestandteil für ein Leben zu Hause im Alter. Die ambulante Betreuung umfasst u.a. Essen auf Rädern, die Behandlungs- und Grundpflege, Hilfestellungen bei der Weiterführung des Haushaltes (Reinigungsdienste) und ergänzende Angebote, wie die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte in Form von Besuchsdiensten (vgl. Marktgemeinden Wolfurt und Götzis). Ein gut ausgebautes System und eine professionelle Koordinierung ambulanter sozialer Dienste trägt ähnlich den mobilen Diensten im Bereich der Nahversorgung positiv zur Lebensqualität älterer Menschen bei, da diese so länger unabhängig von familiärer oder stationärer Pflege sind.

Koordinierungsstelle für ambulante Versorgung und weitere altersrelevante Dienste

Koordinierungsstellen für ambulante Versorgungsdienste sind unterschiedlich in den Bundesländern organisiert. In Tirol werden Dienstleistungen der sozialen Infrastruktur durch ein Netzwerk von Sozial- und Gesundheitssprengeln erbracht (vgl. Gemeinden Inzing, Hattling, Polling). Im Burgenland erfolgt eine Abstimmung auf kommunaler Ebene und auf der Ebene von Sanitätssprengeln, in Niederösterreich und Oberösterreich auf der Ebene der politischen Bezirke (Fischer 2005, 179).

Ein Beispiel ist das „Haus der Generationen“ der Marktgemeinde Wolfurt, in dem ein Großteil der (altenspezifischen) sozialen Dienste über die Sozialdienste Wolfurt gGmbH angeboten und gebündelt werden. Dafür wurde ein sogenanntes Case&Care Management eingerichtet, eine zentrale Beratungsstelle, in der alle Fäden der Seniorenbetreuung zusammenlaufen. Im „Haus der Generationen“ befinden sich, wie der Name schon andeutet, Kinder- und Seniorenbetreuung sowie die Einsatzleitung des mobilen Hilfsdienstes. Es besteht eine Zusammenarbeit der Vorarlberger Gemeinde Wolfurt mit umliegenden Gemeinden (Kennelbach, Schwarzach sowie bei Bedarf auch die Nachbargemeinden Buch und Bildstein) bei „Essen auf Rädern“. Die Mahlzeiten werden in der Küche des Seniorenheimes, der Sozialdienste Wolfurt gGmbH, zubereitet und die Gemeinden beliefert. Ebenso hat die Marktgemeinde Götzis mit der Einrichtung eines „Haus der Generationen“ ein Sozialkompetenzzentrum geschaffen. Durch die Zusammenarbeit mit Vereinen, Schulen,

der Fachhochschule und dem Büro für Zukunftsfragen im Land Vorarlberg werden richtungsweisende Aktivitäten, mit dem Ziel Erhaltung der Selbständigkeit bis ins hohe Alter, initiiert. Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden (Götzis, Koblach, Mäder und Alttach) bei der Betreuung einer stationären sozialen Einrichtung sowie die Koordination der mobilen Dienste laufen unter dem Projektnamen „Region am kumma“. (vgl. Marktgemeinden Götzis und Wolfurt)

Als besonders hilfreich hat sich für die Salzburger Gemeinde Seeham die Anstellung einer Sozialbeauftragten erwiesen. Diese ist Anlaufstelle für alle sozialen Fragen und koordiniert und organisiert die notwendigen Hilfeleistungen. Auch wenn die Schaffung von Akzeptanz in der Gemeinde gegenüber dem sozialen Hilfsdienst nicht sofort gegeben war, werden die Angebote inzwischen zum größten Teil gerne angenommen. (vgl. Gemeinde Seeham) Gerade in ländlichen Gemeinden wird eine externe Unterstützung oftmals nicht in Anspruch genommen, da dies teilweise in der Gesellschaft als Schwäche gewertet wird.

Als Organisationsplattform für ehrenamtliche Tätigkeiten dient in den Marktgemeinden Wolfurt und Götzis eine Seniorenbörse, die freiwilliges Engagement von älteren Menschen für ältere Menschen vermittelt. Dies erfolgt größtenteils in den Bereichen Hilfeleistung in Haus und Garten, Arztfahrten, Apothekenbesuche, Einkaufsfahrten und Organisation von Veranstaltungen. (vgl. Marktgemeinden Götzis und Wolfurt) Nach dem Grundsatz „Jeder hilft jedem“ erfolgte Anfang Jänner 2007 der Startschuss zur Zeit- und Hilfsbörse in Bruck an der Mur. Die Einrichtung ist eine Drehscheibe für Privatpersonen, die ihre Hilfe, ihr Wissen und ihre Zeit kostenlos anderen Menschen zur Verfügung stellen möchten, sowie für Menschen, die Bedarf an Unterstützung, Austausch und Know-how anderer Menschen haben. Das Angebot reicht von Haus- und Heimhilfe über Freizeitaktivitäten, Mitfahrgelegenheiten bis hin zu Lernunterstützungen und Einkaufsunterstützungen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz unterstützt. (vgl. Stadtgemeinde Bruck an der Mur)

Hausbesuche und Hausapotheke der praktischen ÄrztInnen

In den meisten Gemeinden ist es üblich, dass Hausbesuche von ÄrztInnen durchgeführt werden und dabei die Versorgung mit notwendigen Medikamenten erfolgt. (vgl. u.a. Gemeinde Tulfes, Stadt Bruck a.d. Mur, Stadt Deutschlandsberg, Stadt Tulln).

Angebote und Informationsveranstaltungen im Bereich Gesundheitsvorsorge für Ältere und deren Bezugspersonen

In der Gemeinde Haslach wird die Gesundheitsvorsorge für SeniorInnen im Rahmen der Aktion „Gesunde Gemeinde“ gestaltet. In Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, der Ärzteschaft und sonstigen Institutionen werden laufend Informationen und Vorträge zum Thema „Gesundheit“ angeboten. Initiiert und organisiert werden die Aktivitäten durch eine ehrenamtliche Referentin. (vgl. Gemeinde Haslach)

Altenspezifische Freizeiteinrichtungen und kulturelle Infrastruktur

Ein altengerechtes Angebot kann eine lange Liste an Gemeinschaftsaktivitäten ergeben. Die klassischen und weit verbreiteten Altenangebote sind Seniorenclubs, Jahrgangsgruppen, Seniorenkränzchen, Ausflugsfahrten etc. Organisatoren sind meist Sozialvereine, Pensionistenverbände oder auch der Alpenverein. Es zeigt sich, dass diese Angebotsformen häufig mit einer zu geringen Auslastung kämpfen, da sie immer weniger den Vorstellungen der nachkommenden Generationen entsprechen. Somit sollte eine altengerechte Freizeitgestaltung unter dem Aspekt moderner Lebensstile überdacht werden. Ein zentraler Gedanke neuer Konzepte ist, mehr aktive Beteiligung und ein Zusammenwirken mit anderen Institutionen und Organisationen in Form von bürgerschaftlichem Engagement sowie intergenerationeller und interkultureller Arbeit zu unterstützen. (vgl. Blaumeiser et al. 2002, 69) Neue Aufgabenbereiche umfassen u.a. Kurs- und Bildungsangebote im Bereich neuer Technologien, Gesundheitsberatung, sportliche Betätigung, Erholungsaufenthalte und Tagesreisen, generationsübergreifende Aktivitäten. (vgl. Stadt Salzburg)

Generationsübergreifende Projekte

Blaumeister fordert keine „Aufsplitterung der Gesellschaft in unverbundene Segmente“ (Blaumeiser et al. 2002, 19). In diesem Sinne finden in der Gemeinde Volders eine Vielzahl an generationsübergreifenden Projekten statt. Ältere Personen werden in den Schulen eingebunden, d.h. sie übernehmen in der Früh die Schulwegsicherung und fungieren als „Klassenomas bzw. Klassenopas“, die als „Zeitzeugen“ erzählen und informieren. Im Gegenzug dazu werden in der Hauptschule regelmäßig Computerkurse für SeniorInnen angeboten, wo SeniorInnen von HauptschülerInnen unterrichtet werden. Die Tätigkeiten erfolgen auf ehrenamtlicher Basis.

Ein weiteres Projekt ist das „Sportfest der Generationen“ in der Gemeinde Elixhausen, das durch gemeinsame Sportaktivitäten zwischen Kindern und SeniorInnen mehr Verständnis füreinander erzeugen soll.

Mehrfachnutzungen

Monheim (2005, 64 f.) fordert, Angebote müssen flexibler, entspezialisierter und polyvalenter werden. Bei Gebäuden soll Nutzungsoffenheit bestehen, so dass auch Mehrfach-, Mehrzweck-, bzw. auch Nach-, und Neunutzungen möglich sind. Eine kombinierte Nutzung ist zum Beispiel im Bereich der medizinischen Versorgung gebräuchlich (Hausapotheken bei praktischen ÄrztInnen) (Fischer 2005, 201). Bei Kurs- und Bildungsangeboten, Gesundheitsberatung, sportlichen Betätigungen, etc. können bereits vorhandene Räumlichkeiten und Einrichtungen, z.B. in Verbindung mit Schulräumen oder Turnhallen, genutzt werden.

5.3.6 Neue Technologien und Telekommunikation

In der Vergangenheit nur geringfügig in Betracht gezogen wurde die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Diese könnten jedoch in Zukunft viele Lücken in der Versorgung mit Einrichtungen schließen, bzw. eingeschränkte Dienste und Güter in ihrer Qualität steigern. (vgl. Kocks 2007, 29) Somit eröffnet sich ein neues Handlungsfeld in Bezug auf die Schaffung altersgerechter Infrastrukturen. Die Marktgemeinde Wolfurt bietet u.a. jährliche EDV-Kurse für SeniorInnen in Zusammenarbeit mit der Hauptschule an. Die Organisation wird von ehrenamtlichen Personen durchgeführt. Die Infrastrukturkosten (Raummiete, Kursleiterkosten) werden von der Marktgemeinde Wolfurt übernommen und zusätzlich über Kursbeiträge mitfinanziert. (vgl. Gemeinde Wolfurt) Die Gemeinde Seeham hat im Rahmen des Projektes „Altern in guter Gesellschaft“ eine Arbeitsgemeinschaft zu den Bereichen Bildung/Medien/Freizeit/Bewegung eingerichtet. In Verbindung damit soll ein Beratungstag für die Einschulung und Erklärung von technischen Geräten, die täglich benutzt werden (Handy) sowie Automaten (Parkschein- und Fahrscheinautomat, Geldautomat) stattfinden. In weiterer Folge sollen Computer- sowie Internetgrundkenntnisse und seniorengerechte Anwendungsmöglichkeiten vermittelt werden.

Die Europäische Kommission hat sich das Ziel gesetzt mit einer Initiative „Überwindung der Breitbandkluft“ (vgl. Europäische Kommission 2006) zu forcieren, sodass bis 2010 allen Haushalten in Europa Zugang zur Breitbandtechnologie ermöglicht wird. Auslöser hierfür sind die teils noch stark vorhandenen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen, sei es in der Zahl der Anschlüsse als auch in der Verbindungsgeschwindigkeit. Es wird auf die Rolle der Strukturfonds verwiesen, mit deren Hilfe Breitband in benachteiligte Regionen gebracht werden könnte, zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung abgelegener und ländlicher Gebiete. Mögliche Einsatzbereiche im Versorgungsbereich für die Kommunen sind Telearbeit, Gesundheitsversorgung, Verbesserung von Bildungsangeboten, Behördendienste und Werbung für Unternehmensansiedlungen. Bezüglich der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien nehmen vor allem dünn besiedelte Regionen Schwedens eine Vorreiterrolle ein.

Telemedizin und elektronische Gesundheitsdienste:

Anwendungen für Telemedizin und elektronische Gesundheitsdienste helfen Zeit zu sparen und Entfernungen zu überbrücken. Die Bestellung von Praxisbedarf, das Ausstellen von Rezepten und elektronische Aufzeichnungen sind online möglich. Weiters bringen elektronisch durchführbare Kontrollen entscheidende Vorteile im Bereich des betreuten Wohnens. (vgl. Europäische Kommission 2006 und Gurr-Hirsch 2008)

Elektronische Behördendienste:

Durch Breitband werden die Leistungsfähigkeit elektronischer Behördendienste und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessert, was für BürgerInnen und Unternehmen den Zugang zu Behörden vereinfacht. Außerdem werden die Entwicklung hochwertiger Dienste erleichtert und der organisatorische Aufwand verringert, was sich in einer effizienteren Arbeit der Behörden niederschlägt. (Europäische Kommission 2006)

Bildung:

Breitbandverbindungen unterstützen das lebenslange Lernen und verhelfen Lernenden zu einer unmittelbaren Ausbildung durch qualifizierte Lehrkräfte auch in Regionen, in denen die nachgefragten Lehrinhalte nicht angeboten werden. Lernende erhalten Zugang zu alternativen Bildungsquellen und können Bildungsinhalte in neuer Form vermittelt bekommen.

Es können Videokonferenzen abgehalten und eine institutionsübergreifende Zusammenarbeit erleichtert werden. (ebd.)

Entwicklung des ländlichen Raums:

In ländlichen Gebieten ist Breitband bedeutsam für die Anbindung von Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben an die nationalen und internationalen Märkte. Durch die Begünstigung des elektronischen Geschäftsverkehrs, insbesondere in den Bereichen landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel (z.B. Warenbestellung über das Internet oder das Telefon), wird die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft unterstützt. (ebd.)

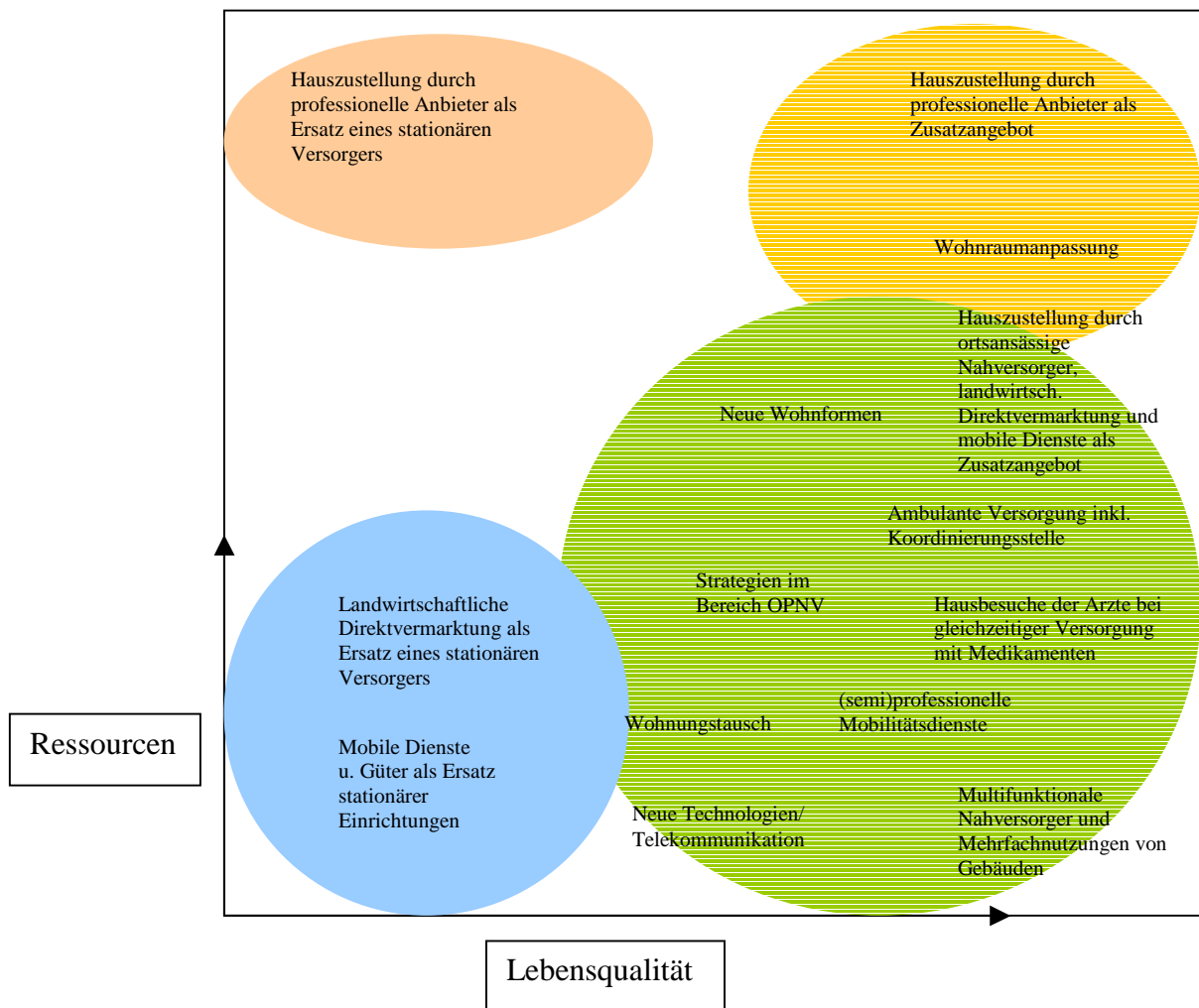
Die Ziele, Standards und Instrumente zur Erbringung von Telekommunikationsleistungen sind im Telekommunikationsgesetz geregelt. Nicht unter die Universaldienstregelung fällt allerdings die Breitbandinfrastruktur. Eine Vollversorgung wird mit der Breitbandinitiative der Länder angestrebt. (Favry 2006, 120)

5.3.7 Zusammenfassende Darstellung

Die Handlungsansätze aus der Praxis sind dann am besten, wenn die Lebensqualität so hoch wie möglich erzielt werden kann, bei einem Ressourcenverbrauch, der so gering wie möglich ist (vgl. Ellmer 2008, 65).

Abb. 17: Handlungsstrategien zur Anpassung der kommunalen Infrastruktur im Kontext der Alterung der Gesellschaft

Lösungen: **gut** **schlecht** **teuer** **billig**



Quelle 17: eigene Darstellung

6 FAZIT

Die zentrale Frage richtet sich nach der Bedeutung der demographischen Entwicklung, im Speziellen der Alterung der Bevölkerung, für raumordnerische Tätigkeiten in Österreich. Die drei zu Beginn formulierten Fragestellungen werden abschließend noch einmal aufgegriffen und die erlangten Ergebnisse aufgezeigt.

(1) Wie wirken sich zukünftige demographische Trends auf den Raum aus – konkreter: was bedeutet die Alterung der Bevölkerung für die kommunale Infrastruktur?

Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur bewirken eine Bedeutungszunahme, bzw. -abnahme bestimmter Infrastrukturbereiche. Für eine ältere Bevölkerung von hohem Stellenwert und daher in Zukunft verstärkt nachgefragt sind eine Grundversorgung mit Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs, eine gute Erreichbarkeit von Dienstleistungen und Einrichtungen, eine barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums, die Möglichkeit „zu Hause alt zu werden“ bzw. altersspezifische Wohnformen in Anspruch nehmen zu können sowie eine (sozial-)medizinische Versorgung in Form ambulanter Dienste und stationärer Einrichtungen. Weiters beachtlich sind sozialräumliche Aspekte, wie informelle soziale Netzwerke und Orte der Begegnung sowie zielgruppenorientierte Angebote im Bereich Bildung/Kultur/Freizeit. Es besteht der Auftrag, die Lebensqualität einer größer werdenden, vor allem hochaltrigen und in ihrer Mobilität eingeschränkten Bevölkerungsgruppe zu steigern, zu sichern bzw. zumindest die Grundausstattung mit Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs zur Verfügung zu stellen. Gerade die Tendenz einer Ausdünnung von Infrastrukturen erfordert deshalb Handlungsstrategien. Betroffen sind vor allem ländlich periphere Regionen, die über knappe finanzielle Ressourcen verfügen sowie Gebiete, in denen eine funktionale Trennung von Wohnen, Versorgen, Arbeiten und Freizeit besteht, z.B. in einigen Stadtteilen und im suburbanen Raum. Zudem steigt die Nachfrage in den Bereichen Wohnen und soziale Infrastruktur, die einerseits den Pflege- und Betreuungsbereich und andererseits die Freizeitgestaltung umfasst, nach vermehrt altersgerechten Angebotsformen, vor dem Hintergrund der Heterogenität des Alters und neuer Lebensstile.

(2) Sind Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung für die Raumordnung von Relevanz und besteht auf unterschiedlichen Planungsebenen ein Problembewusstsein gegenüber der Thematik?

Die raumordnungsrelevanten Dokumente auf Bundes-, Landes- und Regionsebene sprechen veränderte demographische Entwicklungen, die Alterung der Gesellschaft sowie generelle Punkte zur Versorgungsstruktur an, auch wenn die Formulierungen wenig konkret sind. Wesentliche Inhalte der Dokumente sind die Auswirkungen des Demographischen Wandels auf die Infrastruktur in Form eines veränderten Bedarfs (bezogen auf ältere Menschen vor allem im Pflege- und Betreuungsbereich) und die daraus entstehende Erfordernis nach Anpassungsmaßnahmen und innovativen Versorgungsstrukturen. Die Forderung nach mehr Lebensqualität für die Bevölkerung, mit dem raumordnerischen Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen, auf der einen Seite steht dem Ziel der Aufrechterhaltung einer Mindestversorgung auf der anderen Seite gegenüber. Wie auch in den Dokumenten der Raumordnung zeigt sich auf Gemeindeebene die Tendenz, dass die „ältere Bevölkerung“ für raumordnerische Belange kein zentrales Thema darstellt, hingegen vielmehr „generell die Bevölkerung“ im Mittelpunkt steht. Meist werden ältere Menschen in einer Reihe mit anderen Bevölkerungsgruppen genannt (Kinder, Jugendliche, Nicht-Berufstätige, Frauen, körperlich beeinträchtigte Personen, SeniorInnen), damit begründet, dass keine gesellschaftliche Trennung erfolgen soll.

In der Praxis zeigt sich eine deutliche Zuständigkeit des Sozialbereiches für altersrelevante Anliegen. „Alterspezifische“ Projekte bewegen sich meist im Bereich der sozialen Infrastruktur, der Barrierefreiheit bzw. dem Handlungsfeld Wohnen, getragen von Institutionen und Vereinen aus der Abteilung Soziales. Raumordnerische Tätigkeiten sind hingegen mehr dem Handlungsfeld Nahversorgung zuzuordnen und als weniger „alterspezifisch“ zu bezeichnen, da diese sich an alle Bevölkerungsgruppen richten. Wenngleich in den Fachbereichen die Problemstellung durchaus erkannt und betont wird, dass die Thematik einer altengerechten Planung in Zukunft von großer Bedeutung sei, ist ein wesentliches Ergebnis, dass außerhalb des Sozialsektors, verstärkt Maßnahmen zur Bewusstseins-schaffung, in Form von Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, gesetzt werden müssen. Altenplanung soll disziplinübergreifend als Querschnittsaspekt bei raumordnerischen und raumplanerischen Fragestellungen miteinfließen. Es zeigt sich, der Prozess steht teilweise noch am Anfang, wird jedoch in Zukunft verstärkt an Relevanz gewinnen.

(3) Welche Ziele und Maßnahmen können von Seiten der Raumordnung gesetzt werden, bzw. in welcher Form kann eine angepasste Raumgestaltung an die veränderte Altersstruktur erfolgen?

Das raumordnerische Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration widerspricht der Kostenintensität eines dezentralen Versorgungssystems. Somit kommt es trotz des eigentlichen Bedeutungsgewinns der flächendeckenden Nahversorgung und guten Erreichbarkeiten zu einem Rückzug des Versorgungssystems aus der Fläche, wodurch zunehmend die Forderung nach einem Paradigmenwechsel in der Raumordnung, vom Wachstum zum gesteuerten Rückbau, laut wird. Anstelle des Ziels der gleichwertigen Lebensbedingungen muss in strukturschwachen Räumen mit kaum Entwicklungspotenzialen das Ziel der Aufrechterhaltung einer Mindestversorgung verfolgt werden. Um eine Versorgung zu gewährleisten, soll somit auf großräumiger Ebene eine Raumstruktur nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration angestrebt werden. Dabei wird eine Aufteilung von Versorgungsstrukturen in eine höhere Zahl kleinerer Einheiten, in Verbindung mit einem höheren Kostenaufwand für die Vernetzung, angestrebt. Auf kleinräumiger Ebene soll eine Raumstruktur nach dem Prinzip der Zentralisierung verfolgt werden, d.h. eine Ausdünnung der Peripherie mit einer Konzentration auf regionale Zentrale Orte mit höherem Entwicklungspotenzial, in denen Versorgungsstrukturen gebündelt werden. Die Erreichbarkeit der Zentralen Orte mit Versorgungsfunktion bzw. nächstgelegener Versorgungseinrichtungen im urbanen Raum, muss sichergestellt werden. Abseits vom Individualverkehr kann dies durch Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw. alternative, meist semiprofessionelle Mobilitätskonzepte erfolgen. Kann eine gute Erreichbarkeit nicht zur Verfügung gestellt werden, besteht die Möglichkeit mobile Versorgungsdienste einzusetzen sowie innovative Gestaltungsoptionen des Telekommunikationsbereichs zu nützen. In den Handlungsfeldern Wohnen und soziale Infrastruktur konnten sich in Form von Projekten wie betreutes Wohnen, Seniorenwohngemeinschaften und Mehr-Generationen-Häusern sowie Computerkurse und generationsübergreifende Tätigkeiten, abseits von Altenheimen und Seniorenkränchen, gute innovative Konzepte ausfindig machen.

Bei den Handlungsstrategien der Praxis müssen anstelle von Patentrezepten individuelle Maßnahmen gesetzt werden. Good-Practice-Beispiele sollen mögliche Strategien aufzeigen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie

- einfach konzipiert sind,
- geringe finanzielle Ressourcen benötigen, also kostengünstig sind,
- wenig Erhaltungsaufwand erfordern,
- aus „bottom-up“ Prozessen innerhalb der Gemeinde entstehen und durch externe Beratung und Moderation begleitet sind,
- nach dem Mehrebenenprinzip durch „top-down“ Ansätze von oben geleitet werden,
- eine Person in der Gemeinde Promotorenmerkmale besitzt,
- oft auf ehrenamtlichem Engagement beruhen, welches daher einer Stärkung bedarf,
- durch Kooperationen und (interkommunale) Zusammenarbeiten entstehen, wodurch die regionale Ebene an Bedeutung gewinnt.

Forschungs- und Handlungsbedarf

Die Raumordnung sollte verstärkt einen Dialog mit den relevanten wissenschaftlichen Fachdisziplinen führen, die sich mit dem Thema „Alter(n)“ beschäftigen. Hier sind vor allem Bereiche wie die Sozialpolitik, die Soziologie und die Sozialgerontologie zu nennen (Fischer 2005, 204). In diesem Zusammenhang eröffnet sich eine neue Fragestellung bezüglich der Definition aller an Altenplanung beteiligten Akteure sowie die Vernetzung der Akteure unterschiedlicher Disziplinen.

Für eine differenziertere räumliche Betrachtung demographischer Entwicklungen und die Auseinandersetzung mit deren Auswirkungen, wäre eine Bevölkerungsprognose auf Gemeindeebene, wie es in Deutschland die Bertelsmann Stiftung bereits erarbeitet hat, auch in Österreich eine sinnvolle Grundlage. So könnte außerdem bei den Akteuren der Raumordnung bzw. sämtlichen Akteuren auf Gemeindeebene verstärkt über das Thema informiert und ein Problembewusstsein geschaffen werden.

Eine gute altengerechte Infrastruktur, insbesondere ein beispielhaftes Angebot an Pflege- und Betreuungseinrichtungen, werden in Zukunft die Wohnortentscheidung zunehmend beeinflussen (vgl. Schratzenstaller 2006, 49f.). Somit könnte eine weitere Fragestellung lauten, ob eine altengerechte Struktur ein bzw. der Standortfaktor der Zukunft ist?

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Bevölkerungspyramide Österreichs 2004, 2030 und 2050.....	9
Abb. 2: Regionale Bevölkerungsveränderung (Zuwächse/Abnahmen) bis 2031.....	10
Abb. 3: Durchschnittsalter in Jahren (2006-2050)	12
Abb. 4: Regionale Entwicklung der unter 20-jährigen bis 2031 (mittlere Variante)	15
Abb. 5: Bevölkerungsentwicklung 2006-2050 nach Altersgruppen	18
Abb. 6: „Neuer Trend“ – Zunahme der 65-jährigen und älter im Zeitraum 2001-2031 (Indexwerte 2001=100)	21
Abb. 7: Anteil der 65-jährigen und älter an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2031 (%).....	21
Abb. 8: Mental Map der Einflussbereiche der räumlichen Entwicklung	29
Abb. 9: Handlungsfelder relevanter Infrastrukturbereiche zum Erhalt der Lebensqualität für eine alternde Bevölkerung	32
Abb. 10: Regionale Veränderung der Einzelpersonenhaushalte 2001 bis 2031.....	36
Abb. 11: Regionale Veränderung der Mehrpersonenhaushalte 2001 bis 2031	37
Abb. 12: Zunahme der 75-jährigen und älter im Bezirk Innsbruck Land (Indexwerte 2001=100).....	61
Abb. 13: Übersicht über mögliche Handlungsfelder im Bereich der Infrastruktur als Reaktion auf rückläufige EinwohnerInnenzahlen und die Alterung der Bevölkerung	70
Abb. 14: Handlungsfelder der reaktiven und gestaltenden Planung	72
Abb. 15: „Good Urban und Regional Governance-Modell“	83
Abb. 16: Sozialbilanz 2007 Elixhausen: Ehrenamtliche Tätigkeiten in Prozent.....	89
Abb. 17: Handlungsstrategien zur Anpassung der kommunalen Infrastruktur im Kontext der Alterung der Gesellschaft.....	112

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Regionale Extremwerte: Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2001 bis 2031 (mittlere Variante)	11
Tabelle 2: Regionale Extremwerte: Veränderung der unter 20-jährigen Bevölkerung 2001 bis 2031	15
Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2001 bis 2031 nach dem Alter.....	18
Tabelle 4: Übersicht über die Güter im Handlungsfeld Nahversorgung und deren Träger	33

Tabelle 5: Bedeutungsbeurteilung verschiedener Versorgungsbereiche vor Ort; die Werte liegen zwischen mäßig wichtig (0) und sehr wichtig (2)	34
Tabelle 6: Übersicht über die Güter im Handlungsfeld soziale Infrastruktur und deren Träger.....	41
Tabelle 7: Veränderungen bestimmter Altersgruppen.....	43
Tabelle 8: Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken strukturstarker Räume.....	47
Tabelle 9: Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken strukturschwacher Räume.....	51
Tabelle 10: Dokumentenanalyse: Überblick über die relevanten Inhalte.....	55
Tabelle 11: Bevölkerungsentwicklung im Bundesland Tirol und im Bezirk Innsbruck Land	61
Tabelle 12: Zunahme der 75-jährigen und älter in den Tiroler Bezirken in % (2001-2021)	62
Tabelle 13: Bevölkerungsentwicklung nach breiten Altersgruppen im Bundesland Tirol und im Bezirk Innsbruck Land	62
Tabelle 14: Tendenzen auf Gemeindeebene zur Relevanz der räumlichen Gestaltung im Kontext der demographischen Alterung.....	64
Tabelle 15: Entwicklung der Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern nach räumlichen Bezugseinheiten.....	79
Tabelle 16: Verschlechterung von Sozialkapital (in %).....	87
Tabelle 17: Mögliche Synergiepotenziale bei Dienstleistungen der Daseinsvorsorge.....	96

LITERATURVERZEICHNIS

Acham, Karl (2001): Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften. Lebensraum und Organismus des Menschen. Band 2. o.O.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2007): Räumliche Planung im Wandel – Welche Instrumente haben Zukunft? 9. Junges Forum der ARL. Nr. 338, Hannover.

Amann, A. (2000): Umwelt, Mobilität und Kompetenzen im Alter. In: Amann, A. (Hrsg.): Zentrum für Alternswissenschaften und Sozialpolitikforschung an der Nö. Landesakademie (ZENTAS). Kurswechsel für das Alter. S. 105-118, Wien – Köln – Weimar – Böhlau.

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (Hrsg.) (2000): Oberösterreicherinnen aus dem Blickwinkel der Statistik. Eine Information des Statistischen Dienstes des Amtes der Oö. Landesregierung. Folge 9, Linz.

Amt der Tiroler Landesregierung (2007a): Zukunftsraum Tirol. Strategie zur Landesentwicklung. Innsbruck.

http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/raumordnung/zukunftsraum/downloads/BAB_070129_n.pdf, zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

Amt der Tiroler Landesregierung (2007b): Operationelles Programm zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirol 2007-2031. Innsbruck.

<http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/tirol-und-europa/eu-regionalfoerderung-fuer-tirol/downloads/reg-wett.pdf>, zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

Amt der Tiroler Landesregierung, Danner Josef, Abteilung 5; Gesundheits- und Sozialplanung.

Back, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2006): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 7. Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für Regionen in Nordwertdeutschland. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Nr. 328, 66 S., Hannover.

Bähr, Jürgen (2004): Bevölkerungsgeographie. 4. Auflage, 399 S., Stuttgart.

Beyer, Wolf; Saupe, Gabriele (2007): Kleinräumige Szenarienmethode als Handlungsgrundlage für Akteure ländlicher Räume. In: Kujath, Joachim und Schmidt, Suntje (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 9. Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Nr. 330, S. 184-217, Hannover.

Bieker, Susanne et al. (2004): Kooperative Stadt-Region 2030. Forschungsergebnisse. Beiträge zu STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig. Band. 13, Braunschweig.

Blaumeiser, H. et al. (2002): Handbuch kommunale Altenplanung. Grundlagen – Prinzipien – Methoden. 194 S., Frankfurt am Main.

Bobek, H.; Fesl, M. (1983): Zentrale Orte Österreich II. Wien.

Borchard, K.; Mäding, H.; Zimmermann, H. (2005): Gleichwertige Lebensverhältnisse. Diskussionspapier des Präsidiums der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. In: Nachrichten der ARL, Heft 2/2005, S. 1-3, o.O.

Borsdorf, A. (2005): Ohne „Greißler“ nicht zukunftsfähig? Die Grundversorgung des Alpenraumes. In: Borsdorf, A.: Das neue Bild Österreichs. Strukturen und Entwicklungen im Alpenraum und in den Vorländern. S. 123-124, Wien.

Bremer, Christiane (2005): Ganz Deutschland ein Seniorenheim? Der Demographische Wandel aus räumlicher Perspektive. In: Strubelt, Wendelin und Zimmermann, Horst (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 5. Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR. S. 130-141, Hannover.

Brösse, U. (1983): Bevölkerungsrückgang und Umwelt. In: Raumforschung und Raumordnung. Heft 5-6, S. 189-194, o.O.

Bucher, H.; Gatzweiler, H.-P. (1993): Räumliche Auswirkungen und raumordnerische Konsequenzen der zukünftigen regionalen Bevölkerungsentwicklung - Thesen zur Diskussion. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, S. 923-935, o.O.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2007): Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewäl-

tigung des demografischen Wandels. Werkstatt Praxis Heft 49, Bonn.

http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_21916/DE/Veroeffentlichungen/WP/1998

[_2006/2005_Heft38_DL.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/2005_Heft38_DL.pdf](#);
zuletzt aufgerufen am 06.04.2008.

Christaller, Walter (1933): Die Zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen. Jena.

Danielzyk, Rainer; Winkel, Rainer (2003): Auswirkungen der Schrumpfungsprozesse auf das raumordnerische Instrumentarium. In: Müller, Bernhard; Siedentop Stefan (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 1. Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Nr. 303, S. 125-139, Hannover.

Dehne, Peter; Hannemann, Christine (2007): Kleine Stadt, was tun? – Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. In: Kujath, Hans Joachim; Schmidt, Suntime (Hrsg.): Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 9. Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Nr. 330, S. 156-183, Hannover.

Doehler-Behzadi, Marta (2005): Schrumpfende Städte und Regionen im Osten Deutschlands – Testfall für den Westen? In: Strubelt, Wendelin und Zimmermann, Horst (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 5. Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR. S. 54-62, Hannover.

Ellmer, Roland (2008): Wie wollen wir leben? – Soziale Infrastruktur im ländlichen Raum unter besonderer Berücksichtigung der Pflege. In: Dirninger, Christian; Mühlböck, Armin; Neunherz, Alexander (Hrsg.): Salzburger Regionenforum. Der Demographische Wandel im ländlichen Raum. S. 51-74, Saalfelden.

Engels, D. (2001): Wunsch und Wirklichkeit des betreuten Wohnens. Die Ergebnisse einer Bewohnerbefragung im Licht der sozial-gerontologischen Fachdiskussion. Sekundäranalyse der ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände. Köln.

Europäische Kommission (2006): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Über-

windung der Breitbandkluft. Brüssel. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0129:FIN:DE:PDF>, aufgerufen am 18.01.2009.

Faßmann, Heinz; Hanika, Alexander (2006): Räumliche Aspekte der demographischen Entwicklung. In: Amler, M., Bencic, W. (Hrsg.): Gesundheitswissenschaften 30. Ökonomie und Gesundheit. Lösbare Herausforderung oder dauernder Widerspruch? S. 21-28, Linz.

Faßmann, Heinz; Vorauer-Mischer, Karin (2005): Altersstrukturen und Abhängigkeiten. In: Borsdorf, Axel (Hrsg.): Das neue Bild Österreichs. Strukturen und Entwicklungen im Alpenraum und in den Vorländern. 1. Auflage, Wien.

Faßmann, Heinz (2003): Demografie und Raumordnung – zum Verhältnis zweier benachbarter Disziplinen. ÖROK Schriftenreihe, Sonderserie Raum & Region, S. 60-65, Wien.

Faßmann, Heinz (2002): Demographie und Raumordnung. In: Feichtiger, G., Gisser, R., Kytir, J. Faßmann (Hrsg.): Demographie im Interdisziplinären Kontext. Festschrift 25 Jahre Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, S. 21-26, Wien.

Favry, Eva et al. (2006): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regional Governance: Veränderungen, Herausforderungen, Handlungsbedarf. Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.). Schriftenreihe Nr. 171, 135 S., Wien.

Fischer, Tatjana (2005): Alt sein im ländlichen Raum – eine raumwissenschaftliche Analyse. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades an der Universität für Bodenkultur Wien. 319 S., Wien.

Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar (Hrsg.) (2006): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 6: Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung), Band 226, Hannover.

Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar (2005): Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Gemeinden. Szenarien zu kleinräumigen Auswirkungen des demographischen Wandels. In: Birg, Herwig (Hrsg.): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Plenarvorträge der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie an der Universität Bielefeld, 4. März 2004, S. 111-129, Münster.

Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar (2004): Szenario der demographischen und räumlichen Entwicklung ausgewählter saarländischer Ortsteile. Gutachten für das Ministerium für Umwelt des Saarlandes. Abschlussbericht. Mannheim.

Gatzweiler, Hans-Peter; Kocks, Martina (2004): Demographischer Wandel. Modellvorhaben der Raumordnung als Handlungsfeld des Bundes. In: Raumforschung und Raumordnung. Band 62, Heft 2, o.O.

Gehmacher, Ernst (2008): Wissenschaftlicher Leiter im Büro für Organisation angewandter Sozialforschung GmbH; im Rahmen der Tagung „Land ohne Leute?“.

Guggenmos, Peter (2004): Demographischer Wandel und seine Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Kommunen. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demographischer Wandel. S. 257-274, Wiesbaden.

Gurr-Hirsch, Friedlinde (2008): Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg; im Rahmen der Tagung „Land ohne Leute?“.

Hanika, Alexander (2007): Bevölkerungsvorausschätzung 2007 bis 2050 für Österreich (mittlere Variante). Statistik Austria (Hrsg.). 186 S., Wien.

Hanika, Alexander (2006): Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2006 bis 2050 (2075), Statistische Nachrichten 10, S. 868-885, Wien.

Hanika, Alexander et al. (2005): ÖROK-Prognosen 2001-2031, Teil 2: Haushalte und Wohnungsbedarf nach Regionen und Bezirken Österreichs. Österreichische Raumordnungskonferenz (Hrsg.), Schriftenreihe 166/II. 148 S., Wien.

Hanika, Alexander et al. (2004): ÖROK-Prognosen 2001-2031, Teil 1: Bevölkerung und Arbeitskräfte nach Regionen und Bezirken Österreichs. Österreichische Raumordnungskonferenz (Hrsg.), Schriftenreihe 166/I. 276 S., Wien.

Heilig, Gerhard K. (2002): Stirbt der ländliche Raum? Zu Demographie ländlicher Gebiete in Europa: Zahlen, Fakten, Schlussfolgerungen. Laxenburg-Salzburg.

Höfner, Anita (2007): Demographisches Jahrbuch 2006. Statistik Austria (Hrsg.). 402 S., Wien.

Homepage betreutes Wohnen am Bauernhof, <http://www.betreuteswohnen-ab.at/index.html> zuletzt aufgerufen am 22.01.09.

Homepage Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
<http://www.bmvbs.de/Bauwesen/Public-Private-Partnership-PPP-,1521.1046052/PPP-Projektdatenbank.htm>, zuletzt aufgerufen am 21.01.2009.

Homepage Land Tirol: <http://www.tirol.gv.at/>, zuletzt aufgerufen am 21.01.09.

Homepage OIB Richtlinie: <http://www.oib.or.at/harmonisierung.htm>, zuletzt aufgerufen am 23.01.09.

Homepage Pflegeheim Kirschallee (Gemeinde Deutschlandsberg);
http://www.kirschallee.at/index.php?option=com_frontpage&Itemid=1, zuletzt aufgerufen am 22.01.09.

Homepage Stadt Eisenstadt: <http://www.eisenstadt.at/rathaus/buergerservice/verkehr/city-taxi.html>;
zuletzt aufgerufen am 20.01.09.

Institut für Geographie Innsbruck (Hrsg.) (o.J.): Tirol Atlas, online auf <http://tirolatlas.uibk.ac.at/>,
zuletzt aufgerufen am 02.02.2009.

Istel, Wolfgang (2000): 75 Jahre „Raumordnung“. Zu Genealogie und Inhaltswandel eines modernen Begriffs. München.

Kaltenbrunner, Robert (2004): Der öffentliche Raum im Kontext von „shrink-city“ und gesellschaftlichem Wandel. In: Heinz Nagler, Riklef Rambow und Ulrike Sturm (Hrsg.): Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung. S. 17-39, Berlin.

Kocks, Martina (2007): Konsequenzen des demographischen Wandels für die Infrastruktur im ländlichen Raum. In: Geographische Rundschau 59, Heft 2. S. 24-31, Bonn.

Koziol, Matthias (2004): Folgen des Demographischen Wandels für die kommunale Infrastruktur. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43/I, S. 69-83, o.O.

Krajasits, Cornelia (2008): Geschäftsführerin ÖIR-Informationdienste GmbH; im Rahmen der Tagung „Land ohne Leute?“.

Kroj, Günter (2002): Mobilität älterer Menschen in einem zukünftigen Verkehrssystem. In: Bernhard Schlag und Katrin Megel (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 230, S. 31-47, Berlin.

Kujath, Hans-Joachim; Hübler, Karl-Hermann (2007): Ausgangslage und neue Herausforderungen für die Raumentwicklungspolitik in Nordostdeutschland. In: Kujath, Joachim; Schmidt, Suntje (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 9. Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Nr. 330, S. 9-28, Hannover.

Kujath, Hans-Joachim; Pohle, Hans; Schmidt, Suntje (2007): Umbau von Städten und Regionen im Nordosten Deutschlands – Ein Arbeitsauftrag für die anwendungsorientierte raumbezogene Wissenschaft. In: Kujath, Joachim; Schmidt, Suntje (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 9. Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Nr. 330, S. 1-8, Hannover.

Kytir, J. (2003a): Die demographische Revolution und die Langlebigkeit. Zu den Ursachen und Folgen des Altersstrukturwandels. In: Rosenmayr, L.; Böhmer, F. (Hrsg.): Hoffnung Alter. Forschung, Theorie, Praxis. S. 131-144, Wien.

Kytir, J.; Schrittwieser, K. (2003b): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002. Wien.

Kytir, J.; Münz, R. (1995/96): Das demographische Altern der österreichischen Bevölkerung. Zum langfristigen Wandel der Altersstruktur in Österreich. In: Demographische Informationen 1995/96, S. 107-119, o.O.

Land Tirol (2006): Tiroler Raumordnungsgesetz.

<http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/raumordnung/downloads/trog2006.pdf>, zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

Laslett, Peter (1989): A fresh map of life. The emergence of the third age. London.

Lebensministerium (Hrsg.) (2007): Österreichisches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013,

[http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/3.ReiterRegionalpolitik/6. Laendlicher Raum/Programm_20LE_2007_13_20Version_202007_09_14_1 .pdf](http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/3.ReiterRegionalpolitik/6.LaendlicherRaum/Programm_20LE_2007_13_20Version_202007_09_14_1.pdf), zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

Lebhart, Gustav (2003): Demographische Alterung in den Regionen Österreichs. In: Statistische Nachrichten 9/2003. S. 674-685, o.O.

Leser, Hartmut (1997): Diercke-Wörterbuch Allgemeine Geographie. München-Braunschweig.

Mair, Gottfried (2006): Soziale Nachhaltigkeitsstrategie Tirols. Beitrag der Steuerungsgruppe soziale Nachhaltigkeit für das Leitbild Zukunftsraum Tirol. Innsbruck. http://www.agenda-tirol.at/uploads/media/Konzept_Soziale_Nachhaltigkeit_Tirol.pdf, zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

Majce, Gerhard (1992): Altersbild und Generationenverhältnis in Österreich. Wien.

Meyer, Thomas (2004): Die Familie im demographischen Wandel. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demographischer Wandel. S. 58-74, Wiesbaden.

Mitterer, Karoline (2006): Österreichischer Städtetag 2006. Demographischer Wandel in Österreich – ein Überblick. KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung (Hrsg.). 117 S., Wien.

Mollenkopf, Heidrun; Flaschenträger, Pia (1996): Mobilität zur sozialen Teilhabe im Alter. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.

Monheim, Heiner (2005): Attraktive Infrastruktur in dünn besiedelten Regionen trotz Bevölkerungsrückgangs. Einführung des Moderators. In: Strubelt, Wendelin und Zimmermann, Horst (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 5. Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR. S. 63-65, Hannover.

Mühlböck, Armin; Neunherz, Alexander (2008): Die Zukunft der Gemeinden im ländlichen Raum. In: Dirninger, Christian; Mühlböck, Armin; Neunherz, Alexander (Hrsg.): Salzburger Regionenforum. Der Demographische Wandel im ländlichen Raum. S. 9-20, Saalfelden.

Müller, Bernhard; Siedentop Stefan (2004): Wachstum und Schrumpfung in Deutschland – Trend, Perspektiven und Herausforderungen für die räumliche Planung und Entwicklung. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 43/I, S. 14-32, o.O.

Müller, Bernhard; Wiechmann, Thorsten (2003): Anforderungen an Steuerungsansätze der Stadt- und Regionalentwicklung unter Schrumpfbedingungen. In: Müller, Bernhard; Siedentop Stefan (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 1. Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Nr. 303, S. 112-124, Hannover.

Münz, Rainer (2006): Alterndes Europa, alternde Schweiz. Konsequenzen und Herausforderungen. Rede in Zürich, 30. November 2006.

Nussmüller, Werner; Pichler, Robert; Rosegger, Rainer (2006): Wohnungsmarkt in schrumpfenden Städten: re-design Eisenerz. 36 S, Graz.

http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10187501_5242731/810c4db0/eisenerz.pdf, zuletzt aufgerufen am 19.01.2009.

OIB Richtlinie 4 – Nutzungssicherheit und Barrierefreiheit,

http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/bauen-und-wohnen/baupolizei/downloads/OIB-RL_4/Richtlinie_4_Ausgabe_April_2007.pdf, zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

ÖROK (Hrsg.) (2006): strat.at – Nationaler Strategischer Rahmenplan Österreichs 2007-2013.

Wien. http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/3.Reiter-Regionalpolitik/2.EU-SF_in_OE_07-13/2.1_Nationale_Strategie/STRAT.AT/STRAT-AT_genehmigt_2007-04-04.pdf, zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

ÖROK (Hrsg.) (2001): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001,

http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/2.ReiterRaum_u_Region/1.OEREK/OEREK_2001/OEREK_Langfassung_163.pdf, zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

Österreichisches Institut für Familienforschung (Hrsg.) (2000): Seniorenbericht – Bericht zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich. Wien.

[http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/8/5/7/CH0166/CMS1218112881779/seniorenbericht_1_angfassung1\[1\].pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/8/5/7/CH0166/CMS1218112881779/seniorenbericht_1_angfassung1[1].pdf); zuletzt aufgerufen am 26.01.09.

Rambow, Riklef (2004): Wie es ist: Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung. In: Nagler, Heinz; Rambow, Riklef; Sturm, Ulrike (Hrsg.): Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung. S. 6-16, Berlin.

Regionalmanagement Wipptal (o.J.): Regionaler Entwicklungsplan der Region Wipptal. o.O.

Richter, Brigitta (2003): Das Zentrale-Orte-Konzept aus neuer Sicht. Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.). Schriftenreihe, Sonderserie Raum&Region. S. 148-159, Wien.

Rosenfeld, Martin T.W. (2007): Demographischer Wandel und Maßnahmen zum Umbau der kommunalen Infrastruktur. Eine Bestandsaufnahme am Beispiel ausgewählter Städte des Landes Sachsen-Anhalt. In: Peter Sedlacek (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 10. Umdenken – Umplanen – Umbauen. Stadt- und Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter Schrumpfungsbedingungen. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). S. 109-121, Hannover.

Rosenmayr, Leopold (1995): Die Kräfte des Alters. Wien.

Rosinak und Partner (2008): Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030. Materialband. Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.). Schriftenreihe Nr. 176/I, 259 S., Wien.

Roth, Roland (2002): Auf dem Weg zur Bürgerkommune? Bürgerschaftliches Engagement und Kommunalpolitik in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Meyer, Thomas; Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. S. 163-184, Bonn.

Ryder, N. (1975): Notes on Stationary Populations. Population Index 41/1, S. 3-28, o.O.

Saup, W. (1993): Alter und Umwelt. Eine Einführung in die ökologische Gerontologie. Stuttgart.

Scheiner, Joachim (2004): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Verkehr. Beitrag für den Arbeitskreis „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels“ der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Hannover.

Schipfer, Karl Rudolf (2007): Der Demographische Wandel: Überalterung und Schrumpfung? Entwicklungen und Perspektiven für Österreichs Gemeinden. Wirtschaftspolitische Blätter 4/2007. S. 657-668, Wien.

Schipfer, Karl Rudolf (2005): Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich. Auswirkungen auf Regionen und Kommunen. Österreichisches Institut für Familienforschung (Hrsg.). Nr. 51, 20 S., Wien.

http://131.130.67.132/ftp/projekte/wp_51_demographischer_wandel/wp_51_demographischer_wandel.pdf, zuletzt aufgerufen am 16.12.08.

Schmidt, Kerstin (2006): Kommunale Zukunft gestalten. Die Kommunen und Regionen im Demographischen Wandel. o.O.

Schmitz, Gottfried (2004): Anpassung raumplanerischer Instrumente an die Veränderung der Bevölkerungsentwicklung. In: Spiegel, Erika (Hrsg.) Räumliche Konsequenzen des Demographischen Wandels. Teil 3. Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). S. 128-143, Hannover.

Schatzenstaller, M. (2006): Die demographische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden. In: Kommunalkredit Austria 2006. S. 46-53, o.O.

Schröder, Carolin; Sinning, Heidi (2007): Stadt-regionale Kooperationen und demographischer Wandel am Beispiel Thüringen. In: Peter Sedlacek (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 10. Umdenken – Umplanen – Umbauen. Stadt- und Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter Schrumpfungsbedingungen. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). S. 137-155, Hannover.

Schwitzer, Klaus-Peter (2007): Folgen der demographischen Alterung und der Veränderung familiärer Lebensformen in (Ost)Deutschland – Chancen und Handlungsoptionen. In: Kujath, H.-J.; Schmidt, S. (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 9. Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). Nr. 330, S. 29-61, Hannover.

Sedlacek, Peter (2007): Kommunale Bevölkerungspolitik – Ein Weg aus der Krise? In: Peter Sedlacek (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 10. Umdenken – Umplanen – Umbauen. Stadt- und Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter Schrumpfungsbedingungen. Arbeitsmaterial der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung). S. 93-108, Hannover.

Selle, K. (1996): Kooperation im intermediären Bereich. Anmerkungen zum Wandel im Planungsverständnis. In: Evers, A. und Olk, T. (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. S. 236-256, Opladen.

Shell Deutschland Oil (Hrsg.) (2004): Flexibilität bestimmt Motorisierung. Szenarien des PKW-Bestands und der Neuzulassungen in Deutschland bis zum Jahr 2030. Hamburg.

Statistik Austria, <http://www.statistik.at/>, zuletzt aufgerufen am 02.02.09

Stiglbauer, K. (1974): Die Hauptdörfer in Niederösterreich. Eine Untersuchung der Zentralen Orte Unterster Stufe. Wien.

Tagung „Land ohne Leute?“ Perspektiven für den Umgang mit sozio-demographischen Entwicklungen in ländlichen Räumen, 7./8. November 2008, Wels.

Tiroler Nahversorgungsförderung, Informationsblatt.

http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/wirtschaft-und-tourismus/wirtschaftsfoerderung/downloads/merkblatt_nahversorgung.pdf; zuletzt aufgerufen am 20. 01. 2009.

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2007): Soziodemographischer Wandel in Städten und Regionen. Entwicklungsstrategien aus Umweltsicht. Dessau.

Walter, Wolfgang (2005): Einführung: Fertilität – Kinderwunsch und Realität. In: Zeitschrift für Familienforschung. I/2005, S. 4-7, o.O. <http://www.zeitschrift-fuer-familienforschung.de/pdf/2005-1-walter.pdf>, zuletzt aufgerufen am 02.02.09.

Weichhart, Peter; Faßmann, Heinz; Hesina, Wolfgang (2005): Zentralität und Raumentwicklung. ÖROK Schriftenreihe, Nr. 167, 151 S., Wien.

Wiechmann, Thorsten (1998): Vom Plan zum Diskurs? Anforderungsprofil, Aufgabenspektrum und Organisation regionaler Planung in Deutschland, Universitätsschriften Politik, Vol. 89, Baden-Baden.

Winkler-Kühlken, Bärbel (2005): Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen – was tun wir? Impulsstatement. In: Strubelt, Wendelin (Hrsg.): Demographischer Wandel im Raum – was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR. Hannover.

EXPERTENINTERVIEWS und ANSPRECHPARTNER/INNEN

Experteninterviews

Josef Baumann, Regionalmanagement Wipptal 8. Jänner 2009.

Leitinger, Georg RR; Obmann des Österreichischen Zivilinvalidenverbands Tirol (ÖZIV),
Bauberatung für behindertengerechtes und barrierefreies Bauen, 15. Oktober 2008.

AnsprechpartnerInnen

Gemeinde Absam, Martin Gapp, Bürgermeister

Gemeinde Bruck a.d. Mur, Karl Burdian, Sozialreferat

Gemeinde Deutschlandsberg, Elke Kleindinst, Jugend/Kultur/Kommunikation

Gemeinde Elixhausen, Martina Fenninger, www.elixhausen.at, 18.12.08

Gemeinde Ganz, Andreas Rinnhofer

Gemeinde Haslach an der Mühl, Karin Feilmayr

Gemeinde Kematen in Tirol

Gemeinde Pfaffenhofen, Hubert Gabl

Gemeinde Polling in Tirol, Josef Gruber

Gemeinde Rum, Stefan Lackner

Gemeinde Seeham, Hannelore Patsch

Gemeinde St. Lorenzen im Mürztal, Tamara Wiesenhofer

Gemeinde Trins, Gotthard Peer, Amtsleiter

Gemeinde Tulfes, Josef Gatt

Gemeinde Volders, Josef Krallinger, Meldeamt Volders

Marktgemeinde Götzis, Herburger Martin, Sozialdienste Götzis GmbH

Marktgemeinde Wolfurt, Geschäftsführer Sozialdienste Wolfurt gemeinn. GmbH

Stadtgemeinde Tulln, Karin Rinderhofer, Stadtamt

Stadt Salzburg, Susanne Mayer MA 3 Soziales; Josef Reithofer MA 5 Stadtplanung/Verkehr

Stadt Wien, Martin Kanzian, MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung

ANHANG 1

Interviewleitfäden

Leitinger, Georg RR; Obmann des Österreichischen Zivilinvalidenverbands Tirol (ÖZIV), Bauberatung für behindertengerechtes und barrierefreies Bauen

- Seit wann erfolgt eine Auseinandersetzung mit barriere- und hindernisfreier Gestaltung? Wie sieht die bisherige Entwicklung aus?
- Ist in den letzten Jahren ein verstärkter Trend in Richtung barrierefreie Gestaltung im öffentlichen Raum festzustellen?
- Wie schätzen Sie die zukünftige Bedeutung des Themenfeldes ein?
- Wie sehen die Kriterien für eine barrierefreie Gestaltung aus? Wo sind diese festgehalten? Sind diese Kriterien verpflichtend oder haben sie mehr empfehlenden Charakter?
- Wird barriere- und hindernisfreies Bauen von irgendeiner Seite finanziell unterstützt?
- Wie schätzen Sie das generelle Interesse der Gesellschaft an barrierefreier Gestaltung ein? Besteht noch weiterer Informations- und Aufklärungsbedarf?
- Sind die Anpassungsleistungen räumlicher Planungen an die alternde Bevölkerung für Sie ein Thema? Wie bewusst wird Ihre Arbeit in Zusammenhang mit den Anpassungsleistungen für eine ältere Bevölkerung gesehen? Wie schätzen Sie die Relevanz des Themas ein?
- Beispiele aus der Praxis

Regionalmanager Wipptal, Josef Baumann

- Ziel der Verbesserung der Lebensqualität in der Region:
Wie lässt sich die Position des Regionalmanagements zum Thema "Sicherung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in den Gemeinden" beschreiben (z.B. beratende Funktion für Gemeinden, Umsetzung von Projekten, Vernetzung von Gemeinden, Monitoring)?
- Zielgruppe „ältere Bevölkerung“:
Wie lässt sich die Position des Regionalmanagements zum Thema "altengerechte Infrastruktur und Planung in den Gemeinden" beschreiben (z.B. beratende Funktion, Information in den Gemeinden über zukünftige demographische Entwicklungen, Umsetzung von altenspezifischen Projekten in den Gemeinden, Vernetzung von Gemeinden, z.B. im Bereich der Altenbetreuung, Monitoring)? Sind diese Themen Inhalt regionaler Leitbilder oder Konzepte?

- **Bewusstseinschaffung:**
Muss bezüglich einer sich in Zukunft wandelnden Bevölkerungsstruktur, eine verstärkte Informations- und Bewusstseinsbildung (in den Gemeinden) erfolgen? Muss diesbezüglich die Beratungsfunktion gegenüber den Gemeinden erweitert werden?
- Beispiele zur Sicherung der Daseinsvorsorge, Mobilitätskonzepte, Wohnformen etc.?

Gemeinden, die im Rahmen eines Wettbewerbs des Sozialministeriums, des Pensionistenverbands und der Volkshilfe als Seniorenfreundliche Gemeinden 2008 ausgezeichnet wurden (e-mail Befragung)

- Welche „seniorenfreundlichen“ Projekte wurden in Ihrer Gemeinde bereits umgesetzt?
- Was war der Anstoß in Ihrer Gemeinde seniorenspezifische Projekte durchzuführen?
- Sind bereits konkrete zukünftige Maßnahmen und Projekte für eine älter werdende Bevölkerung geplant?
- Welche weiteren Maßnahmen halten Sie generell für notwendig und sinnvoll?
- Gibt es Empfehlungen von Ihrer Seite bzw. welche Erfahrungen können Sie weitergeben?

Fragebogen zur Anpassung der Infrastruktur von Gemeinden an die prognostizierte Zunahme der älteren Bevölkerung

Stadt / Gemeinde			
Bezirk			
Bundesland			
Einwohnerzahl	heute:		
Erwartete Einwohnerzahl (auf heutigem Gemeindegebiet)	2015: 2030:		

1. Relevanz des Themas für die Gemeinde:

Hat sich Ihre Gemeinde bereits mit der zukünftigen Zunahme der älteren Bevölkerung und den Auswirkungen auf die Gemeinde befasst?
Wenn Ja, bitte kurze Beschreibung in welcher Form eine Auseinandersetzung stattgefunden hat:
Kommt das Thema „Alterung“ bzw. „altengerechte Planung“ in Konzepten oder Leitbildern der Gemeinde vor?
Wenn Ja, bitte kurze Beschreibung der relevanten Inhalte:

2. Auswirkungen: Die Bevölkerung in Österreich wird immer älter und die Zahl der SeniorInnen an der Gesamtbevölkerung steigt. Wie wirkt sich diese Entwicklung auf ihre Gemeinde aus?

Bitte beschreiben Sie kurz die Auswirkungen einer veränderten Bevölkerungsstruktur auf Ihre Gemeinde. (Erhöhte / sinkende Nachfrage nach bestimmten Gütern und Einrichtungen in der Gemeinde? etc.)

3. Maßnahmen und Handlungsansätze der Gemeinde die Daseinsvorsorge (Ärzte, Geschäfte, Post, Bank etc.) in Ihrer Gemeinde für die (ältere) Bevölkerung zu sichern:

Gibt es in Ihrer Gemeinde Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge?
Welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen bzw. sind geplant?:
Bitte erläutern Sie, ob die folgenden Ideen und Handlungsansätze in Ihrer Gemeinde eine Rolle spielen. Wenn Ja, bitte beschreiben Sie das Projekt sowie dessen Vor- und Nachteile (evt. bitte Zusatzblatt beigeben!).
Versorgung (der älteren Bevölkerung) mit Gütern des täglichen Bedarfs
Mobile Händler und Verkaufsläden, „rollender Supermarkt“:
Hauszustellungen von Gütern (z.B. Lebensmittel):

Multifunktionaler Nahversorger (z.B. Gasthaus mit Poststelle und Essen-auf-Räder Service):
Formen der organisierten Nachbarschaftshilfe:
sonstiges:
Versorgung (der älteren Bevölkerung) im sozialen und medizinischen Bereich
mobile Ärzte, Hausbesuche:
Hausapotheke bei lokalen praktischen Ärzten:
Essen auf Rädern:
innovative Wohnformen für Ältere (betreutes Wohnen, Seniorenwohngemeinschaften etc.):
sonstiges:
Mobilität und Erreichbarkeiten für ältere Personen
Seniorentaxi, Stadt/Dorfmobil:
Raumordnerische Maßnahmen zur Verdichtung der Siedlungsstruktur:
sonstiges:
Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums
Wird auf eine barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums geachtet? (z.B. wenig Stufen, Geländer zum Festhalten, Rampen, Bänke zum Ausruhen, längere Ampelregelungen für FußgängerInnen etc.):
Bewusstseinsbildende Maßnahmen / Information zu barrierefreiem Bauen bzw. generell für eine altengerechte Gestaltung und Infrastrukturplanung:
sonstiges:
Altengerechte Freizeit- und Kulturangebote
Gibt es spezielle Angebote für eine ältere Zielgruppe? (Computerkurse, etc):
Sonstiges:
Umsetzung der Projekte
Wird die betroffene Bevölkerungsgruppe bei der Projektplanung- und Umsetzung miteinbezogen? (Bottom-up Ansatz):
Sonstiges:

4. Sozialkapital in der Gemeinde: Mögliche Handlungsstrategien laufen oftmals über das Ehrenamt, familiäre Netzwerke, Vereinsstrukturen und einen guten Zusammenhalt in der Gemeinde.

Wie schätzen Sie die Beteiligung am Ehrenamt in Ihrer Gemeinde ein?		
Heute:	Ehrenamtliche Tätigkeiten haben in den letzten 10 Jahren...	Ehrenamtliche Tätigkeiten in den nächsten 10 Jahren:
<input type="checkbox"/> sehr hoch	<input type="checkbox"/> stark zugenommen	<input type="checkbox"/> sehr hoch

<input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering	<input type="checkbox"/> schwach zugenommen <input type="checkbox"/> sind gleich geblieben <input type="checkbox"/> schwach abgenommen <input type="checkbox"/> stark abgenommen	<input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering
Wie schätzen Sie den Zusammenhalt innerhalb der Familien in Ihrer Gemeinde ein?		
Heute:	Zusammenhalt innerhalb der Familien hat in den letzten 10 Jahren...	Zusammenhalt innerhalb der Familien in den nächsten 10 Jahren:
<input type="checkbox"/> sehr stark <input type="checkbox"/> stark <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering	<input type="checkbox"/> stark zugenommen <input type="checkbox"/> schwach zugenommen <input type="checkbox"/> ist gleich geblieben <input type="checkbox"/> schwach abgenommen <input type="checkbox"/> stark abgenommen	<input type="checkbox"/> sehr stark <input type="checkbox"/> stark <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering
Wie schätzen Sie die Zugehörigkeit zu Vereinen in Ihrer Gemeinde ein?		
Heute:	Zugehörigkeit zu Vereinen hat in den letzten 10 Jahren...	Zugehörigkeit zu Vereinen in den nächsten 10 Jahren:
<input type="checkbox"/> sehr hoch <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering	<input type="checkbox"/> stark zugenommen <input type="checkbox"/> schwach zugenommen <input type="checkbox"/> ist gleich geblieben <input type="checkbox"/> schwach abgenommen <input type="checkbox"/> stark abgenommen	<input type="checkbox"/> sehr hoch <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering
Wie schätzen Sie generell den heutigen Zusammenhalt in der Gemeinde (Gemeinschaftsleben) ein?		
Heute:	Zusammenhalt in der Gemeinde hat in den letzten 10 Jahren...	Zusammenhalt in der Gemeinde in den nächsten 10 Jahren:
<input type="checkbox"/> sehr hoch <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering	<input type="checkbox"/> stark zugenommen <input type="checkbox"/> schwach zugenommen <input type="checkbox"/> ist gleich geblieben <input type="checkbox"/> schwach abgenommen <input type="checkbox"/> stark abgenommen	<input type="checkbox"/> sehr hoch <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering

5. Knappe Ressourcen erfordern eine Bündelung der Kräfte. Kooperationen und Zusammenarbeit als Handlungsfeld zur Aufgabenteilung und Kostenersparnis.

Gibt es in Ihrer Gemeinde Formen der Kooperation (auch mit Nachbargemeinden)? Wenn ja, welche...		
1.		
2.		
3.		
4.		
Wie schätzen Sie die Bedeutung von Kooperationen in Ihrer Gemeinde ein?		
Heute:	Kooperationen haben in den letzten 10 Jahren...	Kooperationen in den nächsten 10 Jahren:
<input type="checkbox"/> sehr hoch <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering	<input type="checkbox"/> stark zugenommen <input type="checkbox"/> schwach zugenommen <input type="checkbox"/> sind gleich geblieben <input type="checkbox"/> schwach abgenommen <input type="checkbox"/> stark abgenommen	<input type="checkbox"/> sehr hoch <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gering <input type="checkbox"/> sehr gering

ANHANG 2

Curriculum Vitae (Stand: 03.02.2009)

Persönliche Daten:

Name:	Julia Neuschmid
Geburtsdatum:	30.01.1985, Innsbruck
Staatsbürgerschaft:	Österreich
Familienstand:	ledig

Ausbildung:

seit 10/2008	Diplomandin an der Universität Wien Studium Geographie - Studiengang Raumforschung und Raumordnung; voraussichtliches Ende 03/2009
02/2009-02-10	Leistungsstipendium der Universität Wien
02/2008 - 07/2008	Babes Bolyai Universität Cluj Napoca/Rumänien Erasmus, Fakultät für Geographie
10/2005 - 01/2008	Universität Wien II. Studienabschnitt Geographie, Studiengang Raumforschung und Raumordnung am Institut für Geographie und Raumforschung
10/2003 – 07/2005	Universität Innsbruck I. Studienabschnitt Geographie am Institut für Geographie
10/2003 - 07/2005	Universität Innsbruck Institut für Anglistik und Amerikanistik
10/1995 - 06/2003	Wirtschaftskundliches Realgymnasium der Ursulinen Innsbruck
09/1991 - 07/1995	Volksschule Angergasse Innsbruck

Praktika, studienbegleitende Tätigkeiten:

08/2007 – 10/2007	Suan Dusit Rajabhat University Hua Hin Campus - Thailand
12/2006 – 07/2007	Freie Dienstnehmerin Verkehrsverbund Tirol GmbH (VVT) Abteilung Verkehrsorganisation, Innsbruck/Wien
08/2006 – 10/2006	Praktikum Tiroler Verkehrsverbund GmbH (VVT) Abteilung Verkehrsorganisation, Innsbruck
2001 – 2003	Tyrolean Airways und Air Alps Datenerfassung und Datenkontrolle, Innsbruck
10/2002 – 04/2003	Flughafen Innsbruck Betreuung von Flugpassagieren der holländischen Fluggesellschaft Transavia
10/2001	Swarovski AG, Swarovski Crystal Gallery/Verkauf, Innsbruck

Besondere Kenntnisse:

Fremdsprachen	Englisch, Rumänisch sowie Grundkenntnisse in Französisch und Spanisch
Computer	MS Office, Photoshop, Freehand u.a., AutoCAD, ArcGIS, SPSS
Führerschein	Klasse B

ERKLÄRUNG

Ich versichere,

dass ich die Diplomarbeit selbständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe,

dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland (einer Beurteilerin/einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe und

dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit übereinstimmt.

Wien, am 3. Februar 2009

.....